Euro-Rebell Richard Sulík im Interview S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 44 – 5. November 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Einzeln ist der Kampf viel schwieriger«
Slowakischer Euro-Rebell Richard Sulík im Interview 2

Preußen / Berlin

Hauptsache kein Linker
Ideologischer Hintergrund von Autobrandstifter wird vertuscht 3

Hintergrund

Die Spitzel sind unter uns
DDR-Bürgerrechtler setzen die Offenlegung von Stasi-Archiven durch 4

Deutschland

Katalog der Unbelehrbarkeit
Linkes Parteiprogramm voll uralter Irrtümer 5

Ausland

Böses Erwachen in Libyen
Sind Islamisten die einzig einigende Kraft im Land? 6

Kultur

»Veredler menschlicher Verhältnisse«
Karl Friedrich von Schinkel 9

Geschichte

Im Bundestag angekommen
Ausstellung über Integration der Vertriebenen 10





Alles auf Anfang? Angela Merkel ist schockiert über Athens Pläne zur Volksabstimmung

Bild: pa/Archiv (Montage)

Blankes Entsetzen

Europas Regierungen begegnen in Griechenland dem Volk

Eine Volksabstimmung in einem demokratischen Land über eine alle Bürger betreffende Frage – im so demokratischen Europa von heute sorgte schon die bloße Ankündigung für Wirbel.

Blankes Entsetzen und erhebliche Verwirrung kennzeichneten die ersten Reaktionen auf das Vorhaben des griechischen Ministerpräsidenten, sein Volk über die Annahme des Euro-Rettungspakets abstimmen zu lassen. Giorgos Papandreou hat einen Paukenschlag gesetzt, der nicht allein den Euro-Raum, sondern das gesamte globale Finanzsystem vor Schreck erstarren ließ. Weltweit brachen die Börsenkurse ein.

Mit ihrem Dogma, niemand werde fallengelassen, war Kanzlerin Merkel von Anfang an auf dem Holzweg. So wie es der Geburtsfehler der Währungsunion gewesen ist, dass hier Volkswirtschaften in eine Währung gezwängt wurden, deren Unterschiedlichkeit in der Wirtschafts- und Währungskultur den dämpfenden Puffer flexibler Wechselkurse unabdingbar machten. Sie durch die Vergemeinschaftung gigantischer Haftungsrisiken zusätzlich mit einander zu verstricken, hat die Lage nur noch verschlimmert. Dadurch sollten „Ansteckungsgefahren“ gebannt werden, hieß es aus dem Munde von Politikern und Bankern. So feierten beide den absurd hohen jüngsten Rettungsschirm von über einer Billion Euro denn auch als den großen Durchbruch zum Sieg über die Schuldenkrise.

Das Gegenteil ist eingetreten, wie sich seit Montag deutlicher denn je erweist: Erst die Verlockung niedriger Zinsen durch den Euro hat die Schulden Griechenlands ins Unbezahlbare steigen lassen. Und erst die Verzahnung des todkranken Hellas mit dem Rest der Euro-Zone über die Rettungsmaßnahmen hat dazu geführt, dass ein so kleines Land „ansteckend“ werden konnte, heißt: zur Bedrohung für den Wohlstand aller Europäer.

> Der Euro macht eine Erholung Athens unmöglich

Ohne Euro und ohne Rettungsschirme wäre ein Bankrott Griechenlands ein lokales Ereignis geblieben, auf das die Partner in der EU schnell eine Antwort gefunden hätten. Mit einer drastischen Abwertung der Drachme hätte Athen nach einem Schuldenschnitt seine Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt. Schmerzhafte Reformen wären auch so unerlässlich gewesen – doch kein Vergleich mit dem, was die Griechen jetzt durchmachen! Und sie hätten Licht am Ende des Tunnels gesehen.

Was aber verspricht der gefeierte neue Billionen-Rettungsschirm heute – außer ins Uferlose wachsende Risiken für die deutschen Sparer, Rentner und Steuerzahler? Dass Griechenland seine Staatsschulden bis 2020, gemessen an der Wirtschaftsleistung, um ein Viertel reduziert bekäme, wenn denn alles gut geht und die griechische Wirtschaft nach Reformen wieder anspringt? Experten warnten spontan, dass an 2020 gar nicht zu denken wäre, denn bereits in zwei Jahren sein soll, wenn die Griechen diesen so (schlimm) wie heute. Da ist es die Frage, ob man wirklich entsetzt sein soll, wenn die Griechen diesen Plänen der Euro-Retter ein Bein stellen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Familienbande

Dieser Tage wird allerorten an die Unterzeichnung des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei vor 50 Jahren erinnert. Kein Politiker versäumt es, auf den angeblichen Anteil der Gastarbeiter am Wiederaufbau und dem westdeutschen Wirtschaftswunder hinzuweisen. Dass das Wirtschaftswunder längst in vollem Gange war, als die ersten Gastarbeiter aus dem Zug stiegen, spielt in der Feierlaune keine Rolle. Und natürlich will die auch keiner trüben, indem er allzu kritisch auf Integrationsdefizite hinweist.

Für SPD-Chef Sigmar Gabriel trifft es sich gut, dass er eine Vorzeige-Migrantin an der Hand hat: Die Hamburger Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz, studierte Anglistin mit deutschem Pass. Im Dezember soll sie stellvertretende Parteivorsitzende werden. Nun kam heraus, dass das Musterbeispiel für gelungene Integration zwei ungeratene Brüder hat. Diese betreiben seit 1999 das radikal-islamistische Internetportal „Muslim-Markt“, weshalb sie vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Einer der Brüder stand sogar schon wegen Volksverhetzung vor Gericht. Das hält die SPD-Integrationsbeauftragte nicht davon ab, einige von deren Positionen in ihre eigene politische Programmatik zu übernehmen. Verheiratet ist Özoguz übrigens mit dem Hamburger Innensenator Michael Neumann (SPD). Zu Hause feiere man, so ließ sie verlauten, Weihnachten und Ramadan. Ein schönes Bild: Der verfassungsschützende Innensenator und seine beiden fundamental-schiitischen Schwäger traulich um den Weihnachtsbaum versammelt.

Übrigens wäre es interessant zu erfahren, ob man auch dann in die SPD-Führungsriege aufrücken kann, wenn man zwei Brüder in der NPD hat…

Steinbrück im Zwielicht

Medienrummel und Nebeneinkünfte verärgern Genossen

Wenn Medienpräsenz allein eine Kanzlerkandidatur oder gar eine Wahl entscheiden würde, wäre Peer Steinbrück (SPD) bereits als Nachfolger von Angela Merkel gesetzt. Seit Wochen tritt er gemeinsam mit seinem Schachpartner und Co-Buchautor Helmut Schmidt in Talkshows und Diskussionsrunden auf. Mit den schlichten Worten „Er kann es“ hat der allseits hochgeschätzte Altkanzler ihm quasi den Ritterschlag zur Kanzlerkandidatur gegeben.

Dass Steinbrück die gemeinsamen medienwirksamen Auftritte nutzt, um sich als zukünftiger Kanzlerkandidat zu positionieren, wird ihm jedoch von vielen Genossen verübelt. Der Kanzlerkandidat der SPD werde nicht in Talkshows bestimmt, zürnt etwa der niedersächsische Parteivorsitzende Olaf Liers und der Berliner SPD-Landeschef Michael Müller warnt, wenn der Eindruck entstehe, dass an den Parteigremien vorbei Fakten geschaffen würden, könne das zum Bumerang werden.

Gleichwohl pirscht sich Steinbrück weiter ans Kanzleramt heran. Seine Umfragewerte steigen beständig, sei es in Kompetenzfragen oder im direkten Vergleich mit anderen Politikern. Auf den Politikfeldern Wirtschaft und Finanzen wird ihm mittlerweile sogar fast ebenso viel zugetraut wie der Kanzlerin. Doch ein Sieg ist ihm damit noch längst nicht sicher. Die Stimmen, die er im rechten Lager gewinnt, könnte er links verlieren und damit schon bei der Kandidatenkür scheitern.

Auch in eigener Sache beweist Steinbrück hohe Finanzkompetenz. Nach Angaben der Bundestagsverwaltung hat er zahlreiche Nebeneinkünfte, hinter denen seine parlamentarische Arbeit oftmals zurücktritt. Aufgelistet sind 60 Honorarverträge, Einkünfte aus Lesungen, diverse publizistische Tätigkeiten und Aufsichtsratsmitgliedschaften. Geschätztes Einkommen seit 2009: Rund eine Million Euro. Das wirft die Frage auf, inwieweit es sich noch um Nebeneinkünfte im Sinne des Abgeordnetengesetzes handelt. Für die Jusos steht bereits fest: Seine Geschäftstüchtigkeit macht Steinbrück politisch angreifbar. *Jan Heitmann*

»Nein« zum Unesco-Beitritt

Zwei-Staaten-Lösung bleibt Ziel der Bundesregierung

SPD, Grüne und Linke zögerten nicht, die Bundesregierung wegen ihrer Ablehnung der Vollmitgliedschaft Palästinas in der Unesco scharf zu kritisieren. Europa zeige mal wieder ein Bild der Zerrissenheit in einer außenpolitischen Frage, sagte SPD-Fraktionsvize Gernot Erler.

Bei der Generalkonferenz der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Paris hatten 107 Mitgliedsstaaten, darunter Frankreich, Russland und China, für die Aufnahme gestimmt, 52 Länder enthielten sich der Stimme, darunter Italien und Großbritannien. 14 Länder stimmten gegen die Aufnahme Palästinas, darunter die drei stärksten Beitragszahler USA, Japan und Deutschland. Ein Sprecher des Auswärtigen Amts in Berlin begründete das Nein der Bundesregierung damit, dass die Aufnahme Palästinas negative Auswirkungen

> Nahost-Friedensprozess ist in Gefahr

auf den Nahost-Friedensprozess, der ohnehin nur unter sehr schwierigen Bedingungen vorankomme, haben könnte. Das habe aber keine Auswirkungen darauf, dass die Bundesregierung das palästinensische Ansinnen auf einen eigenen Staat unterstütze. Dabei sollten allerdings laut Aussage des Außenamtssprechers direkte Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern im Vordergrund stehen.

Ein Gesetz verbietet es den USA, Organisationen zu finanzieren, die die Palästinenser als Mitglied akzeptieren. Dementsprechend wird Amerika seinen Beitrag in Höhe von 43 Milliarden Euro, der im November fällig wird, nicht zahlen. Da die USA 22 Prozent des Jahreshaushalts der Unesco bestreiten, werden viele Kulturprojekte bald vor dem Aus stehen. Die Palästinenser werten ihre Aufnahme in der Unesco hingegen als vollen Erfolg auf dem Weg zu ihrer Unabhängigkeit. Sie streben auch eine Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen (UN) an. *M. Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Polnische Rechte macht mobil

Warschau – Zum Unabhängigkeitstag am 11. November planen nationalistische polnische Organisationen einen „Marsch der Unabhängigkeit" im Zentrum Warschaus. Zu den Unterstützern gehören die Allpolnische Jugend, das Nationalradikale Lager (ONR), national-polnische Historiker, Geistliche sowie Politiker, darunter die ehemaligen EU-Parlamentsabgeordneten Sylwester Chruszcz und Maciej Giertych. Unter dem Motto „Unser Polentum – unser Stolz" demonstrierten vor einem Jahr einige Tausend Personen. *CR*

Türkei klittert Geschichte

Ankara – Ein vom türkischen Bildungsministerium für die zehnten Klassen herausgegebenes Schulbuch sorgt weltweit für Unmut bei den Aramäern. Hierin wird behauptet, dass die christliche Minderheit – Mitte des letzten Jahrhunderts lebten etwa 200 000 Personen in der Türkei, heute sind es etwa 15 000 – aus wirtschaftlichen Gründen in den Westen ausgewandert sei, „um in Wohlstand zu leben". In dem Schulbuch heißt es weiter, dass sich die Aramäer zum politischen und religiösen Werkzeug des Westens hätten machen lassen, der fortan behauptet habe, die Aramäer seien aufgrund religiöser Verfolgung durch die Türken gegangen. Danyiel Demir, Bundesvorsitzender des Dachverbandes der Aramäer in Deutschland, spricht von einer türkischen Einschüchterungs- und Hetzkampagne. Er betont, dass dies eine falsche Geschichtsdarstellung sei. Noch heute würden die Aramäer in der Türkei unterdrückt, wie beispielsweise die Teil-Enteignung des der aramäischen Gemeinde gehörenden Klosters Mor Gabriel durch den türkischen Staat zeige. *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Leider kein Rückgang

Der Blick auf die Schuldenuhr vermittelt den Eindruck, als wenn erstmals seit langer Zeit die Staatsverschuldung in Deutschland zurückgegangen wäre. Dem ist aber leider nicht so. Vielmehr wurde der Schuldenuhrstand um 55,5 Milliarden Euro verringert, nachdem ein entsprechender Buchungsfehler bei der FMS Wertmanagement öffentlich bekannt geworden war. Demnach waren die Verbindlichkeiten dieser Bad Bank der bundeseigenen Hypo Real Estate (HRE) Ende 2010 um rund 24,5 Milliarden Euro und Mitte 2011 um weitere 31 Milliarden Euro niedriger, als bislang angenommen. Daraus folgt, dass die Verbindlichkeiten des Bundes um insgesamt 55,5 Milliarden Euro niedriger sind. *M.R.*

2.021.199.894.068 €

Vorwoche: 2.075.882.435.679 €
Verschuldung pro Kopf: 24.739 €
Vorwoche: 25.409 €

(Dienstag, 1. November 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Einzeln ist der Kampf viel schwieriger«

Der slowakische Ex-Parlamentspräsident Richard Sulík will Bündnis von Euro-Skeptikern

Der Vorsitzende der slowakischen liberalen Partei „Freiheit und Solidarität" („Sloboda a Solidarita", SaS), Richard Sulík, hat konsequent gegen die Aufstockung des „Euro-Rettungsschirms" EFSF gekämpft. Darüber zerbrach im Oktober die Regierungskoalition in Pressburg, und es kostete Sulík auch das Amt des Parlamentspräsidenten. Der Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer hatte die slowakische Steuerreform mit einem einheitlichen Steuersatz von 19 Prozent ausgearbeitet. Die von ihm 2009 gegründete SaS wurde bei der Wahl 2010 mit 12,4 Prozent der Stimmen drittstärkste Partei. Früher war Sulík ein starker Befürworter der Euro-Einführung. Heute bereut er dies, wie er im nachfolgenden Interview mit *PAZ*-Autor Michael Leh erklärt.

PAZ: *Mit den Stimmen der Opposition hat das slowakische Parlament der Aufstockung des „Euro-Rettungsschirms" auf 7,7 Milliarden Euro zugestimmt. Ihre Regierung ist daran zerbrochen. Wie beurteilen Sie jetzt die politische Lage in der Slowakei?*

Sulík: Im März 2012 gibt es Neuwahlen und die Bürger haben die Möglichkeit zu entscheiden, welche Politik sie bevorzugen. Das ist in Ordnung.

PAZ: *Sprecher der Christlichen Demokraten in der Slowakei haben ein neues Regierungsbündnis mit Ihrer Partei „Freiheit und Solidarität" (SaS) ausgeschlossen. Bedeutet dies nicht die Gefahr, dass Sie künftig dauerhaft im Abseits stehen?*

Sulík: Nein, ich habe diesbezüglich nicht die geringste Befürchtung. Unser Koalitionspotenzial hängt maßgeblich von den Wahlergebnissen ab und nicht von Äußerungen einzelner Personen.

PAZ: *Wie bewerten Sie die Ergebnisse des jüngsten Brüsseler Gipfels, wonach die Verschuldung Griechenlands bis 2020 von derzeit rund 170 Prozent auf 120 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung gekürzt werden soll? Wie beurteilen Sie den Anteil der Banken an dem Schuldenerlass?*

Sulík: Es ist der richtige Weg, der schon längst hätte eingeschlagen werden sollen. Wir haben schon vor über einem Jahr einen Schuldenschnitt gefordert. Wäre er damals erfolgt, wären die europäischen Steuerzahler nicht um 100 Milliarden Euro ärmer. Gott sei Dank hat sich die Slowakei letztes Jahr als einziges Land der Eurozone dank der SaS nicht noch an den bilateralen Darlehen für Griechenland beteiligt.

PAZ: *Es steht in der Slowakei auch noch die Entscheidung über den ESM an. Wird diese nach dem selben Muster wie die zur EFSF verlaufen?*

Sulík: Der wichtige Unterschied ist, dass ein „Nein" der Slowakei nicht alle anderen Länder blockieren wird. Die SaS wird auf jeden Fall gegen den ESM stimmen.

PAZ: *In der Auseinandersetzung um die EFSF hatten Sie auch auf die „No Bail out"-Klausel des EU-Vertrages hingewiesen, wonach kein Staat für die Schulden eines anderen einstehen muss. Bundesfinanzminister Schäuble erklärte dazu, ein Staat müsse zwar nicht haften, dürfe aber freiwillig helfen, daher sei der Vertrag nicht verletzt. Was sagen Sie zu einer solchen Interpretation?*

Sulík: Das ist eine reine Zweckinterpretation. Natürlich handelt es sich um eine Verletzung der No-Bail-out-Klausel. Wenn Herr Schäuble der Meinung ist, Griechenland solle freiwillig geholfen werden, kann er das ja mit seinem eigenen Geld tun, aber nicht mit dem Geld der Steuerzahler.



Euro-Rebell Richard Sulík: Vertraute bei Einführung der Gemeinschaftswährung auf die Einhaltung der Regeln *Bild: Pavol Frešo/Wikipedia*

PAZ: *Sie haben zu Ihrer Überzeugung gestanden, die gegenwärtige Euro-„Rettungspolitik" sei falsch. Sie mussten aber damit rechnen, dass darüber die Regierung zerbricht und womöglich auch noch Robert Fico von den Sozialdemokraten Sieger bei Neuwahlen wird. Haben Sie sich nicht oft gefragt, was das größere oder kleinere Übel sei?*

Sulík: Eindeutig ist die EFSF das größere Übel. So viel Schaden hat Fico nicht angerichtet, wie uns die EFSF kosten wird.

PAZ: *Ministerpräsidentin Iveta Radicová soll auch von Kanzlerin Angela Merkel „bearbeitet" worden sein, der Aufstockung der EFSF zuzustimmen. Es soll sehr starken Druck auf ihre Regierung gegeben haben. Wie empfinden Sie als Parteivorsitzender in einem kleinen Land einen solchen Druck von außen? Ob darüber Ihre Regierungskoalition zerbricht, war für Merkel bestenfalls zweitrangig.*

Sulík: Ich persönlich beklage mich nicht über zu starken Druck.

PAZ: *Der tschechische Präsident Václav Klaus hat die Probleme mit dem Euro vorausgesehen. Deren Ursache, erklärte er, sei die „enorme Heterogenität der Länder, die sich in der Zwangsjacke einer Währung befinden". Und: „Die Heterogenität kann man entweder durch die Verminderung der Zahl der Länder beseitigen, die an diesem Experiment teilnehmen, oder durch die brutale Homogenisierung dieser Länder." Letzteres lehne er als Demokrat ab. Die Euro-Staaten versuchen es jetzt erkennbar mit einer weiteren „Homogenisierung". Hätten Sie nicht besser gleich auf Klaus gehört?*

Sulík: Ja, das hätten wir tun sollen. Zu unserer Verteidigung kann ich nur sagen, dass wir zum Zeitpunkt des Eintritts in die Eurozone davon ausgingen, dass geltende Regeln eingehalten werden.

PAZ: *Durch „EU-Zentralisten" könnte einmal sogar Ihre erfolgreiche „Flat Tax" – die Einkommensteuer von 19 Prozent – in Gefahr geraten. Wie würde man in der Slowakei und wie würden Sie darauf reagieren?*

Sulík: Die Flat Tax ist für die Slowakei nachweislich ein Wettbewerbsvorteil. Die SaS ist strikt gegen die Harmonisierung der Einkommensteuer.

PAZ: *Ihre Haltung zu den aktuellen Euro-Rettungsversuchen ähnelt der des FDP-Abgeordneten Frank Schäffler. Mit ihm und Peter Gauweiler (CSU), Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Präsident Václav Klaus haben Sie bereits gesprochen. Sehen Sie die Chance für eine wirksame Vernetzung europäischer Gegner der derzeitigen Euro-Politik?*

Sulík: Wir sollten uns auf jeden Fall darum bemühen. Einzeln ist der Kampf viel schwieriger.

PAZ: *Welchen Eindruck macht die aktuelle Krise um den Euro nach Ihrer Einschätzung auf jene EU-Staaten, die den Euro bisher nicht eingeführt haben? Wie beurteilen Sie in dieser Hinsicht insbesondere die Lage in Ihren Nachbarländern Tschechien, Polen und Ungarn?*

Sulík: Diese Länder wären dumm, sich in die Eurozone zu begeben. Ich gehe davon aus, dass sie alle Möglichkeiten nutzen werden, den Euro nicht einführen zu müssen.

Im Zweifel gegen die Familie

Parteien fahren bei Kinderfreibetrag, Kindergeld und Betreuungsgeld Zick-Zack-Kurs

Für Ex-Kanzler Gerhard Schröder stand Familienpolitik nicht besonders hoch im Kurs. Er verhöhnte sie im Oktober 1998 bei seiner Kabinettsvorstellung als „Gedöns" („Frauenpolitik und so Gedöns"). Nun glänzt die SPD mit verfassungswidrigen Vorschlägen zur Familienpolitik. Doch auch CDU und FDP nehmen ihre eigenen Wahlversprechen zur Familienpolitik nicht ganz ernst.

„Einen Frontalangriff auf die Verfassung" nennt Klaus Zeh, CDU-Landtagsabgeordneter aus Thüringen und Präsident des Deutschen Familien-Verbandes (DFV), einige der jüngsten Vorschläge der SPD zur Familienpolitik. In einem Leitantrag „Familienland Deutschland" hatte der SPD-Vorstand kürzlich unter anderem vorgeschlagen, „die steuerliche Entlastungswirkung der bisherigen Kinderfreibeträge in den oberen Einkommensgruppen (zu) begrenzen." Anders ausgedrückt: Bei Eltern mit hohem Einkommen, bei denen der Kinderfreibetrag, derzeit 7008 Euro, eine Steuererstattung über das Kindergeld hinaus bringt, soll „gekappt" werden.

Tatsächlich erhalten „reiche" Eltern für ihre Kinder mehr Geld vom Staat als Gering- und Normalverdiener: Für das erste und zweite Kind gibt es seit dem 1. Januar 2010 jeweils monatlich 184 Euro (vorher: 164 Euro) Kindergeld. Das macht im Jahr 2208 Euro. Bei der Steuererklärung prüft das Finanzamt, ob die Eltern sich mit dem Kinderfreibetrag besser stehen als mit dem Kindergeld. Das ist bei einem Steuersatz ab etwa 32 Prozent der Fall (32 Prozent von 7008 Euro = 2243 Euro). Topverdiener mit dem Spitzensteuersatz von 42 Prozent erhalten mit 2943 Euro gut 700 Euro mehr Steuererstattung vom Staat als der „Otto-Normal-Steuerzahler".

Das findet die SPD ungerecht und will hier etwas ändern. „Der Kinderfreibetrag und das Kindergeld sind keine milden Gaben", über die Politiker nach Gutdünken entscheiden können, wettert DFV-Präsident Zeh. Vielmehr habe das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgetragen, das Existenzminimum einkommensteuerfrei zu belassen. Klaus Zeh: „Wer einen besseren Familienleistungsausgleich will, muss das Kindergeld erhöhen, statt beim Kinderfreibetrag zu kürzen." Und DFV-Bundesgeschäftsführer Siegfried Stresing fragt provokativ: „Ob sich die SPD wohl trauen würde, den (besserverdienenden) Arbeitnehmern beim Lohnsteuerjahresausgleich einfach mal so die Steuererstattung für die Pendlerpauschale zu kappen?" Ihn ärgert, dass von allen Freibeträgen im Steuerrecht „ausgerechnet der von der Verfassung vorgegebene Kinderfreibetrag immer wieder in die Schusslinie gerät." Das zeige, dass Familien noch immer als „Almosenempfänger und nicht als Leistungsträger wahrgenommen" werden.

Grenze zum Wahlbetrug ist erreicht

Das Bild einer launenhaften und unberechenbaren Familienpolitik zeigt sich indes ebenso bei den Regierungsparteien CDU und FDP. Beide Parteien hatten in ihren Wahl- und Regierungsprogrammen 2009 exakt den gleichen Betrag versprochen, der nach Regierungsübernahme als Kinderfreibetrag (= steuerliches Existenzminimum) Gesetz werden sollte: 8004 Euro. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP hieß es dann auf einmal nur noch: „Der Kinderfreibetrag wird in einem ersten Schritt zum 1. Januar 2010 auf 7008 Euro und das Kindergeld um je 20 Euro erhöht." Von einem zweiten Schritt, der erwartungsgemäß zu den übereinstimmend versprochenen 8004 Euro Kinderfreibetrag hätte führen müssen, war allerdings keine Rede mehr. Dominik Geißler, stellvertretender Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, erklärt das nicht eingehaltene Wahlversprechen mit der Haushaltskonsolidierung: „Das Finanzministerium hatte Einwände." Komisch: Vergangene Woche war erst mal Schluss mit dem Konsolidieren. Da kündigten Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und sein Ministerkollege Philipp Rösler (FDP) eine Steuersenkung an, die besonders „kleine und mittlere Einkommen" entlasten solle. Der Grundfreibetrag wird erhöht und der Anstieg der Besteuerung (= Progression) abgeflacht. Wer nun glaubte oder hoffte, dass mit dem Grundfreibetrag auch der Kinderfreibetrag, also der Grundfreibetrag für kleine Menschen, angehoben würde, wurde allerdings enttäuscht: Silke Bruns, Sprecherin des Bundesfinanzministers, stellte klar, dass mit dem Grundfreibetrag nicht der Freibetrag für Kinder gemeint sei. Fazit: keine Erhöhung des Kinderfreibetrages, kein Einlösen des Wahlversprechens – Kinder haben nun mal keine Stimme bei Wahlen.

Familienpolitischer Zick-Zack-Kurs auch beim Betreuungsgeld, das ab 2013 gezahlt werden soll. Eltern, die ihr Kind im Alter von ein bis drei Jahren, nach der Elternzeit, zu Hause betreuen, sollen Anspruch auf monatlich 150 Euro haben. Das hatte die CSU 2009 im Koalitionsvertrag durchgesetzt, gegen eine ablehnende FDP und halbherzig zustimmende CDU. Die anderen Bundestagsparteien sind alle mehrheitlich gegen das verächtlich als „Herdprämie" bezeichnete Betreuungsgeld.

Das Wahljahr 2013 rückt langsam näher. Nun schlägt CDU-Familienministerin Kristina Schröder vor, das Betreuungsgeld nur noch für ein Jahr zu zahlen. Als „nicht akzeptabel" lehnt dagegen CSU-Familienpolitikerin Dorothee Bär den Vorschlag ab. Der Koalitionspartner FDP verweist auf die schwierige Haushaltslage. „Ich sehe nicht, wo die drei Milliarden dafür herkommen sollen", äußerte sich der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Florian Toncar, in der „Bild"-Zeitung.

Familienpolitik wie gehabt: halbherzig, nicht verlässlich, nach Kassenlage, im Zweifel gegen die Familie – eben „Gedöns"-Politik.

Siegfried Schmidtke

Was nörgelt ihr?

Von Theo Maass

Für viele Beobachter überraschend strebt Klaus Wowereit in Berlin ein rot-schwarzes Bündnis an, obwohl auch Rot-Grün möglich gewesen ist.

Dass die linksalternative Tageszeitung „taz“ das nicht toll findet, kann ich verstehen. Der Jammer in der Radaktionsstube ist groß: Was wird aus der A-100-Verhinderung, was aus dem angestrebten Ausländerwahlrecht? Dann redet sich Margarete Koppers, zurzeit amtierende Polizeipräsidentin, ausgerechnet in dem alternativen Blatt ihren Frust von der Seele. Schließlich wird der sogenannte öffentliche Beschäftigungssektor, eine Erfindung des damaligen Koalitionspartners, der Linken, abgewickelt. Wenn man das Blatt liest, kann man den Eindruck gewinnen, die Union regiere die Stadt und die Koalition tanze nach der Pfeife von CDU-Chef Frank Henkel.

Ein paar Straßenecken weiter ist der Redaktionskomplex des Springer-Verlages. Mit der „Welt“, der „Berliner Morgenpost“, der „BZ“ und der „Bild“-Zeitung beherrscht das Unternehmen einen großen Teil der gedruckten Meinung in Berlin. Die Blätter gelten als CDU-nah. Trotzdem kommt pausenlos Kritik an den Koalitionsverhandlungen. Ein anderes Mal werden „gute“ Ratschläge erteilt, indem Verlautbarungen aus „gut unterrichteten Kreisen“ der Partei in die Welt gesetzt werden. Allerdings fällt dabei, wenn mal Namen genannt werden, lediglich jener der Bundestagsabgeordneten Monika Grütters, die doch als kommende Senatorin für Kultur oder Ähnliches gehandelt wird. Dazu muss man wissen, dass Grütters nicht nur parteiintern als Vertraute von Bundeskanzlerin Angela Merkel gilt.

Aber auch ansonsten wird viel genörgelt. Allerlei Nebensächlichkeiten, die der SPD aus Gründen der Rechtfertigung vor dem eigenen linken Flügel wichtig sind, will Wowereit erhalten wissen. Die „Berliner Morgenpost“ bemängelt beispielsweise die Haltung der SPD zur „doppelten Staatsbürgerschaft“. Dabei ist es völlig wurscht, was der Berliner Senat dazu sagt, weil das Staatsangehörigkeitsrecht Bundesrecht ist. Ein andermal wird geschrieben, die SPD benötige die CDU und nicht umgekehrt, was natürlich auch Unsinn ist, denn in einer Koalition benötigen sich beide Partner gegenseitig.

In gutbürgerlichen Bezirken, wo Einfamilienhäuser das Bild prägen und CDU gewählt wird, ist hingegen kein Zorn auf Frank Henkel zu spüren, eher sind viele froh darüber, dass ihnen der Flohzirkus einer Regierenden Bürgermeisterin Renate Künast erspart geblieben sei. Wir erinnern uns: „Tempo 30 flächendekkend“, „Abschaffung der Gymnasien“, und die Reduzierung des neuen Großflughafens auf das Niveau eines Regionalflugplatzes, das waren Künasts Ziele. Da sind viele Berliner ganz zufrieden mit der rot-schwarzen Alternative.

Hauptsache kein Linker

Nach Verhaftung eines Autobrandstifters wird dessen ideologischer Hintergrund vertuscht



Obwohl monatelang jede Nacht in Berlin Autos angezündet wurden, bevor der Brandstifter André H. der Polizei ins Netz ging, sollen seine Taten nicht dem Klassenhass geschuldet sein: Löscharbeiten der Feuerwehr in Kreuzberg

Bild: pa

Nach der Festnahme des Serienbrandstifters André H. geht es Politik und Medien in Berlin vor allem um eines: Der Täter darf nicht dem linken Milieu zugerechnet werden. Eine skurrile Debatte entfaltet sich.

Berlins bundesweit berüchtigte Auto-Brandstifter haben seit zwei Wochen ein Gesicht. Die Polizei hat am 21. Oktober einen Serientäter verhaftet, den 27-jährigen André H. H. hat 67 Brandattacken auf Autos gestanden. Über 100 wirft ihm die Polizei vor. In der öffentlichen Debatte geht es unterdessen weniger um das Strafregister des Täters als um die Frage, ob eine (linke) politische Ideologie ihn zu den Anschlägen ermuntert hat.

„Zur linken Szene gehörte der 27-Jährige nicht“, schrieb der „Tagesspiegel“ gleich zu Beginn seines Beitrags über die Verhaftung von André H. fast erleichtert. Wochenlang hatte die Polizei ermittelt und war dem Täter vor allem dank der (vom rot-roten Senat zuvor lange kurzgehaltenen) Videoüberwachung öffentlicher Verkehrsmittel auf die Spur gekommen. Davon nahmen Politik und Medien nur am Rande Notiz.

Fahnder der Landespolizei hatten den Mann zunächst auf Überwachungsvideos in Bussen und U-Bahnen gesehen, die kurz vor und nach einer Brandstiftung aufgezeichnet worden waren. Dann wurde auch die Bundespolizei auf ihn aufmerksam und die Identität des Mannes ermittelt. Dank der Videos fiel auf, dass der Brandleger auffällig viele „Bezugspunkte“, so die Polizei, im Umfeld von anderen bekannten Brandorten hatte. Ein weiteres Plus der Bilder ist die von ihnen gelieferte Indizienkette: André H. kehrte nachts oft kurz nach Verlassen der Verkehrsmittel zurück, was kein normaler Fahrgast tut, so Ermittler. Nach eingehender Befragung verkündete dann Staatsschutzchef Oliver Stepien: „Er gehört definitiv nicht zur linken Szene.“ Aber: „Aus Frust und diffusem Sozialneid“ habe er Autos angezündet, habe der 27-Jährige laut den Ermittlern ausgesagt.

> Klassenhass soll kein linkes Motiv mehr sein

Das Motiv war somit Klassenhass auf alle, die sich im Gegensatz zum gelernten Maler ein Auto leisten können. Anderen ging es gesundheitlich besser. „Dieses Bessergehen symbolisierte sich für ihn im Besitz von teuren Autos der drei Marken, die er sich immer wieder zum Ziel für seine Brandstiftungen suchte“, so ein Beamter. Auch Innensenator Erhart Körting (SPD) meldete sich umgehend nach der Festnahme zu Wort. Seine Annahme, „wonach hinter vielen Brandstiftungen ein Einzeltäter stekken könnte, der nicht aus der linken Szene stammt“, sei richtig.

Mitte August hatte der arbeitslose André H. mit dem Legen von Bränden aufgehört. Er hatte eine Anstellung erhalten, keine Zeit mehr, so Ermittler. Oder das „diffuse Sozialneid“-Motiv war abgeflaut. „Kein Fall für den Staatsschutz, sondern eher für den Psychiater“ urteilt der „Tagesspiegel“.

Politisch diffus sind allerdings auch die Motive jüngst auffällig gewordener Linksextremer. Die hatten – das war unter Politikern wie Polizeiexperten bisher Konsens – mit ihren Brandanschlägen gegen Politikerautos und Politikgipfel (G 8) das Feuerlegen erstmals zur nächtlichen Tatsache jenseits verwirrter Einzeltäter hochlodern lassen. Bis zur Verhaftung von André H. nahmen dieses Jahr allein in Berlin 470 Autos direkt durch Brandstiftung Schaden und 183 durch übergreifendes Feuer. Über 270 Autobrände stuft die Polizei als politisch motiviert ein. Linksextreme Brandanschläge auf die Deutsche Bahn in Berlin zeigten abermals, dass die Urheber der Brände keineswegs aus unpolitischen Milieus stammen.

Der Schaden, den nun allein der 27-Jährige verursacht hat, überschreitet die Millionengrenze. Dennoch kritisiert ausgerechnet Berlins Polizei-Vizepräsidentin Margarete Koppers mögliche Verschärfungen der Sicherheitspolitik durch den neuen rot-schwarzen Senat schon im Vorwege. Koppers behauptet, gegen linke Gewalt sei die Polizei der Hauptstadt „qualitativ und quantitativ sehr gut aufgestellt“.

Die Brandstiftungen gehen derweil unvermindert weiter. In Schöneberg und Lichtenberg gingen nur Stunden nach H.s Festnahme erneut Autos in Flammen auf. Die Polizei geht von Brandstiftung aus. Zumindest im Fall des teuren Fahrzeugs wird „eine politische Tatmotivation derzeit geprüft“, so die polizeiliche Mitteilung. Ein anderes vierrädriges Ziel der Brandstifter war ein Altwagen – allein schon daher erfolgt erst gar keine Prüfung politischer Motive. Diese im Nachhinein zu erhärten ist aufgrund der neuen politischen Einzeltäterthese ohnehin noch schwerer geworden, als überhaupt Täter zu ermitteln. Viele Brandgeschädigte können dank jüngster politischer Festlegung, was zur linksextremen Szene passende Motive sind (Sozialneid oder gar Klassenhass offenbar nicht), keine Opfer politischer Straftaten mehr sein. Auch ein vor Tagen verhafteter 19-Jähriger, der von Zeugen beim Zündeln gestellt wurde, kommt offiziell nicht als von extrem linkem Gedankengut angetrieben in Betracht. Dafür sei er zu betrunken gewesen. André H. hingegen erinnert sich genau an seine Ziele, so die Polizei.

Die Bundesregierung stellt indes, auch mit Blick auf die Berliner Bahnanschläge, einen allgemeinen bundesweiten Anstieg der Straftaten von Linksextremisten fest. Es gebe längerfristig eine stetige Zunahme, und es seien bereits die hohen Werte von 2009 erreicht. „Das Phänomen wird uns wohl noch beschäftigen“, sagte der Leiter des Berliner Landeskriminalamts (LKA), Christian Steiof, zum Thema Brandanschläge bei der Verhaftung von André H. *Sverre Gutschmidt*

Feindbild Autofahrer

Berlin: »Vorrangschaltung« für Busse bringt so gut wie nichts

Eine Verkehrspolitik ganz besonderer Art betreibt der Berliner Senat: „55 Millionen Euro haben die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in den vergangenen Jahren ausgegeben, damit Busse und Straßenbahnen schneller unterwegs sind.“ Das „Beschleunigungsprogramm“ wendet sich gegen „notorische Autofahrer“. Sie sollen den Pkw stehenlassen.

Der Bund der Steuerzahler hat nun festgestellt, dass das Programm keinerlei Nutzen brachte. Für die genannte Summe sind bislang 900 Ampeln auf „Vorrangschaltung“ für Bus und Straßenbahn umgerüstet worden. Weitere 550 kommen bis 2016 hinzu. Tatsächlich beschleunigte sich der Busverkehr nur um kaum spürbare 0,08 Stundenkilometer.

Straßenbahnen und Busse sind (anders als U- und S-Bahn) für den innerstädtischen Verkehr nach wie vor keine schnellere Alternative zum Individualverkehr. Das ergibt sich aus den „Reisezeiten“ dieser Verkehrsmittel. In Berlin erreichen S- Bahnen eine Reisegeschwindigkeit von etwa 50 Stundenkilometern, U-Bahnen von 36 km/h, Straßenbahnen kommen auf 19, Busse auf 17

> Hoffnungen ruhen jetzt auf der CDU

km/h. Dieses Missverhältnis spräche für den großzügigen Ausbau von S- und U-Bahn. Im Westteil der Stadt wurde 1967 daher der Straßenbahnverkehr eingestellt, Busse sollten als Zubringer zur Schnellbahn dienen. Von den 50er bis in die 90er Jahre wurden in Berlin viele Kilometer U-Bahn gebaut. Seit Mitte der 80er Jahre nahm die S-Bahn durch ihre Übernahme durch die Westberliner BVG von der DDR einen riesigen Aufschwung.

Das Problem: Der Bau eines Kilometers U-Bahn kostet rund 100 Millionen Euro, bei aufwendiger Baudurchführung auch 200 Millionen. Ein Kilometer Straßenbahnbau ist hingegen schon für rund 20 Millionen Euro zu haben.

So gesehen sind 55 Millionen Euro im innerstädtischen U-Bahn-Bau keine große Summe, aber der Ostteil der Stadt hat seit 1989 keinen wesentlichen Zuwachs an U-Bahnen gehabt, und zu DDR-Zeiten ließ die SED lieber billige Straßenbahnen in die dicht besiedelten Gebiete wie Marzahn und Hellersdorf bauen.

U-Bahnbauten werden, wie der Autobahnbau, vom Bund stark bezuschusst. Aber in diese Richtung denkt Berlin nicht. Beobachter setzen nunmehr auf den neuen SPD-Koalitionspartner CDU, dass dieser die ideologische Überhitzung aus der Verkehrspolitik nehmen möge. *Hans Lody*

Neuer alter Glanz

Potsdams »Alter Markt« wird rekonstruiert

Er galt einst als einer der schönsten Plätze Europas – Potsdams „Alter Markt“. Nun soll er nach den Zerstörungen von Krieg und Kommunismus wieder erstehen. Die Ergebnisse eines zweistufigen Bieterverfahrens für den Wiederaufbau des Areals haben nun Potsdams Stadtobere präsentiert. Auf der Brachfläche zwischen Alter Fahrt, einem Arm der Havel, und dem im Bau befindlichen Landtag mit Stadtschloss-Fassade werden Investoren bis 2015 insgesamt 70 Millionen Euro verbauen.

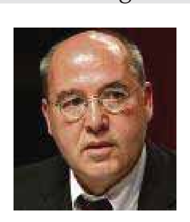
Zu den Gebäuden, die nach Vorgabe der Stadt mit historischer Fassade errichtet werden müssen, zählt das Palais Barberini. Den Zuschlag zum Wiederaufbau des im Original 1772 unter Friedrich dem Großen errichteten Palais hat eine Potsdamer Hotelbetreiberin erhalten. Ihr Projekt sieht nicht nur die Schaffung von 80 Suiten, sondern auch den Wiederaufbau zweier historischer Säle vor. Ebenfalls mit historischer Fassade werden das Palais Pompeji durch die Prinz von Preußen AG und das Palais Chiericati durch das Unternehmen Kondor Wessels als kombinierte Wohn- und Geschäftshäuser wiedererrichtet.

Erhebliche Änderungswünsche gab es an einem Entwurf für ein Gebäude mit moderner Fassade am ehemaligen Standort des Palasthotels: Um eine Dominanz gegenüber dem Landtagsgebäudes mit seiner Stadtschloss-Fassade zu vermeiden, musste nicht nur die Dachform angepasst, sondern auch die Bauhöhe vermindert werden. Am bereits 2012 beginnenden Wiederaufbau von Potsdams Altem Markt wird auch Franco Stella beteiligt sein, der italienische Architekt für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses. Gleich neben dem Palais Barberini wird nach einem Entwurf Stellas ein Stadthaus und eine Gartenvilla im Stile Palladios errichtet. *Norman Hanert*

Zweifelhafte Spitzenplätze

Unrühmliche Spitzenplätze für Berlins Schüler förderte eine Befragung von 3000 Neuntklässlern durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen zutage. Mit 13 Jahren sind sie im Durchschnitt ein halbes Jahr jünger als andere Schüler in Deutschland, wenn sie das erste Mal Gewalt erleben oder begehen. 17,9 Prozent der Berliner Schüler sind in den letzten zwölf Monaten entweder beraubt, erpresst oder geschlagen worden. Der Wert liegt nahe beim Bundesdurchschnitt von 16,8 Prozent. Statistisch herausragend waren die Berliner Jugendlichen allerdings mit 60 Prozent bei mehrfachem Schulschwänzen (bundesweit 50 Prozent), mit 43,4 Prozent beim Ansehen von Gewaltfilmen (Bundesdurchschnitt 35,5 Prozent) und beim Cannabiskonsum. Während hier der Durchschnittswert bei 4,1 Prozent liegt, räumten in Berlin immerhin 6,7 Prozent der befragten Schüler ein, bereits Erfahrung mit der Droge zu haben. *N.H.*

Zeitzeugen



Gregor Gysi – Obwohl der Deutsche Bundestag bereits 1998 festgestellt hat, dass die Stasimitarbeit von Gysi „erwiesen" ist, klagt der letzte SED-Chef und heutige Vorsitzende der Linke-Bundestagsfraktion erfolgreich gegen eine Veröffentlichung dieser Tatsache in den Medien. Bislang finden sich die Berichte von IM „Notar", „Gregor" oder „Sputnik" nur in den Akten von Gysis Mandanten. Die IM-Akte gilt als unauffindbar. Sie könnte sich in den Säcken befinden.

Roland Jahn – Der heutige Chef der Stasiunterlagenbehörde war zu DDR-Zeiten einer der wichtigsten Oppositionellen. Neben anderen oppositionellen Aktivitäten gründete er 1983 die Friedensgemeinschaft Jena, die für einen zivilen Ersatzdienst eintrat. Nach seiner gewaltsamen Abschiebung aus der DDR (er passierte die innerdeutsche Grenze gefesselt in einem Interzonenzug) wurde er eines der wichtigsten Beobachtungsobjekte der Staatsicherheit in West-Berlin. Ohne die unermüdliche Pressearbeit des 1953 in Jena geborenen Jahn im Westen, beispielsweise beim ARD-Magazin „Kontraste" des SFB, wären die Aktionen der DDR-Opposition viel weniger erfolgreich gewesen. Jahn war Gegenstand zahlreicher Zersetzungspläne, mit deren Hilfe die Staatsicherheit ihn systematisch seiner Familie und seinen Freunden zu entfremden suchte. Als Behördenchef hat Jahn sich als eine der ersten Aufgaben gestellt, die Mitarbeit von ehemaligen Stasioffizieren in der Behörde zu beenden. *V.L.*



Jürgen Fuchs – Der Schriftsteller und Psychologe war 1976 mehrere Monate im Stasi-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist er dort mit Gammastrahlen kontaminiert worden, die 20 Jahre später zu seinem Krebstod führten. Bertram Nicolay vom Fraunhofer-Institut hofft, in den Säcken Akten zu finden, die belegen, wie Fuchs kontaminiert wurde. Für den Wissenschaftler war der Gedanke an seinen verstorbenen Freund das Hauptmotiv, die Entwicklung des Scanners voranzutreiben.

Diether Dehm – Der linke Liedermacher aus Frankfurt am Main wurde sieben Jahre lang als IM „Dieter" und IM „Willy" von der Staatssicherheit als Informant geführt. Seine Berichte aus der SPD waren für die Stasi so wertvoll, dass sie Dehm daran hinderte, die SPD zu verlassen und der DKP beizutreten. Noch wichtiger wurde er, als er nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns dessen Manager wurde. Dehm ist Mitglied im „Linke"-Parteivorstand, sitzt seit 2005 für die Partei im Bundestag und bestreitet seine IM-Tätigkeit.

Die Spitzel sind noch unter uns

DDR-Bürgerrechtler setzten die Offenlegung der Stasi-Archive durch

Die heikelste Hinterlassenschaft der untergegangenen DDR waren die Akten der Staatsicherheit. Wie brisant sie waren, wusste die Stasi selbst am besten. Spätestens seit dem Mauerfall begann sie mit Hochdruck ihre Zeugnisse zu vernichten.

Weil die Reißwölfe wegen Überbeanspruchung immer öfter ausfielen, wurden Akten auf Lastwagen verladen und auf Müllkippen verbrannt. Auch aus den Schornsteinen der Heizhäuser der Stasigebäude drang schwarzer Rauch.

Anfang Dezember 1989 war die Empörung der Bevölkerung über die Aktenvernichtung so groß, dass dagegen vorgegangen werden musste. Den Beginn machten die Thüringer, indem sie am 4. Dezember die Bezirkszentrale der Staatssicherheit in Erfurt stürmten. Die Besetzer fanden zahlreiche Spuren einer umfangreichen Zerstörung. Sie verriegelten die Archive und schützten den Bestand vor weiterem Zugriff. Ab sofort kontrollierte ein Bürgerkomitee die Anlage.

Die Nachricht von der erfolgreichen Besetzung in Erfurt wurde das Signal für die Besetzung aller anderen Bezirks- und Kreisdienststellen der Staatssicherheit in der DDR. Am 15. Januar 1990 wurde auch die Zentrale in Berlin von den Bürgerrechtlern erobert.

Parallel dazu erzwang die Bürgerbewegung am Runden Tisch, der im Dezember 1989 als Ersatz-Administration ins Leben gerufen worden war, weil die letzte SED-Regierung Modrow über keinerlei Autorität mehr verfügte, die Auflösung der Staatssicherheit. Zwar versuchte Modrow mit zwei Neugründungen, dem „Verfassungsschutz" und dem „Nachrichtendienst", diesen Beschluss zu unterlaufen, was aber nicht gelang. Die politische Geheimpolizei der DDR musste vollständig abgewickelt werden.

Kohl-Regierung wehrte sich gegen Akteneinsicht

Das war kein einfaches Unterfangen, denn es handelte sich um einen Dienst mit zuletzt 91 000 hauptamtlichen und 173 000 inoffiziellen Mitarbeitern. Dazu kam noch die „Hauptverwaltung Aufklärung" (HVA), die Auslandsspionage der Stasi, mit 3800 offiziellen und 11 500 inoffiziellen Beschäftigten.

Ein großer Fehler unterlief den Bürgerrechtlern, als sie am Runden Tisch ihre Zustimmung gaben, dass die HVA sich selbst auflösen und ihre Akten vernichten durfte. Den Offizieren unterliefen dabei glücklicherweise Fehler, sodass eine Mikrofilmkartei in den Besitz der CIA gelangte. Eine Kopie dieser Kartei wurde inzwischen nach einer Intervention von Bürgerrechtlern bei Präsident Bill Clinton an Deutschland zurückgegeben.

Damit war es wieder möglich, das Kapitel Westmitarbeiter der Stasi aufzuklären. Wie tiefgehend die Stasi die Geschichte der Bundesrepublik beeinflusst hat, wurde schlaglichtartig klar, als sich herausstellte, dass der Mörder des Studenten Benno Ohnesorg, Karl-Heinz Kurras, im Dienste der Stasi stand.

Als sich die schnelle Vereinigung abzeichnete, war die Frage, wie mit den Akten der Staatssicherheit umgegangen werden sollte, einer der größten Konfliktpunkte bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag. Fast bis zum Schluss wehrte sich die westliche Seite, den Beschluss der Volkskammer, die Stasiakten zu öffnen und den Verfolgten zugänglich zu machen, in den Einigungsvertrag aufzunehmen. Es bedurfte einer erneuten Besetzung der ehemaligen Stasizentrale und eines Hungerstreiks von Bürgerrechtlern, ehe es zu einer Aufnahme in den Vertrag kam.

Im ersten Bundestag des vereinten Deutschland war es wiederum die kleine Gruppe von Bündnis 90/Grüne (Ost), die dafür sorgte, dass das Vermächtnis der Volkskammer auch Gesetz wurde. Den acht Aufrechten gelang es, die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten von der Notwendigkeit der Stasiaktenöffnung zu überzeugen. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz trat am 29. Dezember 1991 in Kraft, am 2. Januar 1992 konnten die ersten Bürgerrechtler ihre Akten einsehen. Was zum Vorschein kam, erschüttert die Öffentlichkeit bis heute. *Vera Lengsfeld*



Wird bald ein Ende haben: Mühsames Zusammensetzen der geschredderten Stasi-Unterlagen von Hand Bild: pa

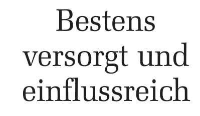
Bestens versorgt und einflussreich

Wir müssen damit leben, dass etwa 17 000 ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, zum Teil in Schlüsselpositionen. Selbst im Kanzleramt soll ein Stasimitarbeiter für die Sicherheit der Kanzlerin sorgen.

Die Zahlen belegen, mit welcher Nachsicht die Schergen des SED-Regimes behandelt wurden. Die willigen Vollstrecker der zweiten deutschen Diktatur sind im vereinten Deutschland nicht nur bestens versorgt, sondern nach wie vor einflussreich. Es liegt also nicht an der Hysterie der ehemals Verfolgten, wenn sie heute noch das Gefühl haben, mit ihren berechtigten Anliegen nicht gehört zu werden. Tausende Stasitäter sind heute noch in der Lage, aus ihrer Position heraus die Anliegen der Verfolgten des SED-Regimes zu torpedieren. Wobei die Zahl 17 000 viel zu niedrig ist. Sie bezieht sich nur auf die neuen Bundesländer. Aber auch in der ehemaligen Bundesrepublik hatte die Staatssicherheit ihre Spione. Die saßen überall, selbst im Bundestag. Allerdings wird die Aufklärung dieses Kapitels von der Politik bislang hintertrieben. In dieser Legislaturperiode hat der Bundestag einen Antrag der FDP abgelehnt, den Bundestag und den öffentlichen Dienst der Alten Länder auf Stasimitarbeiter zu überprüfen.

Überprüfung im Westen abgelehnt

Völlig unterbelichtet im Bewusstsein der Öffentlichkeit ist auch die kriminelle Dimension des DDR-Geheimdienstes. Mit der Aktenöffnung kamen die Maßnahme- und Zersetzungspläne der Staatssicherheit zum Vorschein, mit denen Familien, Berufskarrieren und Freundschaften systematisch zerstört wurden. Einige Planungen reichten bis zum Mord. So lange es an politischem Willen fehlt, dies öffentlich zu diskutieren, wird die Staatssicherheit ein Problem bleiben. *V.L.*



Mit Technik zum Erfolg

Ein Super-Scanner soll Stasi-Geheimnisse lüften

Etwa 16 000 Säcke mit Aktenschnipseln hinterließ der Geheimdienst der DDR. Das zerrissene Papier sollte zum Verbrennen abtransportiert werden. Man kann davon ausgehen, dass es sich ausnahmslos um brisante Akten handelt, denn die wurden zuerst vernichtet. Seit Beginn der 90er Jahre werden im fränkischen Zirndorf diese Schnipsel manuell zusammengesetzt. In einem Sack befinden sich etwa 4500 zerrissene Seiten. Ein Rekonstrukteur schafft es, zehn Seiten pro Tag zusammenzusetzen. Dass diese mühsame Puzzle-Arbeit zu sensationellen Ergebnissen führen kann, wurde klar, als Ende der 90er Jahre die Verpflichtungserklärung des seinerzeitigen Chefredakteurs der Potsdamer „Märkischen Allgemeinen", Peter Mugay, zusammengefügt wurde. Mugay, der seine Stasimitarbeit verschwiegen hatte und der bis dahin sicher gewesen war, dass seine IM-Akte vernichtet sei, musste seinen Posten aufgeben.

Der sensationelle Fund weckte das Interesse der Medien. Auch im Fernsehen wurde berichtet, was in Zirndorf gemacht wurde. Eine dieser Sendungen wurde von einem Forscher des Fraunhofer-Institutes, Bertram Nicolay, gesehen. Der Wissenschaftler rechnete sich aus, dass die manuelle Zusammensetzung der Akten bis zum Jahr 2500 dauern würde. Das ließ ihn darüber nachdenken, ob sich nicht ein Scanner entwickeln ließe, mit dessen Hilfe die Teile schneller zusammengesetzt werden könnten. Bei der ehemaligen Chefin der Stasiunterlagenbehörde, Marianne Birthler, stieß das Projekt von Nicolay auf wenig Interesse. Also betrieb der Wissenschaftler die nötige politische Lobbyarbeit selbst – mit Erfolg. Im Jahr 2002 schrieb der Deutsche Bundestag das Projekt aus und sein Team bekam den Zuschlag.

600 Millionen Schnipsel zusammensetzen

Mit dem entwickelten Super-Scanner, der in einem Kühlraum des Fraunhofer-Institutes in Berlin-Charlottenburg steht und der ab Januar 2012 seine Arbeit aufnehmen soll, hoffen die Forscher, alle 600 Millionen Schnipsel in den nächsten zehn bis 15 Jahren zusammengesetzt zu haben.

Unter den Säcken befinden sich auch solche mit Fetzen aus den Beständen der Ostberliner Auslandsspionage. Diese Hinterlassenschaften sind besonders interessant, weil die Akten der HVA zum größten Teil vernichtet sind. Diese 90 Säcke werden zu den ersten gehören, die bearbeitet werden. Innerhalb eines Jahres soll der Inhalt von 400 Säcken wieder ganz gemacht sein. Sicher ist, dass die Funde die Diskussion über die Stasi neu entfachen werden. Zu hoffen bleibt, dass endlich der Beweis erbracht werden kann, dass die Tätigkeit der Staatsicherheit nicht auf die DDR beschränkt war und ihre willigen Helfer auch im Westen zu finden waren. Es gibt noch jede Menge dunkler Punkte bei der Aufklärung der Verbrechen der Staatsicherheit. Wie eng war die Verbindung zwischen RAF und Stasi, wer unter den Bundestagsabgeordneten war Stasimitarbeiter, wie sehr hat die Stasi bei den 68ern oder in der Friedensbewegung West mitgewirkt? Es wird Zeit, dass diese Fragen beantwortet werden. *Vera Lengsfeld*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8634**

Katalog der Unbelehrbarkeit

»Die Linke« hat sich in Erfurt ein Parteiprogramm gegeben – Sammelsurium uralter linker Irrtümer

Die Linkspartei hat ein Problem: Mit Schelte auf die „Märkte" versuchen derzeit nahezu alle Parteien, auf der Welle der neuen Kapitalismuskritik zu reiten. Da fällt es schwer, sich als Partei links von allen anderen zu profilieren, ohne vollends im Traumland sozialistischer Verheißungen zu enden.

Diesen Weg ist die Linke mit ihrem ersten Parteiprogramm seit der Fusion mit der WASG gegangen. Dessen zentrale Punkte lesen sich wie ein Katalog der Unbelehrbarkeit.

So wird etwa die Einführung der 35-Stunden-Woche gefordert und selbst das nur als Zwischenstufe zur späteren 30-Stunden-Woche. Aufgekommen war die Forderung nach 35 Stunden Wochenarbeitszeit vor über 30 Jahren, als Millionen Schul- und Hochschulabsolventen der geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängten. Damals wollten Gewerkschaften europaweit die „Arbeit gerechter verteilen", um den Jungen eine Chance zu geben.

Jene Länder, in denen sie damit erfolgreich waren, bezahlten die radikale Arbeitszeitverkürzung mit dem Verlust von Wettbewerbsfähigkeit. Frankreich versucht derzeit händeringend, von der 35-Stunden-Woche wieder wegzukommen, um wieder Anschluss an den vergleichweise florienden Konkurrenten Deutschland zu finden.

Nicht nur das führt den linken Vorschlag ad absurdum: Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich seit 1980 grundlegend verändert. Die nachrückenden Jahrgänge sind heute halb so stark wie damals und auf dem Arbeitsmarkt heiß begehrt. Diese Veränderung wird schlicht ignoriert.

So verwundert es denn auch nicht, wenn eine weitere, uralte linke Idee in ihrem Programm wiederaufersteht, die von der Wirklichkeit ebenfalls vor langer Zeit als fataler Fehler entlarvt wurde: Die Linkspartei will Millionen neuer, gut bezahlter Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen. Auf diese Weise reagierten etliche Länder vor Jahrzehnten auf den Wegfall von Arbeitsplätzen in den alten Industrien, statt sich energisch dem Strukturwandel zu stellen.

Das prominenteste Beispiel für diesen Weg ist Griechenland, wo jeder vierte Erwerbstätige im öffentlichen Sektor angestellt ist. Das Resultat dieser Art von Beschäftigungspoltik war die Lähmung der Wirtschaft, eine auswuchernde, ineffiziente Bürokratie, die völlige Erschöpfung der Staatsfinanzen und die Demoralisierung riesiger Kolonnen von Staatsangestellten, an denen die Gewissheit nagt, dass sie bezahlt werden, ohne eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben.

In eine ähnliche Richtung zielt die Linken-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns. Das übersteigt den dieser Tage von der Union eingebrachten Vorschlag kräftig. Gegen die Unions-Idee, einen verbindlichen Mindeststundenlohn von 6,89 Euro in den neuen und 7,69 in den alten Bundesländern einzuführen, läuft die Wirtschaft bereits Sturm. Sie

Soziale Wohltaten wenden sich gegen die Begünstigten

fürchtet, dass noch mehr Beschäftigung in die Schwarzarbeit abwandert, wo es überhaupt keine tariflichen Sicherheiten mehr gibt.

In der Tat wenden sich, wie in Griechenland zu beobachten, soziale Wohltaten irgendwann gegen die vermeintlich Begünstigten selbst, wenn sie ein gewisses Maß überschreiten. Genau diese Grenze scheint die Linke um jeden Preis austesten zu wollen.

Die Großbanken will die Linke unter staatliche Kontrolle bringen mit dem Argument, die „Zockerei" so unterbinden zu können. Indes haben sich gerade die staatlichen Landesbanken oder die KfW bei dem Kasinospiel besonders hervorgetan. Bei der KfW saß währenddessen ausgerechnet Oskar Lafontaine im Verwaltungsrat.

Beim Parteiprogramm der Linken wird ein Grundprinzip sichtbar: Ziel ist es, wirtschaftliche Leistung und finanzielle Situation möglichst weit zu entkoppeln. Nicht Arbeit und Produktivität sollen über das reale Einkommen der Bürger entscheiden, sondern politische Instanzen. So sollen noch mehr Steuern das frei verfügbare Einkommen reduzieren, zusätzliche staatliche Wohltaten das Geld neu verteilen. Dabei geht es nicht bloß um die Einkommen, sondern zudem um die Vermögen der Bürger, die durch Erhöhung der Erbschaft- und die Einführung einer Vermögenssteuer abgeschöpft werden sollen.

Letzere ist für einen weit ausgreifenden Staat besonders reizvoll, weil zur Einführung der Vermögenssteuer die Erfassung des Vermögens aller Bürger unerlässlich ist. Auch jene, welche die Steuer (mangels ausreichenden Vermögens) nie würden zahlen müssen, wären verpflichtet, dem Fiskus ihren gesamten Besitz samt alten Erbstücken et cetera zu melden. Eine umfassende Bestandsliste entstünde, die bei späteren, härteren Zugriffen des Staates auf das Vermögen der Bürger sehr hilfreich wäre. Zumal für einen Staat, dem, eingeklemmt zwischen Schuldenbremse und unkontrollierbaren Euro-Verpflichtungen, der finanzielle Handlungsspielraum verloren zu gehen droht. So ist die Vermögenssteuer schon bei mehreren Parteien populär geworden, nur bei der Höhe dürfte die Linke alle anderen noch ausstechen. Bislang jedoch werden keine konkreten Zahlen genannt.

Zur Entkoppelung von Wirtschaftsleistung und finanzieller Situation soll auch die von der Linken geforderte Grundsicherung für Kinder unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern beitragen. Dass es gerade hochqualifizierte Gutverdiener sind, die am wenigsten Kinder bekommen, bleibt ideologisch ausgeklammert.

Wie auf einer Tour d'Horizon uralter linker Wünsche finden sich im Linksparteiprogramm überdies die Auflösung der Nato und die Freigabe selbst harter Drogen. Die Erstellung eines zivilen „Willy-Brandt-Korps" anstelle von internationalen Bundeswehr-Einsätzen deutet in dieselbe Richtung.

Ziel ihrer Politik sei es, „gute Lebensbedingungen für alle" zu schaffen und den „Profit" zu überwinden, so die Linke in ihrem Programm. Selbst der elementare Zusammenhang zwischen erfolgreichem Wirtschaften („Profit") und allgemeinem Wohlstand wird demnach geleugnet.

Hans Heckel



Ergebnisse wie zu DDR-Zeiten: 96,9 Prozent der Delegierten stimmten für das Programm Bild: J.-U. Koch/dapd



MELDUNGEN

Henkel rät zur FDP

Berlin – Gründet er nun eine neue Partei oder gründet er nicht? Das war die Frage, die viele Bürger am vergangenen Sonnabend in der Berliner Universität der Künste bewegte. Hans-Olaf Henkel referierte über das, was uns der Euro bis heute schon gekostet hat und welche Verpflichtungen wir darüber hinaus eingegangen sind. Auch verschiedene Ausstiegsszenarien wurden erörtert. Auf die Frage, ob er denn nun „springen" werde oder nicht, verwies der frühere Chef des Bundesverbandes der deutschen Industrie auf die laufende Mitgliederbefragung in der FDP und empfahl sogar den Beitritt, um sich an der Befragung beteiligen zu können. Auffallend viele Mitglieder der abgewählten FDP-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses wurden gesehen. *H.L.*

Makabres Terrorspiel

Dresden – Im Rahmen des Festivals „Politik im Freien Theater" in der sächsischen Landeshauptstadt soll der Bürger selbst zum Akteur werden. Die Teilnehmer sollen dabei in die Rolle der RAF-Terroristin Ulrike Meinhof oder des IRA-Terroristen Eamon Collins schlüpfen. Dann werden sie wie bei einer Schnitzeljagd zu verschiedenen Zielen geschickt, an bestimmten Orten telefonisch kontaktiert und können Einfluss auf den weiteren Verlauf des Geschehens nehmen. Im Programmheft heißt es dazu: „Dadurch wird der Teilnehmer äußerlich und innerlich zum Handelnden, der entscheiden muss, wie weit er sich eine innere Empathie erlaubt, ob er sich überhaupt dagegen wehren kann, wie er mit telefonischen Aufforderungen umgeht, und vor allem, in welchen Impulsen seiner Figur er sich wie und warum widerspiegelt." Gefördert wird das Ganze unter anderem von der Bundeszentrale für politische Bildung. *J.H.*

Peinliche Premiere

Volksabstimmung soll Koalitionsstreit in Stuttgart beenden

Am 27. November wird Deutschland eine peinliche Premiere erleben: Erstmals werden die Bürger eines Bundeslandes an die Urnen gerufen, um mit einer verfassungsrechtlich kritischen Volksabstimmung einen Koalitionsstreit beizulegen. Denn darum geht es im Kern: Die Grünen, der größere Partner der Koalition in Stuttgart, sind – wie üblich – gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21". Die SPD dagegen war immer für das Projekt. Über die Sache war es in der Koalition zu heftigstem Streit gekommen.

Verfassungsrechtlich kritisch ist die Volksabstimmung aus zwei Gründen: Einmal ist bereits das sogenannte Ausstiegsgesetz, über das formal abgestimmt wird, so widersprüchlich formuliert, dass es einer kritischen Prüfung kaum standhielte. So heißt es in Paragraf 1, die Landesregierung solle verpflichtet werden, „Kündigungsrechte bei den vertraglichen Vereinbarungen mit finanziellen Verpflichtungen des Landes Baden-Württemberg für das Bahnprojekt Stuttgart 21 auszuüben". Wie der Arbeitskreis Juristen der CDU (LACDJ) feststellte, ist das keine rechtliche Bindung, zu kündigen, weil wohl auch den Grünen klar ist, dass die Verträge kein Kündigungsrecht vorsehen. Das Volk solle nur das Gefühl erhalten, mitreden zu dürfen, so die LACDJ. Außerdem bezieht sich die Abstimmung in jedem Fall nur auf den kleineren Landesanteil am Bau, den Löwenanteil trägt ohnehin der Bund. Der zweite verfassungsrechtliche Kritikpunkt richtet sich gegen die Ausrichtung des Gesetzes. Der Abschluss und das Kündigen von Finanzierungsverträgen sei allein Sache der Regierung, der Landtag und

CDU und FDP wollen den Grünen Niederlage bereiten

das Volk seien hierfür nicht zuständig, hatte der emeritierte Freiburger Juraprofessor Manfred Löwisch in seiner Klage argumentiert. Doch der Staatsgerichtshof Baden-Württemberg wies seine Klage aus formalen Gründen ab: Der Emeritus sei als einfacher Bürger nicht klageberechtigt, es handle sich um einen Organstreit, also könnte allenfalls eine Landtagsfraktion klagen. Doch CDU wie FDP wollen die Volksabstimmung um den Grünen eine öffentliche Niederlage zuzufügen. Und die SPD als Koalitionspartner wird sich hüten, gegen den eigenen Regierungschef zu klagen.

Das Projekt hat alle Instanzen und alle Genehmigungsverfahren völlig korrekt durchlaufen. Das Baurecht der Bahn besteht. Sogar eine gesetzlich nicht vorgesehene nachträgliche Schlichtung aufgrund der gewaltsamen Proteste hat stattgefunden. Doch all diese Fakten scheren die Projektgegner überhaupt nicht. Sie marschieren weiter. Nicht nur die CDU erregt sich darüber, dass die Grünen in der Anti-S21-Kampagne völlig bedenkenlos mit der Linkspartei zusammenarbeiten, die in Baden-Württemberg auch weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Gleichzeitig verbieten die Grünen dem Koalitionspartner SPD die offizielle Mitarbeit im Pro-S21-Bündnis. Nur Wirtschaftsminister und SPD-Chef Nils Schmid als Person unterstützt die Kampagne.

Kritik richtet sich auch gegen die trickreiche Konstruktion des Volksentscheids: Es wird über ein Ausstiegsgesetz abgestimmt, das die Landtagsmehrheit von CDU, SPD und FDP gegen die Grünen abgelehnt hat – also muss jeder, der für „Stuttgart 21" ist, mit „Nein" stimmen, Projektgegner müssen mit „Ja" stimmen. Bei diesem psychologischen Trick stand möglicherweise die grüne Hoffnung Pate, dass mancher gutmütige Bürger, der sich nur oberflächlich informiert, für das Projekt stimmen will und fälschlicherweise „Ja" ankreuzt.

Anton Heinrich

»Geringe geistige Substanz«

Thilo Sarrazin rechnet mit Wowereit-Buch ab

Viele fühlten sich berufen, als „Antisarrazin" zur Feder zu greifen. Ihre Bücher verschimmeln trotz niedriger Auflage in den Regalen der Buchhandlungen. Nach Ablauf der Sperrfrist werden sie für drei oder vier Euro verramscht. Vielleicht hat deswegen der „Vorwärtsverlag" den Preis für seine Neuerscheinung „Mut zur Integration. Für ein neues Miteinander" von Klaus Wowereit auch auf niedrige zehn Euro festgesetzt. Das Buch hat auf wenig schmeichelhafte Weise in den letzten Tagen öffentliche Aufmerksamkeit erlebt, weil eine Berliner Tageszeitung Thilo Sarrazin bat, es zu rezensieren. Sarrazin ließ sich diesen Spaß nicht entgehen und ergötzte sich dann am fehlenden „geistigen Niveau" seines früheren Chefs.

Sarrazin ignorierte die Buchpassagen, in denen Wowereit sich mit ihm beschäftigte. So wird er umso glaubwürdiger und arbeitete sich an Wowereits Thesen ab: „Ohne Migration wären moderne Gesellschaften gar nicht vorstellbar", so Wowereit. Sarrazin meint hingegen, die europäischen Länder – also auch Deutschland – hätten im 19. Jahrhundert, als sie zu Industriemächten heranreiften, keine wesentliche Einwanderung gehabt. Weiter meint Wowereit, Integration habe vor allem mit dem Abbau von Diskriminierung und Toleranz sowie Vielfalt zu tun. Alle Minderheiten hätten ein potenzielles Integrationsproblem.

Die Familie Wowereit sei selbst ein Integrationsfall, weil

Probleme werden nur oberflächlich behandelt

sie einen Migrationshintergrund habe, meint der Buchautor weiter. Seine Mutter sei als Landarbeiterkind in Ostpreußen aufgewachsen. Sarrazin: „Wowereit möge im Geschichtsbuch nachschlagen: Ostpreußen war damals eine Provinz des Landes Preußen." Bitter ist es für Heimatvertriebene, wenn Wowereit ihr Schicksal als Rechtfertigung für Zuwanderung aus kulturfremden Regionen missbraucht. Sarrazin findet dafür die Vokabeln: „Kitsch", „blühender Unsinn" und „Quacksalberei".

Auch zur Entstehung von Hochkulturen äußerte sich Wowereit: „(Sie) entstanden immer dort, wo nicht Abschottung, sondern Miteinander gepflegt wurde." Sarrazin entgegnet: „Das antike Ägypten, das Römische Reich oder China entwickelten sich nur deshalb zu langlebigen Hochkulturen, weil sie durch gesicherte Grenzen Zuwanderung wirksam kontrollierten." Und er fasst zusammen: „Zu hoffen bleibt nur, dass der geistige Anspruch des Regierenden Bürgermeisters weiter reicht, als sein Buch erkennen lässt."

Sarrazin philosophiert über den eigentlichen Grund des Buches: „Vielleicht verharrt er ja nur aus wahltaktischen Gründen an der Oberfläche der Probleme. Dann hätte er sich allerdings für die falsche Taktik entschieden. Dass man mit klarer Problemansprache weiter kommt, zeigen Heinz Buschkowsky und das spektakuläre Wahlergebnis der SPD im Bezirk Neukölln, das um 15 Prozentpunkte über dem Landesergebnis liegt." Aber da könnte Sarrazin auch ganz falsch liegen. Der SPD kann es schließlich gleichgültig sein, wie hoch ihr Stimmenergebnis ist, Hauptsache man regiert. Genau das hat Wowereit erreicht.

Hans Lody

MELDUNGEN

Einkaufszentrum für Stettin

Stettin – Nach fünfjähriger Vorbereitungszeit hat das Hamburger Unternehmen ECE ein Einkaufszentrum in Stettin eröffnet. Die „Galeria Kaskada“ bietet auf einer Gesamtfläche von 120 000 Quadratmetern Platz für zirka 160 Geschäfte und Restaurants. Das 190-Millionen-Euro-Projekt ist bereits das zweite größere Einkaufszentrum in Stettin. Branchenintern gilt die Stadt mit 400 000 Einwohnern und einem Einzugsgebiet von weiteren 300 000 Menschen als lukrativer Einzelhandelsstandort, da die Kaufkraft um 26 Prozent über dem Durchschnitt der polnischen Bevölkerung liegt. Weitere Einkaufszentren betreibt ECE bereits in Breslau, Danzig, Lodz und Krakau. *N.H.*

Griechen kaufen Schiffe auf Pump

Athen – Der Thyssen-Krupp-Konzern hat sich beim Kanzleramt über die Lieferung französischer Schiffe an die griechische Marine beschwert. Seit langem schon plant die griechische Marine als Ersatz für ältere Schiffe die Beschaffung von bis zu sechs neuen, etwa 5000 Tonnen großen, für Luftraumverteidigung optimierten Mehrzweck-Fregatten. Das Programm sollte etwa 2,8 Milliarden Euro kosten. Mehrere internationale Hersteller bemühten sich um den Auftrag, so die deutsche TKMS, Spaniens Navantia, die niederländische Royal Schelde sowie die französische DCNS. Dank tatkräftiger politischer Unterstützung lag Frankreich im Wettbewerb bald vorn. Die Griechenlandpleite ließ den Waffendeal erst mal in weite Ferne rücken. Aber der französische Präsident Nicolas Sarkozy fand einen Ausweg. Sein Motto: erst bestellen und liefern, später bezahlen. Thyssen Krupp kritisiert in seinem Schreiben an die Kanzlerin, die Schiffe würden letztlich vom deutschen Steuerzahler mitbezahlt werden. *H.L.*

Böses Erwachen in Libyen

Gaddafi-Anhänger noch immer aktiv – Islamisten die einzig einigende Kraft im Land?

Was waren das für beeindrukkende Szenen: Tausende friedliche Demonstranten auf der Mittelmeerpromenade von Bengasi. Studenten bauten Zelte auf. Jungen und Mädchen säuberten gemeinsam die Straßen. „Juden und Christen sind unsere Brüder“, wurde mit strahlenden Augen verkündet. Doch die Disziplin von damals hat Risse bekommen.

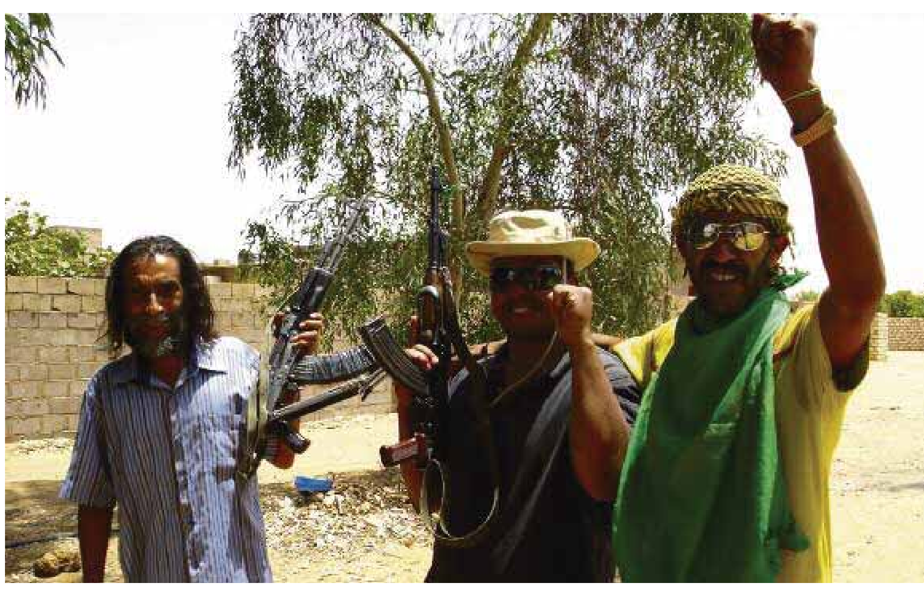
Im Februar und März 2011 wurde noch jeder ausländische Reporter in der libyschen Cyrenaika selbst ohne Visum und Einreisestempel als „Verbündeter“ im Kampf gegen Muammar al Gaddafi mit großer Herzlichkeit empfangen. Doch wo noch vor einigen Monaten die (männliche) Jugend am nächtlichen Lagerfeuer über Allah und die Welt diskutierte, sammeln sich nun in der Dunkelheit ausschließlich Bewaffnete und Drogenabhängige. Die beiden freien Medienzentren sind zugrunde gerichtet. Auf die zahlreicher werdenden Streitereien zwischen diversen Personen und Gruppen folgen meist wüste Schüsse – in die Luft. Ohne organisierte Polizei ist dies kein Wunder.

In anderen Landesteilen geht es derweil seit Monaten wirklich blutig zur Sache. Bengasi und dem gesamten Osten von Libyen kommt trotz aller Probleme immerhin zugute, dass die hier ansässigen Familienstämme über die Jahrhunderte ein gereiftes Gesellschaftsgefüge entwickelt haben. Einschneidende Konflikte werden seit jeher von Clanführern besprochen und nach Möglichkeit im Einvernehmen gelöst. Hier im Osten gibt es viele gemeinsame Interessen. Gaddafi setzte seine Sichtweisen vor allem im Westen und Süden Libyens um. „Bengasi war schon immer lockerer – und weit weg vom Zentrum der Macht“ so der italienische Maschinen-Unternehmer Antonello Cavallanti, 1978 und 2006 im Land vertreten. Nur deshalb konnte die Gegenrevolution des Jahres 2011 von Aschdabija bis Tobruk innerhalb weniger Tage Fuß fassen, während sie andernorts wie in Tripolis scheiterte oder ganz ausblieb wie in Sirt.

Das Eingreifen der Nato hat nicht nur die Aufständischen im Osten beschützt. Kriegführung

> »Ich habe Angst um meine Heimat«

und Geldspritzen haben nach fünf Monaten dazu geführt, dass die Flagge des alten (Cyrenaika-)Königreiches nun auch in der Hauptstadt Tripolis im Westen des Landes weht. Derweil bittet der Übergangsrat die westliche Allianz darum, die Militärangriffe noch bis Jahresende fortzusetzen. Das Problem: In der Landesmitte, vor allem um Jufrah, sind selbst nach der schwerfälligen Einnahme von Sirt und Bani Walid noch immer bewaffnete Feinde der „neuen Ordnung“ aktiv. Nicht nur, dass sie bis an die Zähne bewaffnet sind, die Kämpfer werden auch von ihren Stämmen gedeckt. Gaddafa, Magarha, Warfalla und Hassauna trauern um „ihren Revolutionsführer“. Auf der anderen Seite haben die scheinbar siegreichen Post-Oppositionellen bis heute keine einheitliche Armeestruktur aufbauen können. Während sich im Dunstkreis von Bengasi nur drei Kämpfer-Vereinigungen herausgebildet haben, muss man im restlichen Land von hunderten Milizen ausgehen. Die meisten Kämpfer stellen sich dazu auf den Standpunkt, in ihrem Heimatort zu verbleiben und keine Probleme in anderen Stammesgebieten verursachen zu wollen. Somit hat die neue „Führung“ nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ wenig aufzubieten, um das zerrissene Land mit Gewalt zu einen. Es gab dezente Hoffnungen auf einen Dialog. Doch wie soll der aussehen? Jetzt, da das zusammenschweißende Feindbild der einen, und der Anführer der anderen nicht mehr am Leben ist.



Noch immer bis an die Zähne bewaffnet: Viele Gaddafi-Anhänger werden von ihren Stämmen gedeckt Bild: Six

Ein Informationsbeschaffer des Übergangsrates, zuletzt aus dem Schweizer Exil zurückgekehrt, berichtet aus seiner Heimatstadt Misratah Bedenkenswertes: „Wir haben es hier mittlerweile mit über 100 bewaffneten Gruppen zu tun – und hinter den meisten stehen schwerreiche Paten, die es in der Vergangenheit durch eine Mischung aus Unternehmergeist und Korruption zu viel Geld gebracht haben. Die einzige Einheit, die das Gemeinwohl noch hochhält, ist die islamische Al Farouk, die von libyschen Afghanistan-Veteranen geführt wird.“ „Al Farouk“ (zu Deutsch „Trennung von Gut und Böse“), die für einen Gottesstaat am Mittelmeer kämpft, ist aus dem Sammelbecken der „Libysch-Islamischen Kampfgruppe“ aus den 90er Jahren entstanden. Islamisten als die einzig einende Kraft im Land? Der Informant, früher selbst im „Heiligen Krieg“ gegen Gaddafi aktiv, und nun ganz zufrieden mit Freiheit, Wohlstand und Frieden im Alpenland, bringt es auf den Punkt: „Ich habe Angst um meine Heimat.“ *Billy Six*

Die Hölle Asiens

In Nordkoreas Lagern leiden schätzungsweise 200 000 Menschen

Im Gulag des stalinistisch regierten Nordkorea leiden schätzungsweise 200 000 Menschen. Bekannt sind sechs große Stammlager und über 100 Nebenlager. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mitteilt, werden die Lager weiter ausgebaut. Das bewiesen Satellitenfotos, erklärte IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin auf einer Pressekonferenz in Berlin.

Die Gefangenen verrichten unter brutalen Bedingungen Zwangsarbeit. Um nicht zu verhungern, vertilgen sie Ratten, Frösche, Schlangen, Insekten und in ihrer Verzweiflung sogar Fäkalien. Foltermethoden wie die sogenannte „Tauben-Folter“, das Abschneiden von Fingern und das mutwillige Zufügen von Verbrennungen sind laut IGFM an der Tagesordnung. Auch Kinder werden in dem Lagersystem als Arbeitssklaven gehalten, erklärte Lessenthin.

Der ehemalige Gulag-Gefangene und Präsident der Hilfsorganisation „Free NK Gulag“, Kim Tae Jin, wies darauf hin, dass auch in großem Stile Sippenhaft praktiziert wird. Während seiner Haft habe er viele kennengelernt, die nur wegen des „Fehlers“ eines Verwandten eingesperrt worden seien. Viele wüssten auch gar nicht, warum man sie inhaftiert habe. Kim Tae Jin rief dazu auf, die Leiden der Nordkoreaner nicht zu vergessen: „Für mich ist es ein großes Verbrechen, wenn man diese Tatsachen ignoriert.“

Auf Nachfrage der *PAZ* zur Situation der hungernden Kinder im Land erklärte Kim Tae Jin: „Ich war einmal Zeuge, wie ein

> Das Land bleibt weiter hermetisch abgeriegelt

Soldat einem kleinen Mädchen ein Stück Brot gab, doch es war schon zu schwach, um es noch essen zu können. Eine Anzahl anderer Kinder wartete nur darauf, dass der Soldat weggeht, um das Brot nehmen zu können.“ IGFM-Sprecher Lessenthin erklärte, in diesem Jahr bahne sich erneut eine Hungerkatastrophe großen Ausmaßes an. Viele Kinder in Nordkorea seien kleinwüchsig und krank nur durch Hunger.

Der Koreaner Oh Kil-Nam berichtete über die Verschleppung seiner Frau, die einmal als Krankenschwester in Deutschland gearbeitet hatte, und der beiden Töchter in ein nordkoreanisches Arbeitslager. Seit 25 Jahren bemüht er sich um eine Familienzusammenführung. Die letzten Nachrichten von seinen Angehörigen stammen aus dem Jahr 1991. Die IGFM hat eine Mahnwache vor der Botschaft Nordkoreas in der Berliner Glinkastraße abgehalten. Erika Steinbach, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, versprach, sich zugunsten der Familie an das Auswärtige Amt zu wenden.

Das Regime in Pjöngjang, gedeckt durch China, hält das Land mit rund 20 Millionen Einwohnern weiter hermetisch abgeriegelt von der Außenwelt. Eine Flucht nach Südkorea ist fast unmöglich. Immer wieder aber können Menschen nach China fliehen, wo sie sich illegal aufhalten und von Rückführung bedroht sind. Nicht wenige schaffen es inzwischen aber, sich durch ganz China durchzuschlagen. Wie Lessenthin mitteilte, nimmt Thailand vorbehaltlos nordkoreanische Flüchtlinge auf. Während man 2004 erst 40 Nordkoreaner in Thailand als Asylsuchende registriert habe, seien es 2010 bereits 2482 gewesen. *Michael Leh*

Keine Bewegung am Gleis

Nach Breslau mit dem Bummelzug – Schnelle Abhilfe nicht in Sicht

Die nationalkonservative polnische Presse ist sauer auf die Deutsche Bahn. Die Zugverbindungen aus heute westpolnischen Zentren in die deutsche Hauptstadt sind zu langsam. Das rollende Material ist neueren Datums, doch die Reisezeiten so wie zur Kaiserzeit. Aus Stettin ist man zwei Stunden unterwegs, aus Breslau mit zweimaligem Lokwechsel mehr als sechs Stunden, um mit dem Zug nach Berlin zu gelangen, rechnet die „Rzeczpospolita“ vor. Und in der Tat: Bereits 1914 konnte nach zwei Stunden Fahrtzeit der Zug aus der pommerschen Hauptstadt am damaligen Stettiner Bahnhof in Berlin einlaufen. Der „Fliegende Schlesier“ legte die Strecke zwischen Breslau und Berlin Ende der 30er Jahre in seither nie wieder erreichten zwei Stunden 40 Minuten zurück – ohne Zwischenhalt. Gegenwärtig ist man wieder ähnlich lange unterwegs wie 1883, als die Schienenverbindung von Breslau in die Reichshauptstadt aufgenommen wurde. Angesichts der bahntechnischen Möglichkeiten von heute eine Zumutung. Die „Rzeczpospolita“ ist sich sicher: „Die Deutschen haben kein Interesse am Ausbau der Eisenbahnverbindungen nach Polen.“

Im Juni forderte der Bundestag die Regierung auf, vor dem Hintergrund des 20. Jahrestages des Nachbarschaftsvertrags mit Polen insbesondere die Schienenwege zu modernisieren, namentlich die Hauptstrecken nach Breslau, Stettin und Warschau. Auch die Warschauer „Gemeinsame Erklärung“ beider Regierungen vom 21. Juni bekennt sich zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen. Ein Arbeitsprogramm sieht vor, ab dem Winterfahrplanwechsel 2011 die

> Polen beklagt »Europa der zwei Geschwindigkeiten«

Fahrtzeiten nach Pommern und Schlesien deutlich zu verkürzen.

Seither ist nicht viel passiert. Und die Fußball-EM in Polen naht. Die polnische Regierung gibt sich unzufrieden. Auf einer deutsch-polnischen Konferenz in Frankfurt an der Oder rüffelte der polnische Botschafter Marek Prawda unlängst die Deutsche Bahn. Diese habe kein Geld für die Modernisierung der Gleise nach Osten, aber es finde sich „immer irgendeine Strecke zwischen Bochum und Wattenscheid, die stattdessen erneuert werden muss“, polemisierte der Botschafter, der 2006 vom damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczynski ins Amt berufen wurde. Die Bahn halte die Linien nach Polen offenbar für unwirtschaftlich. Wenn man dann noch berücksichtige, dass Polen seinen niederschlesischen Streckenabschnitt für eine Geschwindigkeit bis zu 160 Stundenkilometern ausgebaut habe, deutsche Abschnitte nach Breslau und Stettin aber nicht einmal elektrifiziert und teils eingleisig seien, könne „man fast schon von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten sprechen“.

Doch die Darstellung ist einseitig. Denn regionale Stellen auf beiden Seiten der Grenze befürchten, dass die Zentralregierungen das Vorhaben verschleppen. In Grünberg, der Hauptstadt der direkt an Brandenburg grenzenden Woiwodschaft Lebus, wird Warschau die Schuld gegeben. „Die Verbesserung der Bahnverbindungen zwischen Deutschland und Polen ist auch eines unserer Ziele“, sagt eine Sprecherin des Marschall-Amtes. Aber für die Streckensanierungen sei überwiegend die Regierung in Warschau zuständig. Von dort seien jedoch nur schwer Mittel erhältlich.

Aus Brandenburgs Infrastrukturministerium verlautet, an fehlenden Geldmitteln liege es nicht. Die schwerfällige Bürokratie in Warschau und Berlin sei schuld. „Wir wünschen uns mehr Bewegung“, so ein Sprecher. *Christian Rudolf*

Ohne solides Fundament

Schuldenschnitt für Griechenland beschert den staatlich gelenkten Banken Riesenverluste

Der Pulverdampf des Euro-Gipfels hat sich verzogen. Die Bundeskanzlerin gilt allgemein als strahlende Siegerin. Doch die Probleme des Euro-Raumes sind offenbar nur kurzfristig gelöst. Sollte durch die Anfang der Woche angekündigte Volksabstimmung in Griechenland nicht alles wieder über den Haufen geworfen werden, müssen besonders die staatlich gelenkten Banken durch den Schuldenschnitt riesige Verluste schultern.



Verzerrtes Bild statt Durchblick: Banken beschönigen ihre Verluste — Bild: Th. Lohnes/dapd

Noch relativ frisch wirkte Bundeskanzlerin Angela Merkel, als sie nachts um vier Uhr die Brüsseler Einigung über die Euro-Rettung verkündete. „Wir haben die richtigen Schlüsse gezogen", meinte sie selbstbewusst und verwies darauf, den Bankenvertretern „die Pistole auf die Brust gesetzt" zu haben. Der Schuldenschnitt von 50 Prozent für Griechenland, weitere schwindelerregend hohe Kreditzusagen an die Hellenen, Bürgschaftszusagen in Höhe von 30 Milliarden Euro an die Banken und die Hebelung des Euro-Rettungsschirmes EFSF auf bis zu zwei Billionen Euro sind die Eckpunkte des Gipfels.

Was diese Punkte real bedeuten, wurde erst jetzt, besonders im Blick auf die europäischen Banken, klarer. Was trieb die Politiker und Banker zu nächtlicher Stunde zu Maßnahmen, die in der Finanzwelt, zumindest für Privatanleger mit solidem Finanzverständnis, als Tabu gelten? Was dem Privatanleger als Zockerei ausgelegt würde, soll nun für ganze Staaten erlaubt sein, Deutschland an vorderster Front? Mit bis zu 211 Milliarden Euro haftet der deutsche Steuerzahler für die nun verkündete „Rettung" von Banken, Griechenland und Euro. Das Risiko, dass tatsächlich gezahlt werden muss, hat sich auf dramatische Weise und vielfach erhöht. Die Antwort ist so klar wie unheilverheißend. Eng miteinander verkoppelt sind die Euro-Schuldenstaaten einerseits und die finanzierenden Banken andererseits. Ein Bankrott der südeuropäischen Schuldenländer würde gleichzeitig eine große Anzahl von Banken mit in die Insolvenz reißen und damit die europäische Wirtschaft in eine tiefe Rezession zwingen.

Die europäische Bankenaufsicht (EBA) gab bekannt, dass die Banken des Euro-Raumes mit 106,45 Milliarden Euro „rekapitalisiert" werden müssten. Die größten Verluste erleiden dabei mit 30 Milliarden Euro die griechischen Banken, gefolgt mit 26 Milliarden von spanischen Instituten, 15 Milliarden von italienischen und neun Milliarden Euro von französischen Banken. Diese Verluste sind so hoch, dass einzelne Banken sie nicht aus ihrem schmalen Eigenkapital begleichen könnten.

Deutsche Banken hatten in den letzten Jahren und Monaten besser vorgesorgt, ihr Eigenkapital erhöht und griechische Papiere verlustreich abgestoßen. Sie hatten Risikovorsorge betrieben und so fehlten ihnen „nur" 5,18 Milliarden Euro, wie die EBA bekannt gab. Für die meisten deutschen Banken stellt die geforderte Erhöhung des Eigenkapitals von vier auf neun Prozent kein größeres Problem dar. Den größten Kapitalbedarf meldete die teilverstaatlichte Commerzbank mit 2,9 Milliarden, gefolgt von der Nord LB mit 660 Millionen und der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) mit 364 Millionen Euro. Die privat geführte Deutsche Bank rechnet dagegen nur mit einem relativ kleinen Verlust von rund 200 Millionen Euro. Entsprechend stieg ihr Börsenkurs am Tag nach dem Gipfel um 15 Prozent.

Anders ist die Lage bei den Südeuropäern. Griechenlands Ministerpräsident Georgios Papandreou rechnet mit einer notwendigen Teilverstaatlichung von griechischen Banken. Die französischen Großbanken hoffen, den erhöhten Kapitalbedarf aus eigener Kraft stemmen zu können. Die BNP Paribas benötigt dazu 2,1 Milliarden, die Société Générale 3,3 Milliarden sowie die Volksbanken und Sparkassen (Nataxis) 3,4 Milliarden Euro. Noch höher sind die Summen bei der spanischen Santander-Bank (5,2 Milliarden) und der italienischen Großbank Unicredit (7,4 Milliarden), zu der auch die deutsche Hypo-Vereinsbank gehört. Ob die Teilverstaatlichung den maroden Kreditinstituten hilft, ist bislang völlig offen. Derweil zeigte sich Griechenlands Ministerpräsident optimistisch: Sein Land werde von 2012 an keine neuen Schulden mehr aufnehmen müssen, behauptete er. Ob die neuen Schulden der griechischen Banken dabei mitberücksichtigt sind, blieb ungesagt.

Kritiker der Brüsseler Vereinbarung sprechen vom „Gipfel der gebrochenen Versprechen". Im April 2010 hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) behauptet, dass es in der Euro-Krise „nicht um Umschuldung" gehe. Noch am 29. September dieses Jahres hatte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) klargestellt, dass er „eine Ausweitung des Rettungsfonds EFSF nicht wolle". Nun ist dies alles ein Fakt. Man braucht echten Glauben, um nun von einem „soliden Fundament des Euro", so Schäuble, zu sprechen. Griechenland halte in der „Haushaltsanierung Kurs", hieß es im Abschluss-Kommuniqué. Tatsächlich versinkt Griechenland in ökonomische und politische Depression, wie alle verfügbaren Zahlen belegen. *Hinrich E. Bues*

KURZ NOTIERT

DGB für französischen Vorschlag: Der von Präsident Sarkozy gemachte Vorschlag zur Erteilung einer Banklizenz für den Euro-Rettungsfonds EFSF entspricht nach Meinung des DGB-Vorstandsmitgliedes Claus Matecki im Kern einer alten Forderung des DGB zur Schaffung einer Bank für öffentliche Anleihen. Durch eine Banklizenz könnten, nach Ansicht von Matecki, bei Marktturbulenzen Staatsanleihen aufgekauft und als Sicherheit bei der EZB hinterlegt werden. *N.H.*

Angriff auf „Made in Germany": Nach Angaben des „Handelsblattes" prüft EU-Zollkommissar Algirdas Semeta Änderungen bei der Herkunftsbezeichnung von Produkten. Sollten mehr als 45 Prozent der zugelieferten Teile aus dem Ausland stammen, soll Semetas Plänen zufolge die bisher übliche Kennzeichnung als nationales Produkt nicht mehr möglich sein. Kriterium bei der aktuellen Regelung sind hingegen die letzten, wesentlichen Verarbeitungsschritte am Produkt. *N.H.*

Kapitalflucht größer als Investitionen: Als Ministerpräsident Wladimir Putin kürzlich behauptete, die ausländischen Investitionen in Russland lägen in diesem Jahr bei 73 Milliarden Euro, hat er sich einer schöngefärbten Statistik bedient, die Aktiengewinne und Wiederanlagen als Neuinvestitionen bewertete. Wie jetzt Experten der Staatlichen Wirtschaftshochschule bekannt gaben, hält die Kapitalflucht aber ungebremst an und wird bis zum Jahresende auf 44 Milliarden Euro geschätzt. Die tatsächlichen ausländischen Investitionen betrügen in Wirklichkeit lediglich elf Milliarden Euro. Die Gründe für die Abwanderung der Investoren sind die gleichen wie vor Jahren: Die Entwicklung des russischen Marktes ist ihnen zu instabil und unvorhersagbar, mit der allgegenwärtigen Korruption sind in den vergangenen zehn Jahren weder Putin noch Medwedew fertiggeworden, bürokratische Hürden erschweren Geschäfte, das Rechtssystem ist schwach, Richter sind abhängig, der Schutz des Eigentums fehlt. *MRK*

Polen droht Bonitätsverlust

Regierung muss Kürzungen der Staatsausgaben vornehmen

Erhebliche Schwierigkeiten stehen Polens Regierung ins Haus, wenn eine von der Ratingagentur Moody's ausgegebene Warnung Realität werden sollte. Sollte sich die Lage der polnischen Staatsfinanzen nicht verbessern, dann ist bereits zum Jahresende mit einer negativen Einschätzung der Kreditwürdigkeit des Landes zu rechnen, so die Einschätzung der Ratingagentur.

Der Zeitpunkt der Ankündigung dürfte mit Bedacht gewählt worden sein. Nur wenige Wochen nach den Parlamentswahlen beginnen die Planungen der Regierung für die kommenden vier Jahre. Offiziell wird im laufenden Jahr mit einem Defizit von 5,6 Prozent im Haushalt gerechnet. Dass eine angekündigte Absenkung des Defizits auf nur noch 2,9 Prozent im kommenden Jahr gelingen wird, gilt als unwahrscheinlich. Während die Regierung immer noch mit einem Wirtschaftswachstum von vier Prozent im Jahr 2012 kalkuliert, rechnet Moody's nur noch mit einem Wachstum, das maximal 2,4 Prozent betragen könnte. Die Folge wäre ein Ausfall beim Steueraufkommen, während gleichzeitig im kommenden Jahr die Tilgung von Obligationen im Wert von 115 Milliarden Zloty (über 26 Milliarden Euro) im Inland und von 40 Milliarden Zloty (rund neun Milliarden Euro) im Ausland ansteht. Sollte in dieser Situation Polen seine „A2"- Bonität von Moody's aberkannt werden, würde das die Kreditaufnahme auf den internationalen Kapitalmärkten spürbar verteuern.

Für Premierminister Donald Tusk ist die Ausgangslage so kurz nach der Parlamentswahl an sich günstig, der Warnung von Moody's Taten folgen zu lassen und Kürzungen im Staatshaushalt auf den Weg zu bringen. Von Ökonomen immer wieder ins Gespräch gebracht werden Änderungen am Rentensystem. Gefordert wird unter anderem eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, das bisher für Frauen bei 60 und für Männer bei 65 Jahren liegt. Auch die Rücknahme von Pensionsprivilegien für bestimmte Berufsgruppe wäre wichtig, damit sich das polnische Rentensystem nicht langfristig zu einer nicht mehr beherrschbaren Belastung entwickelt.

> Die Ausgangslage für die Regierung ist eigentlich günstig

Aktuell scheint die Staatsverschuldung mit 54,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kaum besorgniserregend zu sein. Die im europäischen Vergleich niedrige Zahl relativiert sich allerdings angesichts des kurzen Zeitraums, in dem neue Schulden angehäuft wurden: Erst in den 90er Jahren war Polen im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen des Pariser und des Londoner Clubs die Hälfte seiner damaligen Auslandsschulden erlassen worden. Wie brisant die finanzielle Lage für Warschau zukünftig noch werden könnte, macht ein Blick auf die implizierte Staatsverschuldung deutlich, bei der auch langfristige Zahlungsverpflichtungen, etwa durch Rentenzahlungen, berücksichtigt werden. Die 2010 durch die Societé General im Rahmen der Analyse „Popular Delusions – Government hedonism and the next policy mistake" ermittelte implizierte Staatsverschuldung durch künftige Belastungen scheint mit 418 Prozent der Wirtschaftsleistung für Deutschland und mit 549 Prozent für Frankreich schon kaum tragbar. Den Spitzenplatz in Europa in Bezug auf die implizierte Staatsverschuldung nimmt der Analyse zufolge allerdings Polen ein – mit 1550 Prozent. *Norman Hanert*

Windbegeisterung flaut ab

Brandenburgs Energieziele trotz neuester Technik unrealistisch

Das erste treibhausgasfreie Hybridkraftwerk der Welt geht nahe dem brandenburgischen Prenzlau ans Netz. Bei der Anlage handelt es sich um eine Kopplung von Windkraftanlage und Wasserstoffgewinnung. Während Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) den technologischen „Quantensprung" feiert, droht seinem rot-roten Bündnis ein energiepolitischer Offenbarungseid: Wirtschaftsminister Ralf Christophers (Linke) muss notgedrungen von seinen ehrgeizigen Klimazielen wieder abrücken.

Auch in windarmen Zeiten liefert das neue, 21 Millionen Euro teure Kraftwerk Strom und überbrückt damit den wohl größten Nachteil der Windkraft. Das Gemeinschaftsprojekt des Energieversorgers Enertrag, des Mineralölkonzerns Total, des Stromkonzerns Vattenfall und der Deutschen Bahn gilt über Brandenburg hinaus als Vorzeigeprojekt. Bei viel Wind nutzt die Anlage die überschüssige Energie mithilfe der Hydrolyse zur Wasserstoffproduktion. Der Wasserstoff kann bei Flaute verbrannt werden und so Strom oder Energie für Wasserstofffahrzeuge an Berliner Tankstellen liefern. Die Leistung des neuen Kraftwerks ist mit sechs Megawatt eingeplant. Kohlekraftwerke der neusten Generation wie der Typ „50plus", den der Versorger Eon in Deutschland plant, sind hingegen auf 400 Megawatt ausgelegt. Die geringe Ausbeute des neuen Hybridkraftwerkes bereitet Brandenburgs Wirtschaftsminister Kopfschmerzen. Christophers plant eine Neuauflage der bisherigen Energiestrategie. Seine Partei sucht nun nach einer Idee, wie sie ein Abrücken von bisherigen Einsparzielen beim Kohlendioxidausstoß rechtfertigen kann. Statt einer Festlegung auf einen reduzierten CO_2-Ausstoß im Jahr 2030 soll nun ein Zielkorridor festgelegt werden. Außerdem müssten Stromexporte aus Lausitzer Braunkohle den importierenden Bundesländern zugeschlagen werden, argumentiert die Linkspartei nun. Im Jahre 2009 hatte sie sich gegen neuen Kohletagebau und damit gegen langfristige Kohleverstromung gewandt. Mit dem neuen Kurs soll mehr Raum für letzteres geschaffen werden. Der Grund: Fachleute bezweifeln, dass die bisherigen Klimaziele auch mit modernsten Anlagenbauten zu erreichen sind.

> Geringe Ausbeute bereitet der Landesregierung Kopfzerbrechen – Rückkehr zur alten Energiestrategie

Allein von der oppositionellen CDU gab es nun Lob für die vorbereitete Energiewende: „Es ist richtig, die Klimaschutzziele an die Realitäten in Brandenburg anzupassen", sagte der Energieexperte der Landes-CDU, Steeven Bretz. Der Neubau sei eben ein „vielversprechender Ansatz", so Wirtschaftsminister Christophers zur Einweihung – von einer Lösung für eine dauerhaft zuverlässige Energieversorgung sprach er dagegen nicht. *SV*

Vertrauen adé

Von Jan Heitmann

Quasi über Nacht haben die deutschen Steuerzahler 55,5 Milliarden Euro weniger Staatsschulden. Diese frohe Kunde ist nicht etwa eisernen Sparanstrengungen zu verdanken, sondern der längst verstaatlichten Schrottbank Hypo Real Estate (HRE), in deren schwarzen Löchern bislang Milliarden verschwanden. Die dort verantwortlichen „Nieten in Nadelstreifen“ und ihre Aufpasser im Bundesfinanzministerium haben Gewinne mit Verlusten, Brutto mit Netto verwechselt. Und das fiel noch nicht einmal bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2010 auf. Da kann einem nur noch angst und bange werden. Wenn schon so simple Buchungen in die Hose gehen, wie mag es dann wohl bei der Handhabung des milliardenschweren Euro-Rettungsschirms aussehen? Und erst beim „Hebel“, mit dem der Rettungsschirm bei Bedarf verstärkt werden soll. Das Verfahren ist so kompliziert, dass Otto Normalsteuerzahler es nicht versteht. Da bleibt ihm nur eines: Vertrauen in die Akteure. Damit ist es aber jetzt vorbei. Ausgerechnet die deutschen Banker und Finanzpolitiker, die die Griechen belehren wollen, wie man richtig wirtschaftet, leisten sich so eine peinliche Panne. Eine internationale Blamage.

Der große Wurf

Von Christian Rudolf

Mehr als 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verharren die Eisenbahnverbindungen in die Republik Polen beinahe immer noch auf dem Geschwindigkeitsniveau wie zu Zeiten der Systemgrenze. Von der weggefallenen Passkontrolle einmal abgesehen. Die grenzüberschreitenden Strecken sind technologisch veraltet, nicht ausgebaut sowie bei der Fahrplantaktung vernachlässigt. Und der durchgehende Nachtzug zwischen Berlin und Warschau wurde auf Betreiben der polnischen Staatsbahnen PKP Ende 2009 eingestellt.

Nun ist Polen nicht Weißrussland, sondern dynamisches Partnerland in der EU, und die Zustände sind ein Skandal erster Güte. Dabei wäre durchaus Geld vorhanden. Denn für alles, was politisch gewollt ist, finden sich auch die benötigten Mittel – siehe Griechenland. Zügige Verbindungen wären in beiderseitigem Interesse und die EU beteiligt sich schließlich an den Kosten grenzüberschreitender Verkehrsprojekte mit bis zu 80 Prozent. Die Vertreter der Grenzregionen und die regionalen Verkehrsverbünde fordern den Ausbau, weil sie sich Wachstumsimpulse versprechen. Doch offenbar liegen den Regierenden in den Zentralen vor allem die Straßen am Herzen, für die der Großteil der EU-Fördermittel verbaut wird.

Wie in anderen Politikbereichen auch, fehlt es in der deutsch-polnischen Bahnpolitik an einem Gesamtkonzept, an einem Masterplan. Der Nachbarschaftsvertrag, mit viel Pomp gefeiert, hat sich zum Ausbau der Strecken bekannt. Zu dessen 25. Jahrestag müssen ICE-Verbindungen nach Warschau und Breslau stehen. Das wäre der große Wurf.

Demokratie!

Von Manuel Ruoff und Hans Heckel

Dass nun eines der betroffenen Völker über das Hin- und Hergeschiebe von Abermilliarden Steuereuro durch die Eurokraten abstimmen darf, verstört diese. Ein Demokrat hingegen kann den griechischen Schritt nur begrüßen.

Doch nicht nur demokratietheoretische Erwägungen sprechen für den Volksentscheid in Griechenland, sondern auch ganz praktische. Entweder die Hellenen stimmen gegen das Rettungspaket. Dann kommt es – sofern die Geberländer nicht völlig einknicken — zum Staatsbankrott, und ein Ende mit Schrecken ist einem Schrecken ohne Ende bekanntlich vorzuziehen. Oder aber die Griechen stimmen dafür. Dann können wenigstens die griechischen Staatsdiener, die für die Beibehaltung ihrer Privilegien demonstrieren, nicht mehr behaupten das Volk zu repräsentieren.

Bemerkenswert ist es allerdings schon, dass bei einem Rettungspaket die Nation, die gerettet werden soll, darüber abstimmen darf, den Völkern jedoch, die retten sollen, dieses Recht vorenthalten wird. Eigentlich wäre eine Abstimmung bei den Gebern doch eher angebracht als bei den Empfängern. Allerdings muss man bei dieser Europäischen Union ja schon froh sein, wenn überhaupt irgendein Volk entscheiden darf.

Warum dürfen die Griechen abstimmen, die Deutschen nicht?

In Island hat das Volk nach dem Zusammenbruch des aufgeblähten Bankensystems seine demokratische Macht erfolgreich und verantwortungsbewusst ausgeübt. Von der übrigen Welt kaum bemerkt, hat das kleine Land so wieder Tritt gefasst.

Der Chef der slowakischen Nationalliberalen, Richard Sulík, fordert in dieser Nummer der *PAZ*, die Skeptiker der ausufernden Euro-Rettungspolitik sollten sich europaweit organisieren. FPÖ-Landesministerin Barbara Rosenkranz empfahl in der *PAZ* vergangener Woche das Gleiche.

In den 90er Jahren ist es den deutschen Parteien im Verbund mit großen Medien gelungen, das Thema Euro vor jeder entscheidenden Wahl an den Rand des Interesses zu drängen. Sie wussten, warum: Im deutschen Volk war zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheit für das waghalsige Projekt zu gewinnen, wie alle Umfragen zeigten.

So erlebten die Deutschen die Beerdigung ihrer D-Mark mit einer Mischung aus Trauer und passiver Wut. Später gewöhnten sie sich an das neue Geld und ließen sich einreden, dass schon alles gutgehen werde. Ein fürchterlicher Irrtum: Heute ist der großen Mehrheit klar, dass sie von den Parteien in eine brandgefährliche Irre geführt wurden.

Mögen also die Märkte und Hauptstädte die Ankündigung aus Athen als Schock, gar als Verrat erleben. Die Völker, und diesmal endlich auch die am meisten zahlenden Deutschen, sollten sie als Aufforderung annehmen, ihre demokratischen Rechte ebenfalls einzufordern.



Vor der Euro-Einführung wurde das deutsche Volk nicht gefragt, ob es einverstanden war: Euro- und Bankengegner fordern mehr Demokratie

Bild: A. Schmidt/dapd

Moment mal!

Facebook und Scharia

Von Klaus Rainer Röhl

Kaum hat man, da muss man. Der von Tunesien seinen Ausgang nehmende Aufstand oder besser gesagt Auflauf jugendlicher Facebook-Nutzer in Nordafrika wurde von deutschen, meist schon etwas älteren, Journalisten und Fernsehreportern geradezu emphatisch begrüßt und ebenso zärtlich wie unscharf Jasmin-Revolution genannt. Später, als der Funken auf Ägypten übersprang, sprach man gleich von einer „Arabellion“. Endlich täte sich was im arabischen Raum, Islam hin, Islam her. Die gemeinsame, globale Welt des Internet ist es, die uns alle eint. Freude schöner Twitterfunken, diesen Kuss der ganzen Welt.

Ich war da skeptisch. Meine Zweifel begannen, als ich die ersten Fernsehbilder der Rebellion in Ägypten und später in Libyen sah. Meist waren nur junge, bärtige Männer auf dem Bildschirm. Wenn Mädchen und Frauen dabei waren, sahen sie (alle) aus wie die Türkenfrauen von Neukölln: zugeknöpft vom Scheitel bis zu Sohle. Das hatte es weder in Tunesien noch in Kairo oder in den Großstädten Libyens gegeben. Kopftuch und Schlabberrock als Demonstration. Als die Rebellion der jungen Facebook-Rebellen in Tunesien begann, habe ich, an dieser Stelle, geschrieben: Wenn die Jungen und Mädchen eines Tages gesiegt haben und die ersten freien Wahlen stattfinden, werden überall radikale Islamisten die Wahlen gewinnen. Und schon ist es aus mit der ganzen Herrlichkeit: Frauen wieder in die Kindbetten und an den Herd und statt der ersehnten demokratischen Rechtsordnung die Scharia.

Nein, sagt die siegreiche tunesische Islamisten-Partei „Ennahdha“ (Wiedergeburt) in Tunis, ganz so weit wollen wir nicht gehen. Noch ist sie in der Nationalversammlung auf die Unterstützung einer der anderen, nicht religiösen Parteien angewiesen. Doch wie lange? Bei den kommenden Parlamentswahlen dürfte die „Wiedergeburt“ endgültig die Mehrheit erreichen. Und dann ist Feierabend fürs Abendland. Die von unseren Medien verniedlichte und verherrlichte „Arabellion“ läuft auf eine massive Stärkung der radikalen Islam-Kräfte hin. Schon hat der „Nationale Übergangsrat“ von Libyen erklärt, die Scharia solle Grundlage des neuen Libyen werden. In Ägypten zeigte eine gewalttätige Massendemonstration der „Muslimbrüder“ auf dem Tahirplatz, wohin die Reise geht – ins Scharia-Land. Als gottgegebenes Gesetz, das zwar interpretiert, aber niemals verändert werden darf, wirkt die Scharia bis in die alltägliche Lebenspraxis der Menschen hinein. Das gilt vor allem für das Strafrecht, das Familien- und Personenstandsrecht. Wird es bald in ganz Nordafrika nach dem Gesetz der Scharia Auspeitschungen für Ehebrecherinnen, abgehackte Hände für Diebe und Todesstrafen für Gotteslästerer geben? Wie in Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban und heute noch in Saudi-Arabien? Die mittelalterliche, grausame und frauenfeindliche Scharia – war das das Ziel der Facebook-Revolution?

In Ägypten zeigen die Muslimbrüder, wohin die Reise geht

Facebook ist wertneutral. Es ist ein Kommunikationsnetz wie jedes andere, wie die Briefpost, die Litfaßsäule, das Telefon und die Buschtrommel. Facebook, das für deutsche Teenager nur ein Haufen neuer Freunde und Aufmerksamkeit für jeden Tratsch und Klatsch und Selbstdarstellung der banalsten Intimität bedeutet, wurde in Nordafrika zu einer Waffe, die stärker war als die Panzer und Gefängnisse der Machthaber. Aber das weltweite Netz ist für jeden Totalitarismus offen. Auch Kommunisten und Terroristen nutzen das Internet.

Neu ist, dass das schon jedem Vierzehnjährigen zugängliche Netz auch zur Agitation für den Islam benutzt wird. Tausende deutsche Teenager sind auch ohne Internet schon entzückt. Meist sind es junge Mädchen, die für den Islam schwärmen, in ihrem Gefolge auch junge Männer.

Wie unsere Zeugin Christiane aus der kleinen rheinischen Stadt Unkel: „Vor meiner Begegnung mit dem Islam lebte ich ziemlich ziellos dahin, eigentlich ohne Sinn und Verstand. Mal eine Hasch-Zigarette, ein bisschen ‚Speed‘, ein paar Pillen, ein paar Alko-Pops, und die Jungens wollten immer eigentlich nur das Eine, alles war ziemlich schal und langweilig und leer. Und dann kam er, Mehmet. Er war ein Schüler meiner Klasse, der mir nie aufgefallen war, weil er sehr schüchtern war und nie ausging und eines Tages kamen wir ins Gespräch über den Sinn des Lebens und über Gott. Da erzählte er mir vom Islam. Mehmet nahm mich zum ersten Mal mit in eine Moschee, in die große Al-Aksar- (= Eroberer) Moschee in Dortmund, und mir fiel es wie Schuppen von den Augen. Alles war anders. Mein ganzes Leben hatte sich geändert. Auch das meiner Freunde. Ich erfuhr, dass auch Jungen aus unserer Schule zum Islam übergetreten sind.“

Süßer Vogel Islam. Rekrutierbare Jugend. Wer annimmt, dass nur schwärmerische und labile Jugendliche dem schönen Wahn verfallen, irrt. Auch gestandene Erwachsene geraten ins Schwärmen und lassen sich missionieren. Süßer Vogel Islam. Bittersüß und – giftig. Integration?

Wirkliche Anhänger des Islam integrieren sich nie

Wirkliche Anhänger des Islam integrieren sich nie. Weil der Islam eine Religion ist, die von Anbeginn (ab 650) andere Ziele verfolgte. Nicht Integration oder Toleranz war sein Ziel, sondern Vorherrschaft. Durch Mission, aber auch durch Kriege. In zwei mächtigen militärischen Eroberungszügen drang der Islam, nachdem er in Afrika gesiegt hatte, zuerst 711 nach Spanien vor, die Rückeroberung dauerte viele Jahrhunderte. Später, nach dem Fall Konstantinopels (1453), eroberten die Türken den ganzen Balkan, drangen bis Wien vor. Getreu den Worten des Propheten wurden die unterworfenen Völker entweder zwangsislamisiert oder zu Untertanen zweiter Klasse, zu „Dhimmis“ (Schutzbefohlenen), mit erheblich eingeschränkten Menschenrechten.

Es besteht kein wirklich begründeter Anlass zu der Vermutung, dass sich an der Welteroberungs-Idee des Islam irgend etwas geändert hat. Während der eine Mullah oder Imam mit Engelszungen zu uns redet, ruft ein anderer Prediger, mit hassverzerrter Stimme, oft in der selben Moschee (!) zum bewaffneten Kampf auf und die muslimische Bevölkerung in Europa breitet sich explosionsartig aus. In Spanien, in England, in Frankreich, in den Niederlanden, auch in Deutschland. Hier leben inzwischen sechs Millionen Türken, mit oder ohne deutschen Pass. Die Gäste sind still und freundlich. Die große Menge ist fruchtbar und vermehrt sich, verkauft Gemüse, Joghurt und Lammfleisch an uns und nur selten ziehen ihre arbeitslosen Halbstarken los, um, wie im fast türkischen Berlin-Neukölln, Macht zu demonstrieren. Straße frei!

Wirkliche, mörderische Gewalt trifft nur Abweichler in den eigenen Reihen, vornehmlich Frauen, deren Unterdrückung und weitgehende Rechtlosigkeit sich seit dem siebenten Jahrhundert nicht verändert hat, trotz der Reformen des türkischen Staatsgründers Kemal Atatürk von 1922. Gerade diese Reformen werden in der Türkei (die sich für den Beitritt in die EU bewirbt!) jetzt von einer breiten Welle des Fundamentalismus überrollt. Seine Anhänger fordern die Wiedereinführung der Scharia. Das Tragen der von Atatürk abgeschafften Kopftücher ist bewusster Ausdruck dieser neuen Radikalität. Auch in Deutschland haben sich Kopftuch und Schlabberrock seit etwa zwölf Jahren lawinenartig ausgebreitet, auch unter türkischen Schülerinnen und Studentinnen. Eine unmissverständliche Demonstration. Keine Mode, wie blauäugige deutsche Mitschüler und Lehrer meinen.

Wenn der süße Vogel Islam wieder durch unsere Medien flattert, laute unsere höfliche, deutsche Antwort: Nein, danke.

»Veredler menschlicher Verhältnisse«

Der preußische Architekt Karl Friedrich Schinkel schuf nicht nur beeindruckende Bauwerke

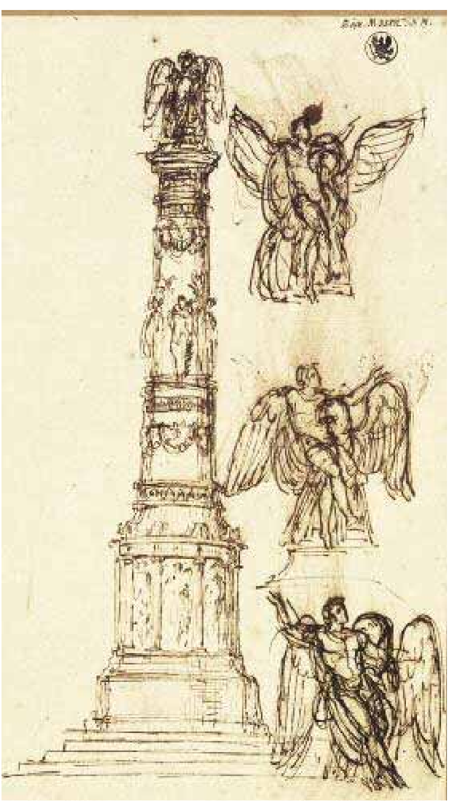
Der in Neuruppin geborene Karl Friedrich Schinkel zählt zu den herausragenden Baumeistern des 19. Jahrhunderts. Dass seine Begabungen auch auf einem anderen künstlerischen Gebiet lagen, würdigt jetzt eine Ausstellung in Berlin.

„Der Architekt ist seinem Begriff nach der Veredler aller menschlichen Verhältnisse. Er muss in seinem Wirkungskreise die gesamte schöne Kunst umfassen. Plastik, Malerei und die Kunst der Raumverhältnisse nach Bedingungen des sittlichen und vernunftgemäßen Lebens des Menschen schmelzen bei ihm zu einer Kunst zusammen.“ Der dies sagte, gehört zu den Großen des

> Schinkels Mitarbeitern blieb wenig Spielraum

19. Jahrhunderts und gilt als universaler Geist einer Kunstepoche, hat er doch nicht nur profane und sakrale Bauten entworfen, Bilder gemalt und sich um die Erhaltung bedeutender Baudenkmäler wie etwa der Marienburg bemüht, sondern auch Bühnendekorationen gestaltet und gar Möbel geschaffen: Karl Friedrich Schinkel (1781–1841), der Schöpfer des preußischen Stils. Sein Werk beweise einen bodenständigen preußischen Charakter, befand Carl von Lorck 1941 in der Reihe „Kanter-Bücher“. Und der Berliner Kunsthistoriker Helmut Börsch-Supan stellte die Besonderheit Schinkels heraus, indem er sagte: „Bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit, die Schinkel nachgerühmt wird, hatte sein Bestreben, durch die Lieferung von Entwürfen für die mannigfaltigsten sich in Kunst und Kunstgewerbe stellenden Aufgaben gestaltend auf die Umwelt einzuwirken, jedoch auch einen autokratischen Zug. Seinen Mitarbeitern blieb neben ihm nicht viel Spielraum zur Entwicklung eigener Ideen. So kam es, dass Schinkels universaler Geist eine Kunstepoche auf nahezu allen Gebieten für eine relativ lange Zeit prägen konnte, ein Phänomen, das in Deutschland im 19. Jahrhundert in diesem Ausmaß einzigartig ist ...“

Zeichner, Maler, Bühnenbildner, Architekt, das ist gemeinhin bekannt über Schinkel; dass er sich aber auch für die Bildhauerei interessierte, macht jetzt eine Ausstellung in Berlin deutlich. Die Ausstellung der Staatlichen Museen zu Berlin in der Alten Nationalgalerie findet im Rahmen des Forschungsprojekts des Kupferstichkabinetts „Das Erbe Schinkels“ statt und dient als Vorbereitung auf die Überblicksausstellung „Karl Friedrich Schinkel. Geschichte und Poesie“, die im Herbst 2012 am Kulturforum Potsdamer Platz gezeigt werden wird. Anhand von etwa drei Dutzend Zeichnungen, vom großformatigen Aquarell bis zur kleinen intimen Skizze, gibt die Ausstellung einen überraschenden Einblick in einen bisher weitgehend unbeachteten Aspekt von Schinkels Werk.


Karl Friedrich Schinkel: Entwurf zum Kreuzbergdenkmal als Säule mit Varianten zur Bekrönung (Feder in Braun / Eisengallustinte, 1816 / 17) Bild: smb

Alles begann mit einer zerschlagenen Hoffnung: Als Schinkel von der damals obligatorischen Italienreise nach Berlin zurückkehrte, entwarf er ein Luther-Denkmal. Die Arbeit konnte allerdings nicht verwirklicht werden, da nach der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt für derartige Vorhaben kein Geld mehr vorhanden war. Erst 1816 ging es wieder bergauf. Schinkel erhielt von Friedrich Wilhelm III. seinen ersten großen Auftrag und schuf mit der Neuen Wache sein erstes bedeutendes Bauwerk. Auch für die Gestaltung des Reliefs im Giebel und die kleinen Viktorien über den Säulen lieferte er Zeichnungen, die Johann Gottfried Schadow (1764–1850), seines Zeichens Hofbildhauer und Direktor der Akademie der Künste, ausführen sollte. Sehr zum Verdruss des Älteren. Für das Tympanon entwarf Schinkel ein Relief, das allerdings erst 1843 von dem Oberschlesier August Kiss ausgeführt wurde.

Neben Kiss erhielt vor allem der Berliner Bildhauer Christian Friedrich Tieck Aufträge von Schinkel, wie zum Beispiel für das Denkmal für die Befreiungskriege auf dem Kreuzberg in Ber-

> Jahrelang führte Tieck Werke nach Schinkels Vorgaben aus

lin, bei dem er an den überlebensgroßen Figuren der Genien arbeitete. Jahrelang führte Tieck Werke nach Schinkels Vorgaben aus. Es entstanden Statuengruppen für die Berliner Schlossbrükke, Reliefs für das Schauspielhaus und Dachschmuck für das Alte Museum. Auch Grabmäler für Mitglieder der gehobenen Gesellschaft gestaltete Schinkel. Tieck wiederum führte die Entwürfe aus. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Karl Friedrich Schinkel. Entwürfe für Bildhauer“ in der Alten Nationalgalerie ist bis zum 8. Januar 2012 dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr geöffnet, Eintritt 10 / 5 Euro.

In Kürze

Eine Kirche von Hans Scharoun

Zu seinen bekanntesten und spektakulärsten Bauten zählt die Philharmonie in Berlin. Parallel zu dem Konzerthaus entwarf der 1893 in Bremen geborene Hans Scharoun 1966 auch seinen ersten und einzigen Kirchenbau. Entstanden ist ein niedriger Backsteinbau


Hans Scharoun: Johanneskirche in Bochum Bild: Archiv

auf unregelmäßigem Grundriss mit stumpfen Winkeln und mehrfach gebrochenem Zeltdach. Spektakulär aber ist der Innenraum. Gekonnt gesetzte Lichtelemente im Dach und in den gemauerten Wänden werden durch eigens vom Bauhaus-Künstler Wilhelm Wagenfeld entworfenen Leuchtern unterstützt. Ebenso wie in der Philharmonie gibt es in der Johanneskirche eine ausgezeichnete Akustik, sodass der Pastor ohne technische Hilfsmittel auskommt. Die ursprünglich geplante Kupferdeckung des Daches wurde später durch Asbestschiefer und Bitumenpappe ersetzt. Nun ist dieses Dach sanierungsbedürftig, sodass die Deutsche Stiftung Denkmalschutz sich entschlossen hat diese Maßnahme zu fördern und so das wichtige Dokument für das Werk dieses außergewöhnlichen Architekten, der sich nach dem Ersten Weltkrieg seine ersten Sporen in Insterburg verdiente, zu erhalten. *os*

Leidenschaftlicher Vertreter einer Glaubensphilosophie

Der Königsberger Johann Georg Hamann hinterließ in Münster viele Spuren – Neue Publikation erschienen

Ein Lay und Ungläubiger kann meine Schreibart nicht anders als für Unsinn erklären, weil ich mit mancherley Zungen mich ausdrücke, und die Sprache der Sophisten, der Wortspieler, der Creter und Araber, der Weißen und Mohren und Creolen rede, Critick, Mythologie, rebus und Grundsätze durcheinander schwatze“, bekannte Johann Georg Hamann (1730–1788) in einem Brief 1759. Und kurz vor seinem Tod, als er plante, seine gesammelten Werke herauszugeben, wollte er seine Schriften noch einmal gründlich überarbeiten – schließlich „gewissenshalber kann ich weder dem Verleger noch dem Publico zumuten, unverständliches Zeug zu lesen“.

Der aus kleinen Verhältnissen stammende Hamann, der in der deutschen Geistesgeschichte jedoch bis ganz nach oben gelangen sollte, klagte über seine Schulbildung: „Unterdessen ich mich wirklich in einigen Dingen weiter befand, als ich es nöthig hatte, so war ich dafür in weit nützlichern und nöthigern ganz zurückgelassen, weder Historie, noch Geographie, noch den geringsten Begriff von der Schreibart, Dichtkunst. Ich habe den Mangel der beiden ersten niemals gehörig ersetzen können, den Geschmack an der letzteren zu spät erhalten, und finden mich in vieler Mühe meine Gedanken mündlich und schriftlich in Ordnung zu sammeln und mit Leichtigkeit auszudrücken.“

Von Leichtigkeit ist nun wahrlich nicht die Rede, studiert man die Schriften des Königsbergers. Selbst Goethe bekannte, Schwierigkeiten beim Lesen der Texte zu haben, dennoch habe er in Hamanns „sibyllischen Blättern“ etwas gefunden, dem er sich „überließ, ohne zu wissen, woher es komme und wohin es führe“. Johann Gottfried Herder, der Freund aus Mohrungen, aber erkannte: „Der Kern seiner Schriften enthält viele Samenkörner von großen Wahrheiten, neuen Beobachtungen und eine merkwürdige Belesenheit; die Schale derselben ist ein mühsam geflochtenes Gewebe von Kernausdrücken, Anspielungen und Wortblumen.“

> Samenkörner großer Wahrheiten

Hamanns Leben war geprägt von Kontakten zu Immanuel Kant, dessen Schriften Hamann immer wieder kritisierte, zu Johann Gottfried Herder, der ihn bewunderte, zu Theodor Gottlieb von Hippel, dem Oberbürgermeister von Königsberg, mit dem er eng befreundet war.

Die Bedeutung des Denkers vom Pregel für die Literatur- und Geistesgeschichte, der übrigens alle seine Veröffentlichungen nicht unter seinem eigenen Namen erscheinen ließ und sich durch ungewöhnliche Belesenheit und als ausgezeichneter Sprachenkenner auswies, sollte nicht unterschätzt werden. Literaturwissenschaftler gehen heute davon aus, dass die Dunkelheit seines Stils bewusst gewählt worden war, um den Leser zum Nachdenken anzuregen. Als einer der ersten Gegner der Aufklärung ist Hamann aus der deutschen Geistesgeschichte nicht wegzudenken.

Erstaunlich denn auch das Interesse, das Hamann und seine Schriften mehr als 200 Jahre nach seinem Tod gerade heute bei Wissenschaftlern – seien es Theologen, Philosophen, Philologen, seien es Sprach- oder Literaturwissenschaftler – findet. Besonders in den vergangenen Jahren ist eine beträchtliche Zunahme an Veröffentlichungen zu verzeichnen, nicht zuletzt geweckt durch Veranstaltungen zum 200. Todestag des Königsbergers wie das 6. Internationale Hamannkolloquium in Münster und die daran anschließende Ausstellung, die in verschiedenen Universitätsbibliotheken und auch im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg zu sehen war. Renate Knoll von der Universität Münster, die zum 200. Todestag von Hamann eine umfassende Ausstellung konzipierte, schrieb damals im *Ostpreußenblatt*: „Für Hamann ist Sokrates nicht mehr der barocke ‚Fürst der Weltweisheit‘ und auch nicht einfach Herders ‚Sokrates der Menschheit‘. Er wertet ihn typologisch-christozentrisch und aktualisiert seine Bedeutung im theologischen Horizont philosophisch-literarischer Selbstbegründung, freier ‚Liebhaber der langen Weile‘ zu sein ...“


Johann Georg Hamann: Gemälde eines Anonymus Bild: Archiv

Auch dieser Tage beschäftigen sich Autoren mit Hamann, dem „Magus in Norden“, wie der Ostpreuße genannt wurde. So hat die Literaturhistorikerin Liselotte Folkerts aus Münster sich eingehend mit Hamann beschäftigt und seine Verbindungen zu der westfälischen Stadt untersucht. „Hamann gehört zu den bedeutendsten Religionsphilosophen deutscher Sprache“, betont Folkerts in ihrer neuen Veröffentlichung, die jetzt unter dem Titel „Ein Vorgeschmack des Himmels. Johann Georg Hamann in Münster und im Münsterland“ erschienen ist.

> Von ungekünstelter Demut beeindruckt

„Als leidenschaftlicher Verfechter einer irrationalistischen Gefühls- und Glaubensphilosophie trat er der Flachheit des vorkantischen Rationalismus entgegen“, so Folkerts, „und gab der Religion wieder einen bedeutenden Platz im philosophischen Lehrgebäude. Von der Bibel ausgehend wollte er der Aufklärung entgegenwirken. Sein ganzes Streben war dahin gerichtet zu zeigen, dass das Göttliche überall auf Erden zu finden ist.“

Folkerts befasst sich in ihrer Publikation eingehend mit Hamanns Aufenthalt in Münster und mit seiner Wirkung nach dem Tod, der ihn kurz vor der Heimreise in Münster ereilte. Der Königsberger war auf Einladung des Gutsherrn Franz Caspar Bucholtz, einem glühenden Verehrer, nach Westfalen gekommen und hatte dort Kontakt zum „Kreis von Münster“ um die Fürstin Amalie von Gallitzin bekommen. „Der Zirkel“, so Folkerts, „war ohne Einschränkung katholisch, Hamann als einziger evangelisch. Die Fürstin war ihm jedoch sehr zugetan: „... seine ungekünstelte, mir noch nirgends in diesem Grade und in dieser Reinheit erschienene Demut war es besonders, was mir das Christentum in einem neuen, erhabeneren Licht als jemals zeigte ...“

Seine letzte Ruhestätte fand Hamann zunächst im Garten der Fürstin, da er als Protestant damals nicht auf einem katholischen Friedhof beerdigt werden durfte. In ihrem Tagebuch vermerkte die Fürstin: „Ein unbeschreiblich süßer Gedanke war mir, die Asche dieses Seligen, großen – so wenig gekannten – in meinem Garten zu bewahren. Ich erhielt es mit Mühe, man drohte mir mit üblen Nachreden, Missvergnügen der Geistlichkeit ...“ Seine endgültige Ruhestätte fand der Königsberger schließlich 1853 auf dem Überwasserfriedhof in Münster. *S.O.*

***Liselotte Folkerts: „Ein Vorgeschmack des Himmels. Johann Georg Hamann in Münster und im Münsterland“.** Lit Verlag, Münster 2011, 64 Seiten, zahlreiche schwarzweiße Abbildungen, broschiert, 19,90 Euro.*

Im Deutschen Bundestag angekommen

Ausstellung des Zentrums gegen Vertreibungen über die Integration der Vertriebenen in Deutschlands erster Kammer

Es waren Millionen von Menschen, die über die Ostsee unter sowjetischen U-Boot- und Fliegerangriffen bei Minengefahr und beißender Kälte oder über verstopfte Straßen und Wege aus dem Feuer zwischen den Frontlinien, mit den Flüchtlingstrecks, nach durchlebten Massenvergewaltigungen und Morden an ihren Angehörigen und Verwandten, durch den Bombenhagel der Städte entkräftet und traumatisiert im Rest- und damit im Nachkriegsdeutschland ankamen. Zwölf bis 15 Millionen Menschen standen vor dem Nichts, mit leeren Händen, hungrig, als Obdachlose auf den Straßen zerbombter Städte. Die Ausstellung „Angekommen“ erzählt von jenem Neuanfang dieser Menschen. Sie ist noch bis zum 18. November in der großen Halle des Paul-Löbe-Hauses des Bundestagsgebäudes zu sehen.

Das „Danach“ war gekennzeichnet von einer „Vielzahl menschlicher Härten, Leid der Betroffenen und Spannungen zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen“. Die Neuankömmlinge waren keine Fremden, hatte man doch den Krieg gemeinsam verloren. Die Vertreibung als besonderes Schicksal war zufällig, nicht nach Verschulden, sondern rein geografisch. Selbst vormals fanatische Parteigenossen, Mitglieder des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), SA- oder SS-Leute wurden in Köln oder Hamburg in aller Regel nicht mitsamt der ganzen Familie vertrieben. Dennoch: Die Deutschen aus den preußischen Provinzen, dem Sudetenland und östlich beziehungsweise südöstlich davon verschärften dort schon durch ihr Erscheinen die Situation von fehlendem Wohnraum und Mangelernährung. Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung waren die Folge. Ihre Verteilung auf die Besatzungszonen beziehungsweise Länder erfolgte nach zähen Verhandlungen. Die Besatzungsmächte setzten die Unterbringung von Vertriebenen durch Wohnraumerfassung, Beschlagnahmen und Wohnraumzuweisungen durch. Für viele gab es trotzdem keine Wohnung, sie blieben zunächst in den Lagern oder hausten in verlassenen, feuchten Bunkern ohne Licht. Zuzugsverbote in die zerstörten Großstädte wurden von ihnen als zusätzliche Herabsetzung empfunden.

Viele Vertriebene lebten bis in die 50er Jahre in Hunderten von Lagern, in den Provisorien der „Fliegerbaracken“, bald als Nissenhütten verschrien. In räumlicher Enge, katastrophalen hygienischen Verhältnissen, unter Seuchengefahr und mit Lebensmittelrationen, die zum Überleben oft nicht reichten, waren sie die neuen Armen, einstige Bewohner stolzer Regionen jenseits der Grenzen oder Einwohner ganzer Provinzen des Deutschen Reiches. In den Wintern 1946 und 1947 wüteten Hungersnöte, nach Schätzungen starben im besetzten Deutschland 200 000 Menschen durch Kälte und Unterernährung.

Im kommunistischen Machtbereich des besetzten Mitteldeutschlands waren die Vertriebenen bei der Bevölkerung zunächst ebenso unwillkommen, doch ließen sie sich aufgrund ihrer Notlage gut instrumentalisieren, etwa um politisch missliebige Menschengruppen zu vertreiben, etwa bei der Binnenvertreibung der deutschen Quasi-„Kulaken“ in der sogenannten Bodenreform, oder um gesellschaftliche Prozesse anzutreiben, etwa bei Industrialisierung und Zwangskollektivierung. Ihre gesellschaftliche Existenz als „Umsiedler“ endete 1953, eine eigene Organisation oder Vertretung erhielten sie nicht. Heimliche Treffen – etwa der Ostpreußen – an unverdächtigen Stellen (im Zoo) wurden von der Staatssicherheit argwöhnisch und akribisch beobachtet.

In den westlichen Teilen Deutschlands hingegen verpflichtet das Bundesvertriebenengesetz seit 1953 Bund und Länder, das kulturelle und historische Erbe der deutschen Ostprovinzen zu sichern und zu bewahren. Mit dieser Statusklärung, den eigenen Organisationen, dem Bundesvertriebenenministerium und Starthilfen wie dem Lastenausgleichgesetz gelang im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs die Integration der Vertriebenen in Arbeitsprozesse, ihre Versorgung und ihre politische Integration. Die Erinnerung an die geliebte Heimat wird etwa im Ostpreußischen Landesmuseum wachgehalten. Trotzdem blieben die Traumata weitgehend unbehandelt, übertrugen sich psychische Langzeitfolgen von Vertreibung und Gewalterfahrungen auch auf die zweite und dritte Generation der betroffenen Familien.



Bild: Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Noch bis zum 18. November im Paul-Löbe-Haus: Die Ausstellung »Angekommen«

Mit der Verhinderung des Ostpreußen, ehemaligen Vertriebenenministers und CDU/CSU-Fraktionschefs Rainer Barzel als Bundeskanzler durch Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit der DDR und die so herbeigeführte Kanzlerschaft von Willy Brandt kam es mit der neuen „Ostpolitik“ zu einer „tiefgreifenden Entsolidarisierung weiter Teile von Politik und Gesellschaft mit den Anliegen der Vertriebenen“. Vertreter der deutschen Linken sahen dies später zumindest in Teilen als schweres Versäumnis an, wie es der Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner Eröffnungsrede zum Ausdruck brachte. Er zitierte den Schriftsteller Günter Grass mit seiner Figur des Alten aus der Erzählung „Im Krebsgang“: „Niemals, sagt er, hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue in all den Jahren vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen. Dieses Versäumnis sei bodenlos.“ Lammert unterstrich, dass die Vertreibung zu den Tragödien des 20. Jahrhunderts gehört, die man nicht verschweigen, verdrängen, vergessen dürfe.

> Entsolidarisierung im Zuge der neuen »Ostpolitik«

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach umriss die Dimension der Integrationsleistung, die Alfred Grosser als „größte sozial- und wirtschaftspolitische Aufgabe“ bezeichnet hatte: Niemals seit dem Dreißigjährigen Krieg seien die demografischen und auch konfessionellen Verhältnisse derart umgewälzt worden. Die Ausstellung „Angekommen“ in der großen Halle des Paul-Löbe-Hauses des Bundestagsgebäudes beschreibe jene „Ethnomorphose“, die Entstehung „eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen“, die der Soziologe Eugen Lemberg einst beschrieb. Das nach dem im Sommer 1945 aus Schlesien vertriebenen Reichstagspräsidenten benannte Hauptarbeitsgebäude liegt zum einen direkt gegenüber dem Reichstag und zum anderen gegenüber dem Bundeskanzleramt. Paul Löbe war einer jener Bundestagsabgeordneten, die ihre Heimat im früheren deutschen Osten hatten, so wie „Herbert Hupka, Herbert Czaja, Erich Mende oder der Ostpreuße Rainer Barzel, aber auch ... Wolfgang Thierse“. Unter den interessierten geladenen Gästen der frisch eröffneten Premieren-Ausstellung waren zahlreiche Vertreter des diplomatischen Corps, Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Landsmannschaften wie Stephan Grigat für die Ostpreußen. *Gunnar Digutsch*

Die Ausstellung „Angekommen“ ist montags bis donnerstags 11 Uhr und 14 Uhr sowie freitags um 11 Uhr nach vorheriger Anmeldung per Telefon (030) 227-38883 oder per E-Mail: info-ausstellungen-plh@bundestag.de im Paul-Löbe-Haus, Eingang West, Konrad-Adenauer-Straße 1, Berlin-Mitte, zu besichtigen. Weitere Informationen erteilt das Zentrum gegen Vertreibungen, Friedrichstraße 35/V, 65185 Wiesbaden, Telefon (0611) 3601928, Fax (0611) 3601929 und dessen Organisationsbüro, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn, Telefon (0228) 8100730, Fax (0228) 8100752, E-Mail: info@z-g-v.de

Russlands verkanntester Staatsmann

Im 220. Todesjahr bemühen sich Landsleute um die Rehabilitierung des Namensgebers der Potjomkinschen Dörfer

Die „Potemkinschen Dörfer“, also jene Dorf-Kulissen, mit denen er seiner Zarin Katharina der Großen angeblich Wohlstand vorgaukelte, als diese das neueroberte Krimgebiet besuchte, prägen das Bild von Fürst Grigorij Potjomkin von Taurien. Und George B. Shaw tut es, der 1913 in seiner Burleske „Great Catherine“ urteilte: „Potjomkin ist ein gewalttätiger, brutaler Barbar, ein neureicher Despot, unduldsam, gefährlich, faul, hässlich, abstoßend in seinen Gewohnheiten.“ Das wollen nun Russen ändern, indem sie versuchen, das 220. Todesjahr ihres 1739 geborenen Landsmannes zu seiner Rehabilitierung zu nutzen.

Das Bild vom Kulissenschieber Potjomkin hält sich in der Weltliteratur, ist dabei längst als eine vom sächsischen Gesandten Hellweg damals lancierte Verleumdung entlarvt. „Potjomkinsche Dörfer“, sagen die Russen heute in stolzer Ironie, waren Cherson, Nikolajew, Sewastopol, Jekaterinoslaw und weitere Städte, die Potjomkin gegründet und zu Zentren blühender Landschaften im neurussischen Süden gemacht hatte. Aber Shaws „Optik“ wirkt noch, denn wenn Nichtrussen ihn überhaupt erkennen, dann als Nägel kauenden russischen Rüpel.

Dabei war der niedere Landadlige Potjomkin hochbegabt, zudem von dem deutschen Physiker und Theologen Johann von Luetke an dessen Moskauer Schule gut vorgebildet. 1757 wurde er zusammen mit den elf besten Studenten Russlands der Zarin vorgestellt – aber 1760 wegen Faulheit von der Moskauer Universität gefeuert, worauf er zur Armee ging. So begann Potjomkins Weg als genialer Exekutor der Pläne von Zarin Katharina.



Bild: Archiv

Grigorij Alexandrowitsch Potjomkin

Nur Shaw sah die 1729 als deutsche Prinzessin von Anhalt-Zerbst geborene Gattin des Zaren Peter III. als tumbe Deutsche, die Russisch mit deutschem Akzent radebrechte. Tatsächlich wurde Katharina zur Mutter Russlands, nachdem im Juni 1762 eine Offiziersverschwörung sie auf den Thron geputscht hatte.

Bei den Putschisten zeichnete sich der Gardeoffizier Potjomkin aus, nun von der Zarin mit 10 000 Rubeln belohnt und zum Obristen befördert. Das war der Start einer einmaligen Karriere, die Potjomkin zu den Gipfeln militärischer und politischer Macht führte. Bereits 1772 bekam er von der Zarin den offiziellen Titel „Favorit“, was man zu allen Zeiten als „Geliebter“ dechiffrierte. Dabei bedeutete es erster Berater der Herrscherin und hatte mit Erotik nichts zu tun. In Russland hält sich zudem die Mär, er habe am 8. Juni 1774 heimlich Katharina geheiratet, was Unsinn sein dürfte.

In der Machtpyramide ganz oben platziert, griff Potjomkin die von Zar Iwan Grozny im späten 16. Jahrhundert begonnene Politik wieder auf, von den Osmanen weite Regionen zu erobern und sie Russland anzufügen. In den zwei russisch-türkischen Kriegen von 1768 bis 1774 und von 1787 bis 1792 nahm er das nördliche Schwarzmeergebiet ein. 1783 annektierte er die Krim, deren griechischen Namen „Taurien“ er fortan als Ehrentitel führte. 1787 besuchte die Zarin das von Potjomkin erworbene, befriedete und ökonomisch entwickelte „Neurussland“, dessen Bevölkerung und deren Wohlstand laufend zunahmen, unter Potjomkin als „Vizekönig des Südens“.

Auch das Ausland bemühte sich um Potjomkins Gunst. Preußen verlieh ihm den Hohen Orden vom Schwarzen Adler. Ähnlich ehrten ihn Dänemark und Schweden. In Wien erhob Kaiser Joseph II. ihn 1776 zum Fürsten des Heiligen Römischen Reichs. Mit Frankreich schloss er 1786 einen bilateral vorteilhaften Wirtschaftsvertrag. Wer sich ihm, wie die Osmanen, überlegen fühlte, musste Lehrgeld zahlen: Nachdem er französische Festungsingenieure ausspioniert hatte, provozierte er die Osmanen 1787 zum Krieg, den er an der Spitze von 150 000 Soldaten siegreich führte und mit einem weisen Friedensvertrag abschloss. Damit war die russische Landnahme am Schwarzen Meer beendet und die Herrscherin wie ihr „Favorit“ hofften auf die Realisierung ihres seit 1782 verfolgten „Griechischen Projekts“, die Restitution des Reichs von Byzanz, jetzt unter russischer Führung.

> Er stellte das Staatswohl über das eigene

Potjomkin hatte eine unter russischen Politikern seltene Eigenschaft: Er stellte das Wohl des Staates über sein persönliches. Natürlich kam er nicht zu kurz. Man schätzt, dass er aus der Staatskasse über 50 Millionen Rubel erhalten hat, dazu Ländereien, Paläste und Zehntausende Leibeigene. Aber seine Loyalität und Lauterkeit brachten ihm so viele höchste Ämter ein, dass sein erster deutscher Biograph, Samuel Baur, eine ganze Seite für die bloße Aufzählung brauchte. Minister und Feldmarschall gehörten ebenso dazu wie Oberbefehlshaber der russischen Armee, Generalgouverneur des russischen Südens und Großadmiral vom Schwarzen Meer. In einem Poem bespöttelte der Dichter Gawril Derschawin die Allgegenwart seines Zeitgenossen Potjomkin: Mit einer Hand spielt er Schach, mit der anderen nährt er Völker, mit einem Fuß tritt er Feinde, mit dem anderen betritt er eroberte Ufer.

Seine militärischen Erfolge errang Potjomkin mit einer im Grunde untauglichen Armee. Von jeweils 200 Leibeigenen musste einer Soldat werden und lebenslang dienen. Verständlich, dass die Gutsherren der Armee nur unfähige Bauern überließen. Eine geschulte Reserve kannte diese Armee nicht. Ihr Ausbildungssystem der „palotschnaja muschtra“ (Knüppel-Drill) trieb den Soldaten jegliche Motivation aus. Erst 1794, also nach seinem Tod, wurde die Wehrpflicht auf 25 Jahre gesenkt. Allerdings gingen dem zahlreiche kleinere Reformen voraus wie die Milderung körperlicher Strafen und die Verbesserung von Uniformen und Waffen, die sein Verdienst sind. Die von Katharina umworbenen und von Potjomkin angesiedelten Deutschen waren zu ihrem Glück vom Wehrdienst befreit.

Die Malaria wurde Potjomkin schließlich zum Verhängnis. Der Tod ereilte ihn unweit der moldauischen Stadt Jassy auf dem Weg nach Nikolajew. Eine Woche brauchte die Todesnachricht bis nach Sankt Petersburg, wo die Zarin sie mit Entsetzen aufnahm, wohl ahnend, dass ohne Potjomkin aus dem „Griechischen Projekt“ nichts werden könne. Sie ließ ihn in Cherson bestatten. Ihr unfähiger Sohn und Nachfolger Paul I. riss ihn wieder aus dem Grab. Wie man das von Potjomkin an Russland angerichtete „Unheil“ beseitigen könne, fragte er. „Die Krim und das Schwarze Meer hergeben“, antworteten Spötter. Erst heute, so russische Historiker, wäre der dumme Paul wohl zufrieden, weil Russland seitdem fast alles wieder verloren hat, was Potjomkin errang. *Wolf Oschlies*

»Sie leisten vorzügliche Arbeit«

Festakt zum 30-jährigen Bestehen des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen

„Sie und Ihre Mitarbeiter leisten vorzügliche Arbeit!“ – dieses Lob sprach der Vorsitzende des Stiftungsrates der Ostpreußischen Kulturstiftung und ehemalige Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Wilhelm v. Gottberg in seiner Festrede zum 30-jährigen Bestehen des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen dem Direktor Wolfgang Freyberg und seinen Mitarbeitern aus.

Unbestreitbar sei das Kulturzentrum in Ellingen ein Kind der Landsmannschaft Ostpreußen, führte der Festredner weiter aus. Das Angebot des Freistaates Bayern, die damals leerstehenden Räume im Barockschloss Ellingen zu nutzen, habe man dankbar angenommen. Dieses war wiederum eine Folge der 1978 vom Land Bayern für die Landsmannschaft Ostpreußen übernommenen Patenschaft. Die damals unter dem Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß gesetzten Akzente der materiellen und ideellen Hilfe wurden auch von seinen Nachfolgern übernommen und fortentwickelt.

„Kulturelle Bindungen zwischen Ostpreußen und Bayern bestehen schon viele Jahrhunderte“, fuhr v. Gottberg fort. Immerhin hatte Siegfried von Feuchtwangen als Hochmeister des Deutschen Ordens den Ordenssitz 1309 auf die dortige Marienburg verlegt. Von 34 Hochmeistern in der Geschichte des Ordens kamen immerhin 15 aus Bayern, Franken und Schwaben.

Erwähnenswert sei auch die „Münchner Ostpreußenhilfe“ aus dem Jahr 1915, die sich nach dem Russeneinfall in Ostpreußen 1914 gebildet hatte und die dortige Bevölkerung materiell unterstützte.

Das Ellinger Kulturzentrum wurde vom Bundesvorstand der Landsmannschaft mit vielen eigenen Mitteln aufgebaut und bildet heute mit rund 1500 Quadratmetern Nutzfläche zusammen mit dem aus dem Ostpreußischen Jagdmuseum entstandenen Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg einen Mittelpunkt der Erinnerung.

Dazu unterstützt der 1997 gegründete Förderverein das museale Schaufenster und das Archiv. Diesem kommt umso mehr Bedeutung zu, als von mehreren Dutzend Heimatstuben ostpreußischer Gemeinden bereits einige aufgelöst wurden und weitere mangels Betreuung wohl folgen werden. Viele Exponate dieser Einrichtungen wurden nach Ellingen als zentralen Aufbewahrungsort ostpreußischer Geschichte gebracht. Dadurch und durch eine geplante bauliche Erweiterung werde das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen auch in Zukunft seine Aufgaben als Mittler und Bildungseinrichtung für „unverfälschte Geschichte“ erfüllen können.

Die tatkräftige Unterstützung des Ministerialrats Walter Rösner-Kraus vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung erwähnte v. Gottberg besonders. Ohne ihn und die Hilfe Bayerns gäbe es auch beispielsweise das Haus Kopernikus in Allenstein nicht, das wie das Bayerische Haus in Odessa eine Überlebenshilfe für die deutschen Restgruppen dieser Länder darstellt.

Zu Beginn der vom Ellinger Barock-Ensemble „flores musicales“ umrahmten Feierstunde hatte Freyberg die Gäste begrüßt. Neben v. Gottberg erwähnte er unter anderem namentlich den Landtagsabgeordneten Gerhard Wägemann, den Bezirkstagspräsidenten Richard Bartsch, den amtierenden Landrat Robert Westphal sowie die Vorsitzende des Fördervereins Katharina Fürstin von Wrede und ihren Mann Carl Fürst von Wrede. Ebenso hieß er die Handwerker und Geschäftsleute der Stadt Ellingen willkommen, die er als stets zuverlässige Partner bezeichnete. Zudem begrüßte Freyberg Konstantin Buchner von der Schloss- und Gartenverwaltung Ansbach als Hausherrn und den Leiter des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, Joachim Mähnert.



Blick ins Auditorium: Die Landsmannschaft Ostpreußen war durch ihren Altsprecher Wilhelm v. Gottberg (2.v.l.) vertreten

Ellingens Bürgermeister Walter Hasl überbrachte dem Kulturzentrum die Glückwünsche der Stadt. Die Einrichtung mit ihren nicht aus der Stadt wegzudenkenden Aktivitäten wie dem alljährlichen Herbstmarkt bilde ein Aushängeschild für Ellingen, auf das er stolz sei.

„Aus der reinen Sammelstelle von ostpreußischen Erinnerungsstücken hat sich ein museales Schaufenster als lebendiger Mittelpunkt in Süddeutschland entwickelt. Ohne eine derartige Pflege geht der Erinnerungsschatz verloren“, lobte Frank Schilling, Regierungsdirektor und Mitarbeiter des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Die vom Bund geförderte und aus eigenem Engagement der Vertriebenen entstandene Einrichtung bewahre das geschichtliche Erbe der Deutschen. Zudem erwecke das Kulturzentrum durch die Gestaltung von Dauerausstellungen in den heute zur Republik Polen gehörenden Städten das Interesse an der eigenen Geschichte.

Der Ministerialdirigent Paul Hansel vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen sah die Geschichte als wichtigstes Element über die Erlebniswelt hinaus. „Sprache, Dialekt und Brauchtum gehen getrennt von der Heimat im Laufe der Jahre verloren, nur die Vernetzung der Geschichte bleibt erhalten.“ Bayern unterstützt kulturelle Einrichtungen nicht nur in München, sondern gerade auch im ländlichen Raum. Sein Haus werde das Kulturzentrum auch in den nächsten 30 Jahren fördern, so der Vertreter der Staatsregierung.

Zum Jubiläum übermittelte Bartsch die besten Wünsche: „Der Bezirk Mittelfranken unterstützt und fördert das Kulturzentrum Ostpreußen gern, aus der Überzeugung heraus, dass die geleistete Arbeit von großer Wichtigkeit ist.“ Gerade durch den im Jahre 2001 abgeschlossenen Partnerschaftsvertrag mit der Woiwodschaft Pommern habe der Bezirk Mittelfranken eine besondere Beziehung zur dortigen Region.

Lange Verbundenheit Bayerns mit Ostpreußen

Impressionen mit Bildern aus der 30-jährigen Geschichte des Kulturzentrums Ostpreußen sowie die erste Präsentation einer neu gestalteten Netzseite rundeten die Festveranstaltung ab.

Manfred E. Fritsche

Das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen ist bis Ende März dienstags bis sonntags von 10 bis 12 und von 14 bis 16 Uhr sowie ab April dienstags bis sonntags von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr geöffnet. Nähere Informationen sind erhältlich beim Kulturzentrum Ostpreußen, Schlossstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 8644-0, Fax (09141) 8644-14, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Als Sparsamkeit noch zur Staatsräson gehörte

Selbst wenn der preußische Staat in schweren Zeiten Schulden machte, so baute er sie doch anschließend wieder ab

Die preußische Sparsamkeit entwickelte sich unter König Friedrich Wilhelm I. als Antwort auf die Verschwendungssucht seines Vaters, unter dem 1697 gemäß dem absolutistischen Motto „Der Staat bin ich“ (L'État, c'est moi) Staats- und Hofhaushalt zusammengelegt worden waren. Sofort nach seinem Amtsantritt 1713 nahm der junge König wieder die Trennung vor, denn künftig sollten „an die Stelle des Prunks und der Verschwendung ... Einfachheit und Sparsamkeit“ treten. Zur Durchsetzung und vor allem Überwachung seines Vorhabens wurde bereits 1714 eine General-Rechenkammer (seit 1723 Preußische Ober-Rechenkammer) errichtet, eine Art Vorläuferin des heutigen Bundesrechnungshofes, die bis auf den letzten Pfennig alles prüfte. Der König tat sich hierbei durch eine „große Korrektheit und oft kleinliche Sparsamkeit“ hervor, indem er „persönlich die staatlichen Etats alle Jahre revidierte und die Besoldung seiner Beamten festsetzte“, wobei ihn seine Lebensdevise „Lieber mit Honneur nichts haben als mit Deshonneur im guten Stande sein“ leitete.

Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. setzte Maßstäbe

Zu den sofortigen Sparmaßnahmen gehörte beispielsweise die Reduzierung des königlichen Marstalls von 600 auf 120 Pferde, entsprechend wurde auch der Etat für das Pferdefutter zusammengestrichen, außerdem erfolgte eine Kürzung der Beamtenbezüge, was dazu führte, dass deren oft üppiger Lebensstil bald von drastischen Einschränkungen gekennzeichnet war. „So mancher, der bisher mehrspännig daherkam, fand sich als Fußgänger wieder“, hieß es damals spöttisch.

1723 wurden das Kriegskommissariat und das General-Domänen-Direktorium, zwei Finanzbehörden, die oft im Streit miteinander lagen, zum neuen General-Ober-Finanz-Kriegs- und Domänen-Direktorium, kurz General-Direktorium, vereinigt. Nach einer Weisung des Monarchen waren künftig nur Beamte einzustellen, „welche die Wirtschaft verstehen ..., Gewinn und Verlust, die Tendenz des Staatshaushaltes, müssen in klaren Zahlen erscheinen“. Der Domänenbesitz wurde ständig erweitert und im Ertrag gesteigert, sodass seine Einkünfte daraus bald die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen ausmachten. Seit 1713 war der preußische Etat grundsätzlich schuldenfrei, „außerordentliche Bedürfnisse“ wie etwa ein Krieg und seine Folgen sollten allein aus den angehäuften Ersparnissen, keinesfalls jedoch durch Kredite gedeckt werden, sodass „an die Stelle der Staatsschuld ... der Staatsschatz, der ‚Tresor‘“ trat.

Indem Friedrich Wilhelm I. „all den Prunk oder Plunder barocker Hofhaltung“ seines Vaters beiseitefegte und sich „als Pfennigfuchser“ erwies, schaffte er bald einen modernen Einheitsstaat „mit sparsamster Verwaltung und gegenseitiger Kontrolle“, denn durch die für alle höheren Behörden eingeführte „kollegiale Verfassung wurde die gegenseitige Haftung zum Prinzip erhoben“. Obwohl er sich gerne die Staatsführung seines Großvaters, des Großen Kurfürsten, zum Vorbild nahm, übertraf der Soldatenkönig diesen doch bei Weitem, denn am Berliner Hof zogen nun „spartanische Einfachheit“, ja sogar „Sparsamkeit bis zum Geiz“ ein. Und der finanzielle Erfolg der Verwaltungsreform war durchschlagend: Sie bedeutete das Ende des massenhaften Schuldenmachens, wie man es unter dem ersten preußischen König gekannt hatte. Allerdings war die Durchsetzung gegen „Gleichgültigkeit, Schlendrian und Korruption“, wie sie bis dahin beim Beamtentum üblich gewesen war, nicht einfach, sodass der König einmal äußerte: „Parol' auf dieser Welt ist nichts als Müh' und Arbeit“, was man durchaus als seinerzeitiges preußisches Staatsmotto bezeichnen könnte. Doch die Anstrengungen zahlten sich aus, der Herrscher erreichte Jahr für Jahr ein ausgeglichenes Staatsbudget, was damals in Europa als ungewöhnlich galt und Erstaunen hervorrief und wovon heutige Regierungen nur träumen können. Als der Monarch 1740 starb, hinterließ er seinem Sohn und Nachfolger einen Staatsschatz in Höhe von zehn Millionen Talern. Die Tugenden aber, die er seinen Untertanen eingeprägt hatte und zu denen eben auch die Sparsamkeit gehörte, die er selbst bis zur Entsagung praktizierte, „drückten dem Volk und kommenden Generationen ihren Stempel auf“.

Verschwenderische Herrscher waren die Ausnahme, nicht die Regel

Auch wenn die Politik Friedrichs des Großen von gänzlich anderen Prioritäten geleitet war als die seines Vaters, so bemühte er sich trotzdem, dessen fiskalische Grundsätze beizubehalten. „Niemals darf“, so schrieb er etwa in seinem Testament von 1768, „das ganze Jahreseinkommen verausgabt werden, damit der Überschuss und der Staatsschatz stets hinreichen, um ... allen Notlagen, in die der Staat geraten kann, gewachsen zu sein. Gute Verwaltung der Einnahmen und gute Regelung der Ausgaben: das ist die ganze Finanzkunst.“ Und in demselben Testament heißt es an anderer Stelle: „Die Finanzen sind auf Erden leider die Grundlage des Privatlebens wie des politischen Lebens. Das Geld ist der Nerv des Staates, seine Einkünfte der Puls, an dem man seine Lebenskraft misst. ... und die Völker, die unter einer guten Finanzwirtschaft leben, sind glücklicher als die, deren Herrscher eine ungeordnete Wirtschaft führen. Denn eine reiche Regierung kann und muss den Untertanen helfen, eine verschuldete aber kann niemandem beistehen.“

Friedrich Wilhelm II., Friedrichs des Großen Neffe und Nachfolger, hielt zwar nichts mehr von Sparsamkeit, doch schon bald nach seinem Tode im Jahre 1797 war Preußen von den revolutionären Umbrüchen in Europa betroffen, welche die bisherige Ordnung geradezu auf den Kopf stellten. In den nachfolgenden Befreiungskriegen häufte dann auch Preußen gewaltige Schulden an, die aber später sukzessive abgebaut wurden. Und das Staatsschuldengesetz vom 17. Januar 1820 besagte gar, dass die bestehenden Staatsschulden ohne Zustimmung der Reichsstände – also der damaligen Volksrepräsentation – nicht vermehrt werden durften. Selbst in solchen Notzeiten wurde also die Sparsamkeit zur Staatsräson erhoben – welch ein Unterschied zur ausufernden Staatsschuldenkrise der Gegenwart! Im Gegensatz zu heute gab es damals allerdings auch einen „Willen zur Sparsamkeit, der sich immer an die untere Grenze dessen hielt, was so als ‚standesgemäßes Auftreten‘ galt, denn die selbstlose Hingabe an das Amt und damit an den Staat, das war der Inhalt des spezifisch preußischen Beamtenethos“, der durch den überwiegenden Zeitgeist unserer Tage verloren gegangen ist, denn Sparsamkeit bedeutete auch, „ohne Unterschied dem stetigen Wachstum des Ganzen sich (zu) unterwerfen“ – wovon sich die bundesdeutsche Gesellschaft inzwischen weit entfernt hat.

Wolfgang Reith

Das erste Gebot ernst nehmen – Christen auch hier in Bedrängnis

Zu: „Keine Bekehrung“ (Nr. 42)

Hinrich E. Bues' Kritik an der Kirche geschieht vollkommen zu Recht. Jesus hat ein Fundament des Glaubens vorgegeben, an dem nicht gerüttelt werden kann. Aber die Kirche zieht im Rahmen des religiösen Dialogs lieber in andere Häuser, als im eigenen zu bleiben. Während beispielsweise Juden und Moslems ihren eigenen Standpunkt genau bestimmen, versäumt das mancher Kirchenvertreter. Ein wie auch immer gearteter Dialog führt somit nur zur Meinungsbeeinflussung bei den Christen.

Es geht nicht um die Kritik an anderen Religionen. Es geht um die Frage, wo stehe ich selbst und wofür trete ich ein? So lautet das erste Gebot, dass neben Gott keine anderen Götter bestehen sollen. Der Glaube ist aber keinen Pfifferling wert, wenn der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke sich in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ für den Bau neuer Moscheen in Deutschland ausspricht. Wörtlich sagte er zudem: „Ich halte es für vorstellbar, dass Christen den Muslimen zur Eröffnung einer neuen Moschee ein Geschenk machen – als Zeichen der Sympathie, der guten Nachbarschaft und der religiösen Verbundenheit.“

Und Ruprecht Polenz, bekannter Vertreter einer christlichen Partei, spricht sich offen für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei aus. Der türkische Ministerpräsident drohte aber erst kürzlich Israel indirekt mit Krieg und will die Kontakte zur EU einfrieren, wenn Zypern die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Auch die Zerstörung kirchlicher Einrichtungen im türkischen Nordzypern, wie beispielsweise die *Preußische Allgemeine Zeitung* berichtete, ruft keine allgemeine Empörung hervor.

Hinzu kommt, dass die christliche Religion selbst in Europa in Bedrängnis gerät. Menschen, die sich offen als Christen bekennen, werden diskriminiert, weil das Christentum nicht für Abtreibungen oder Homosexuellenrechte eintritt. Wer sich gegen das Töten ungeborener Kinder ausspricht, gilt doch schon fast als abartig.

Auch Papst Benedikt XVI., den ich offen gestanden nicht so sympathisch finde, bekam auf seine durchaus kluge Rede im Bundestag zu hören, warum er dieses oder jenes nicht gesagt habe. Hier wird eine bestimmte Anspruchshaltung deutlich, nämlich dass die Christen sich der Beliebigkeit unterzuordnen und gefälligst den Standpunkt aller zu übernehmen haben. Wer aber für alles offen ist, ist nicht ganz dicht, um es salopp auszudrükken.

Ulrich Blode, Langenhagen

Kalte Enteignung

Zu: „Zauberei“ (Nr. 43)

Peer Steinbrück hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 29. September Folgendes behauptet: „Die Verursacher der Krise werden nicht an der Finanzierung der Folgekosten beteiligt, weil sie sich, wie ich gesagt habe, als systemrelevant immunisiert haben.“ Er meint damit sicher die Banken, die aber nur das tun können, was die Gesetze hergeben.

Nicht die Banken, Versicherungen, Hedgefonds et cetera haben sich „systemrelevant immunisiert“, sondern die Verantwortlichen, nämlich die Politiker. Frau Timoschenko hat man in der Ukraine gerade erst zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie angeblich den Staat geschädigt hat. Was man ihr angelastet hat, war eine Lappalie (wenn überhaupt) gegenüber dem, was die deutschen Politiker in den letzten 20 Jahren an Geld verbrannt haben.

Mir liegt eine astrologisch geprägte Aussage aus dem Finanzministerium des Herrn Eichel vor, die uns weismachen wollte, dass 2006 der Bundeshaushalt ausgeglichen sein würde. War da ein Träumer, ein Täuscher oder ein Dilettant am Werk? Es trifft wohl alles zu!

Bei Griechenland kommen wir am Schuldenschnitt. wie auch Finanzexperte Steinbrück feststellt, nicht mehr vorbei. Es fragt sich nur, wie hoch der sein wird. Werden es 60 oder gar 70 Prozent sein? Die Leidtragenden sind: die Aktionäre der Banken und Versicherungen, die Sparer, die Rentner und alle, die ihr Geld in Renten- und Pensionsfonds angelegt haben. Dazu kommt noch eine nicht abzusehende Teuerungsrate, die uns alle treffen wird. Auf uns kommt nichts anderes zu als eine kalte Enteignung.

Wolfgang Haars, Salzgitter

Machenschaften?

Zum Leserbrief: „Wer steckt hinter der Kanzlerin? – In Konspiration geschult“ (Nr. 42)

Der Leserbrief hat mir sehr gefallen. In sachlicher, ruhiger Form werden darin Fragen aufgeworfen, die ich mir seit Längerem auch stelle. Wie ist es zum Beispiel möglich, dass sich jemand so lange und so unangefochten an der Macht halten kann, wie es Angela Merkel geschafft hat? Ich denke, das kann keiner allein. Es muss im Hintergrund Helfer geben!

Da Frau Merkel aus der sozialistischen früheren DDR kommt und politisch aktiv war, hat sie deren Ziele mit Sicherheit verinnerlicht und überträgt sie nun auf ganz Deutschland und speziell auf die EU! Wer aber sind ihre Unterstützer und Mitdenker? Dazu eine Meldung aus der „Welt“ vom 7. Oktober, die auf den polnischen Oppositionsführer Jarosław Kaczynski verweist, der in seinem Buch „nicht ganz saubere Umstände“ bei Merkels Karriere nennt, was einige Medien als mögliche Stasi-Machenschaften deuteten.

Es kann aber tatsächlich heißen, dass die Kanzlerin das sozialistische Modell in ganz Deutschland und Europa installieren will. Aufmerksamkeit und Vorsicht in dieser Richtung sind also mehr als gefragt!

Inge Schmidt, Hamburg

Gefühle verletzt

Zu: „Wowereit klittert“ (Nr. 42)

Hat die geflüchtete ostpreußische Mutter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ihren Kindern zu wenig über die Grauen der Flucht und Vertreibung erzählt? Die Flüchtlinge waren eben keine Immigranten, sie haben auf menschenrechts- und rechtswidrige Weise ihre Heimat verloren.

Die DDR nannte später die Völkerverschiebung zynisch „Übersiedlung“. „Immigration“ bedeutet „Einwanderung“, das kann keinen Bezug zu den damaligen Geschehnissen haben. Deshalb ist die unbedachte Äußerung Wowereits, wohl um die ehemaligen türkischen Gastarbeiter und ihre Nachfahren zu mehr Integration zu bewegen, falsch und die zunächst gar nicht geplante Immigration dieser Bevölkerungsschicht mit der Vertreibung der Deutschen zu vergleichen nicht rechtens und kann nur deren Gefühle verletzen.

Joachim Moeller, Berlin



Als „Umsiedlung“, „Transfer“, „Repatriierung“, „Abschub“ verniedlicht und verhüllt: Die lange geplante Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat Bild: Archiv

Polens Großmachtpolitik – Törichte Garantieerklärung – Stalins Kriegsabsicht

Zum Leserbrief: „Haarspaltereien“ (Nr. 40)

Der Schreiber dieser Zeilen meint, dass es Hitlers kardinaler Fehler gewesen sei, Polen anzugreifen, und behauptet, man hätte die deutsch-polnischen Verwerfungen von damals auch anders lösen können.

Zu den Fakten: Polens Großmachtträume nach seiner Wiederbegründung 1918 waren nicht nur Hitler, sondern auch der Weimarer Republik eine beständige Bedrohung. „Polen hatte bereits in den Jahren 1920 und 1921 wiederholt versucht, mit sogenannten Aufständischen- oder Freiwilligenverbänden Teile des Reichsgebiets zu besetzten und dadurch ihren Anschluß an Polen vorzubereiten“ (Bolko von Richthofen, „Kriegsschuld 1939–1941“, Vaterstetten 1975, S. 74). Diese Feststellung wird unter anderem durch eine eidesstattliche Erklärung des ehemaligen Reichskanzlers Joseph Wirth (Zentrumspartei) vor dem Nürnberger Militärtribunal gestützt: „Nationalpolnische Kreise forderten weitere Gebietsabtretungen“, und das, nachdem die Alliierten in Versailles den Polen schon den westpreußischen „Korridor“ ohne Volksabstimmung zugeschlagen hatten. „Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Groener beschlossen deshalb, bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen“ (B. von Richthofen). Als Hitler im Januar 1933 Reichskanzler geworden war, ließ der polnische Staatschef Pilsudski fünf polnische Armeekorps an der Westgrenze seines Landes aufmarschieren und in Paris sondieren, ob die Franzosen bereit seien, gemeinsam (gegen Deutschland) vorzugehen“ (vgl. Patrick Buchanan, „Churchill, Hitler und der unnötige Krieg“, 2008). Nach der überaus törichten Garantieerklärung Englands und Frankreichs an Polen erreichten bekanntlich die polnischen Schikanen gegenüber der eingesessenen deutschen Bevölkerung in Westpreußen ein unzumutbares Ausmaß. Kein souveränes Land hätte solche Menschenrechtsverletzungen gegen seine Landsleute zugelassen. Diese Exzesse der Polen gegen die deutsche Bevölkerung waren zu jener Zeit allemal kriegsbegründend.

Jedoch nicht Hitler wollte diesen Krieg, vielmehr stellte anlässlich einer französisch-polnischen Generalstabsbesprechung im Mai 1939 der polnische General und Kriegsminister Tadeusz Kasprzycki fest: „Wir gedenken einen Angriffskrieg zu führen und gleich bei Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen ... Wir kennen nur die Offensive und im Angriff werden wir siegen“ (zit. nach Stefan Scheil, „Fünf plus Zwei“, Berlin 2009). Polen war in der Zwischenkriegszeit mit allen Nachbarn in Konflikt geraten, um eine Großmachtstellung im ost-mitteleuropäischen Raum zu gewinnen, zuletzt war es aktiv an der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch die Besetzung des Olsagebietes mit der Stadt Teschen beteiligt.

Zur Entwicklung der sowjetischen Politik: Sie richtete sich immer mehr auf einen Krieg mit dem Reich ein. „Der Generalstabsplan vom 15. Mai 1941 bedeutete in einem zentralen Punkt ein Abgehen von der bisherigen Lehre: denn nicht mehr sollte ein feindlicher Angriff mit einem vernichtenden Schlag beantwortet werden, sondern mit einem vernichtenden Schlag sollte die Rote Armee einem feindlichen Angriff zuvorkommen.“ Dabei ging es nicht nur um eine militärische Operation, sondern um ein politisches Ziel, nämlich gemäß der Leninschen Langzeitstrategie darum, mit dieser Operation „die Ausdehnung der Zone des Kommunismus ... zu verwirklichen“ (vgl. Joachim Hoffmann, „Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945“, München 1997, S. 41).

Seit der Hitler-Molotow-Konferenz am 12./13. November 1940 in Berlin war sich die Reichsregierung im Klaren darüber, dass Stalin nichts weniger als die Unterwerfung Deutschlands unter die UdSSR wollte. Ihr folgte dann die historisch wichtige Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa, vom 18. Dezember 1940.

Dietrich Widmann, Lachendorf

Wer Krieg wollte

Zum Leserbrief: „Haarspaltereien“ (Nr. 40)

Seit Kriegsende suchen Heere von Historikern nach Gründen dieses sinnlosen Mordens, der größten Menschheitskatastrophe.

Ich bin 1923 in Ostpreußen geboren und habe einiges selbst erlebt, vieles doch nicht verstanden, sodass ich mit gutem Gewissen als Laie kein Urteil abgeben kann. In den zwanzig Jahren nach meiner Berufszeit gab ich einen Heimatboten für meine in alle Welt verstreuten vertriebenen Landsleute heraus und habe viele Gespräche auch mit „Ausländern“ geführt.

Das kaum anzuzweifelnde Ergebnis war: Hitler wollte den Krieg ebenso wie die polnische Regierung, unterstützt vom kriegsbereiten Churchill („Europa muss brennen!“). Dass Roosevelts raffinierte Falle mit Pearl Harbour, für die er 3000 seiner Landsleute opferte, den von ihm gewünschten Kriegseintritt der USA brachte, ist wohl allgemein bekannt. Und beim „Überfall“ auf das Friedensreich Stalins fanden die deutschen Soldaten Plakate, auf denen die britische Bulldogge mit dem gallischen Hahn und dem deutschen Adler kämpften, dass die Fetzen flogen. Im Hintergrund stand der große russische Bär wartend mit geöffneter Krallenpfote. Bis zum Rhein wollte er, wenn die anderen sich zerfleischt hatten und möglichst noch weiter.

Und warum standen die russischen Truppen unmittelbar an der Grenze, sodass die deutschen Armeen in den ersten Tagen hunderttausende russische Gefangene machen und zehntausend russische Flugzeuge zerstören konnten? Diese ernsthaften Untersuchungen nach den Gründen vom Tod von rund hundert Millionen Menschen als „Haarspalterei“ zu bezeichnen, ist meiner Meinung nach nicht nur maßlos arrogant, sondern auch erschreckend inhuman.

Siegfried Hanemann, Kleinblittersdorf

Adenauers Hauptstadt zwischen Rebenhügeln

Zum Leserbrief: „Keinerlei Beweis“ (Nr. 40)

Es gibt doch Hinweise für die Richtigkeit der Behauptung, Adenauer habe die Wiedervereinigung unbedingt verhindern wollen. Hier einige Zitate aus der zeitgenössischen Presse:

„Newsweek“ vom 30. August 1954: „Adenauer zu Mendes-France in Brüssel: ‚Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Wiedervereinigung opfern, aber ich. Doch wir sind bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können. Vergessen Sie bitte nicht, dass ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht! Es handelt sich vor allem darum, ob Frankreich die Einheit Deutschlands oder die Einheit Europas vorzieht.‘“

„Die Welt“ vom 30. November 1946: „Adenauer hat jedenfalls zu verstehen gegeben, dass man die östlichen Gebiete einschließlich Berlins ‚abschreiben‘ und zur Hauptstadt eines auf den Westen beschränkten Staates eine Stadt des Westens machen müsse.“

„Die Zeit“ vom 12. Dezember 1946: Adenauer: „Die deutsche Hauptstadt muss zwischen Rebenhügeln und nicht zwischen Kartoffeläckern liegen. Wer Berlin zur neuen Hauptstadt macht, schafft ein neues Preußen.“

Reichskanzler a. D. Joseph Wirth: „Ich habe mit Adenauer 40 Jahre zusammengearbeitet, ich kenne ihn genau; ich sage nicht, Adenauer will die Wiedervereinigung nicht, dann könnte man mich gerichtlich belangen, sondern ich sage vor aller Welt, ich glaube nicht, dass Adenauer die Wiedervereinigung will! Jawohl! Ich glaube, Adenauer macht katholische Politik, das heißt er stellt die katholische Religion über das Vaterland – ich glaube, Adenauer schadet bewusst dem deutschen Volke aus Rücksicht auf Rom.“

„American Herold“, Walter Lippman (USA): „Adenauers Regierung in Bonn hat ein Lebensinteresse an der Spaltung Deutschlands.“

„New York Times“ vom 25. April 1953: „Ein vereinigtes Deutschland ist eine Gefahr für Adenauer, für seine Partei und für die ganze Politik, die er für sein Land betrieben hat.“

Helmut Panzer, Locarno, Schweiz

Mit »Talenten« gewuchert

Zu: „Der Feind in uns“ (Nr. 42)

Auf der Suche nach den Schuldigen an der gegenwärtigen Finanzkrise werden in der öffentlichen Diskussion, aber auch im privaten Kreis sowohl die überdimensional verschuldeten Staaten als auch die Banken rasch als Verursacher festgemacht. Eine dritte Gruppe wird in der Regel dabei übersehen: die Bürger selbst. Auch sie haben Mitschuld, und das nicht unerheblich und zwar aus zwei Gründen.

Zum einen folgt jeder Bürger gern dem natürlichen Streben, seinen Besitz nicht nur zu sichern, sondern auch, so gut es geht, zu vermehren, sozusagen mit seinem „Talent“ (im alten Griechenland eine Maßeinheit für Silber) zu wuchern. Und das macht er auch ohne Gewissensbisse. So legt der Bürger sein Geld dort an, sei es auf einem Bankkonto, an der Börse auf Aktien oder Anleihen, wo er bei hinreichender Sicherheit den größten Gewinn zu erzielen hofft. Damit nimmt er Einfluss auf die Höhe der Zinssätze, die Geldinstitute bei der Vergabe von Krediten fordern müssen und die sich unter anderem daraus ergebende Höhe von Staatsschulden.

Zum anderen bevorzugen viele Bürger bei Wahlen diejenigen Parteien, welche die größten Versprechnungen machen, die jene nach der Wahl, wenn sie dann an der Regierung sind, nur mit Krediten finanzieren können. Deswegen sind die Schulden der Staaten stetig gestiegen.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 5. November 2011

Neue Synagoge soll wiedererstehen

Königsberger Oberrabbiner enthüllte im Beisein des Bürgermeisters den Grundstein auf der Lomse

Auf der Lomse wurde an der Lindenstraße (uliza Oktjabrskaja Nr. 3), in unmittelbarer Nähe des Doms, in einem feierlichen Akt mit dem Wiederaufbau der alten Neuen Synagoge begonnen.

Der neue Bau soll sich am ursprünglichen Entwurf des deutsch-jüdischen Architekturbüros Cremer & Wolffenstein orientieren. Die 1896 eingeweihte liberale Synagoge war die Hauptsynagoge Königsbergs und Zentrum des örtlichen Judentums, das sich seiner deutschen Umgebung weitgehend assimiliert hatte. Sie galt Kennern der Materie als eine der schönsten Synagogen Deutschlands oder sogar Europas.

Schon seit einiger Zeit gab es seitens des orthodoxen Königsberger Rabbinats unter Oberrabbiner David Schwedik Bestrebungen, die Neue Synagoge wiederaufzubauen. Bisher reichten dazu freilich die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nicht aus, da das Königsberger Rabbinat offiziell nur etwa 2000 Gläubige zählt und diese nicht unbedingt eifrige Synagogengänger sind. Überraschend ist dem „Fonds zur Errichtung der Königsberger Synagoge in Kaliningrad“ im September doch noch eine Spende zugegangen, die den Synagogenbau ermöglichte. Rabbiner Schwedik hielt sich bisher über die Herkunft des Geldes bedeckt, doch zur Grundsteinlegung ließ das Rabbinat durchsickern, dass der Königsberger Handelsmagnat und Multimillionär Wladimir Kazman etwa fünf Millionen Euro für den Bau gespendet habe. Kazman wurde nun auch bei der Grundsteinlegung offiziell als Hauptgeldgeber vorgestellt.

Um 12 Uhr begann die feierliche Zeremonie der Grundsteinlegung unter der Leitung des Königsberger Oberrabbiners. Der Termin war nach jüdisch-kabbalistischen Erwägungen bestimmt worden, da er in die Zeit des Laubhüttenfestes und dabei zugleich auf den 18. Tag des Monats Tischri fiel, sodass sich der Feiertag mit der kabbalistischen Glückszahl 18 – dem Zahlwert des hebräischen Wortes „chaj“ (Leben) – kombinierte. Neben Schwedik sprachen dabei unter anderem Bürgermeister Alexander Jaroschuk sowie weitere Vertreter der Politik und des örtlichen Judentums. Unter ihnen befand sich auch der bundesdeutsche Konsul Aristide Fenster, dessen Anwesenheit von den russischen Medien auffälligerweise nicht erwähnt wurde. Zugegen waren zudem einige Abgeordnete der Gebietsduma und des Stadtrates sowie konsularische Vertreter Litauens, Polens und Deutschlands, vor allem aber jüdische Einwohner Ostpreußens. Nach Angaben der Jüdischen Gemeinde kamen so insgesamt etwa 100 Teilnehmer zusammen. Tatsächlich aber waren es nur gut halb so viele. Diese geringe Beteiligung spiegelt die beschränkte Bedeutung der jüdischen Religion im Königsberger Gebiet wider, die im Gegensatz zur Dominanz jüdischer Vertreter in der regionalen Wirtschaft und Politik steht.



Enthüllt, nicht gelegt: „Grundstein des Wiederaufbaus der Königsberger Synagoge“ Bild: Tschernyschew

Neben den allgemeinen Ansprachen wurde durch Rabbiner Schwedik der Grundstein, bei dem es sich allerdings nicht um einen Baustein, sondern um einen großen Granitblock handelt, feierlich enthüllt und geweiht. Auf ihm befindet sich eine Tafel mit einer Inschrift in hebräischer und russischer Sprache, die neben dem Datum die Worte „Grundstein des Wiederaufbaus der Königsberger Synagoge“ beinhaltet. Ausdrücklich wird hierbei der deutsche Name der Stadt verwendet, der damit offiziell Teil des neuen Gebäudenamens wird. Daran änderten auch gegenteilige Bemühungen des Rabbinatssprechers, Zeitungsherausgebers und Anführers einer regionalen Rockergruppe, Lwowitsch Sterlin, nichts, der nicht nur in dieser Hinsicht von seiner eigenen Gemeinde isoliert ist.



Bekenntnis zum Namen »Königsberg«

Auch Finanzier Kazman ist ein bekennender Anhänger des Namens „Königsberg“, dessen offizielle Wiedereinführung er in der letzten Zeit öffentlich gefordert hat. In einem Zeitungsinterview sagte er dazu: „Als stolzer Jude möchte ich in Königsberg leben!“ Mit einem Massenmörder wie Kalinin will die Jüdische Gemeinde in Königsberg jedenfalls nichts zu tun haben.

Über die baulichen Details des Wiederaufbaus besteht offenbar noch weitgehende Unklarheit. Während offiziell gesagt wird, es handele sich um einen historisch genauen Wiederaufbau, äußerte Oberrabbiner Schwedik gegenüber der jüdischen Gemeindezeitschrift „Simcha“, dass das Gebäude „kleiner als das vorherige“ ausfallen werde. Die neue Synagoge solle ein „kulturelles, wohltätiges, erzieherisches und sportliches Zentrum“ darstellen. Dass damit die ursprüngliche Inneneinrichtung in ihrer Gesamtheit ebenso hinfällig sein dürfte wie im speziellen die einstige Orgel, die den neuen orthodoxen Nutzern als ein Frevel erscheinen muss, ist evident. Die beschriebenen Funktionen belegen die Absicht, die kleine jüdische Gemeinschaft weiter von ihrer nichtjüdischen Umgebung abzugrenzen, was zwar ganz ostjüdischer Tradition entspricht, aber dem Wesen der heutigen Vielvölkerstadt Königsberg zuwiderläuft. Hier dürfte es sicher noch zu einigen Auseinandersetzungen kommen. Auf jeden Fall werde, so versicherte Schwedik, die Fassade der Synagoge „in ihrer ursprünglichen Form“ rekonstruiert. Man darf daher hoffen, dass zumindest ein Teil der architektonischen Außenwirkung des früheren Bauwerks wiederhergestellt werden kann. Dass angesichts der unverkennbaren Disharmonien und der geringen Zahl aktiver Gemeindemitglieder in gleicher Weise an die sozialen und kulturellen Außenwirkungen der ehemaligen Neuen Synagoge angeknüpft werden kann, die sich über lange Jahre erfolgreich in ihre andersgläubige Umgebung einzubinden wusste, muss man indes leider bezweifeln. *Thomas W. Wyrwoll*

MELDUNGEN

Siegfried Lenz geehrt

Lyck – Siegfried Lenz erhielt auf Vermittlung des zuständigen Kreisvertreters Gerd Bandilla die Ehrenbürgerwürde seiner Geburtsstadt Lyck [Elk]. Trotz seines hohen Alters war der Schriftsteller persönlich nach Lyck angereist, um die Ehrung entgegenzunehmen. Es war der erste Besuch seiner Geburtsstadt seit 67 Jahren. Die Ehrenbürger-Urkunde erhielt der Künstler aus der Hand des Stadtpräsidenten Tomasz Andrukiewicz. Außerdem wurde ihm der „Goldene Laur“ der Ermländisch-Masurischen Universität Allenstein verliehen. Zusätzlich erhielt Siegfried Lenz das Verdienstabzeichen der Ermländisch-Masurischen Woiwodschaft durch Vize-Marschall Jacek Protas. Die Laudatio hielt der polnische Journalist und Publizist Adam Krzeminski. Von allen Rednern wurde der heute in Hamburg lebende Kulturschaffende als bedeutende Persönlichkeit der deutsch-polnischen Versöhnung bezeichnet und insbesondere sein Buch „Das Heimatmuseum“ gewürdigt. Anwesend waren auch der deutsche Botschafter in Warschau, Rüdiger Freiherr von Fritsch, und die Konsulin Gabriele Neumeier aus Danzig. Bandilla gratulierte Lenz und überreichte ihm ein Buch mit alten Ansichten von Lyck. Die in dieses Buch hineingeschriebene Widmung lautet: „Die Kreisgemeinschaft Lyck gratuliert Herrn Siegfried Lenz ganz herzlich zur Verleihung der Ehrenbürger-Würde der Stadt Elk.“ *G.B.*

Der Botschafter lud zum Konzert

Wilna – Matthias Mülmenstädt, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Litauen, und seine Frau Sylvi hatten aus Anlass des diesjährigen Tages der Deutschen Einheit und des 20. Jahrestages der Wiederaufnahme der deutsch-litauischen diplomatischen Beziehungen für den 3. Oktober in die Litauische Nationale Philharmonie in Wilna zu einem Konzert mit anschließendem Empfang eingeladen. Der Monteverdi-Chor Hamburg unter der Leitung von Gothart Stier und der staatliche Chor „Vilnius“ unter der Leitung von Povilas Gylys führten Werke von Claudio Monteverdi, Felix Mendelssohn Bartholdy, Johann Sebastian Bach, Johannes Brahms, Stasys Simkus, Mikalojus Konstantinas Ciurlionis und Franz Liszt auf. Gemeinsam sang man die litauische und die deutsche Nationalhymne. Der deutsche Botschafter hielt eine kurze Ansprache auf Deutsch und Litauisch, obwohl er doch erst seit vier Wochen im Land ist. Beide Chöre sangen klangvoll und stimmgewaltig. Es war ein Hochgenuss. Die rund 600 geladenen Gäste spendeten langanhaltenden Applaus. Beim anschließenden Empfang lernten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM) wieder interessante Menschen kennen und frischten alte Beziehungen auf. *K.G.*

Mit Pauken und Trompeten eingeweiht

Neuer Park in Heiligenbeil – Verwaltung bemüht sich systematisch um die Verschönerung der Kreisstadt

In der Kreisstadt Heiligenbeil [Mamonowo] wurde ein kleiner Park neu angelegt. Als Standort hierfür hatte man sich seitens der Stadt einen Platz ausgesucht, der sich in unmittelbarer Nähe zur Ruine der evangelischen Kirche befindet und der auch einen sehr schönen Blick Richtung Jarft zu bieten hat. Im Zentrum dieser Neuanlage befindet sich ein Rondell, das von einer kleinen Mauer umgeben ist. Der Platz ist gepflastert, und in der Mitte dieses Platzes befindet sich ein Arrangement aus Steinen und sehr schön bepflanzten Beeten.

Mit einer Einweihungsfeier wurde der kleine Park offiziell seiner Bestimmung übergeben. Es waren zahlreiche Einwohner der Stadt erschienen, um an dieser Einweihung teilzunehmen. Zur Feier des Tages spielte eine Musikkapelle auf, und auch eine Folkloregruppe trug zum feierlichen Rahmen der Eröffnung bei. Mit dem Durchschneiden des Bandes, das von zwei festlich gekleideten kleinen Mädchen gehalten wurde, wurde der Park der Öffentlichkeit übergeben. Außerdem wurden von Bürgermeister Alexeij Zaliwatskij, dem ehemaligen Bürgermeister Oleg Schlyk und der örtlichen Heimatforscherin Genna Lebedintzew einige Kiefern gepflanzt, die diesen Park noch weiter verschönern werden.



Spielte zur Feier auf: Örtliche Musikkapelle Bild: Schulz

Nachdem sich das Stadtbild von Heiligenbeil in den letzten Jahren durch Renovierungen der Häuser und Erneuerungen der Straßen sehr positiv verändert hat, begrüßt es die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, dass man für diesen neu geschaffenen Park die Nähe zur alten Kirchenruine gewählt hat. Das zeigt sehr deutlich, dass die Administration der Stadt auch weiterhin große Anstrengungen unternimmt, das Aussehen der Stadt weiterhin zu verbessern. *Brunhilde Schulz*

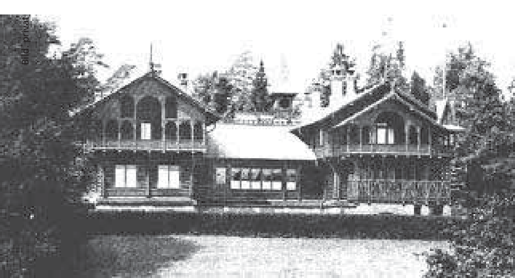


Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wenn ich im Augenblick Selbstgespräche halte, so liegt das an fehlenden Partnern, nicht im Allgemeinen sondern im Besonderen, denn ich führe die Monologe in Platt, in der niederpreußischen Mundart meiner Heimat. Für einen unverhofften Zuhörer mag es schon seltsam klingen, wenn ich da vor mich hin brabbel: „Oaber joa doch, gewess, eck sie doch nich dammlich ...“, aber Letzteres würde er wohl von mir glauben. Da müsste ich ihm doch erklären, dass ich im Augenblick die plattdeutschen Dialoge eines Buchmanuskriptes prüfe, das in der Rominter Heide spielt. Der Verfasser, der sich längst als Autor einer stattlichen Reihe von Büchern über dieses berühmte ostpreußische Jagdgebiet einen Namen gemacht hat, trat mit diesem Wunsch an mich heran. Denn Dr. **Andreas Gautschi** lebt zwar in der Rominter Heide, aber er stammt nicht von dort, sondern aus der Schweiz. Er studierte Forstwirtschaft in Zürich, promovierte in Göttingen und ging dann in die Rominter Heide, die ihn nicht mehr losließ. Dr. Gautschi dokumentiert die Forst- und Jagdgeschichte Preußens, forstwissenschaftlich fundiert und glänzend geschrieben, und verfasst Biografien über die Forstleute, deren Namen mit Rominten untrennbar verbunden sind. Seit im Jahr 1999 sein erstes Buch „Rominten – gestern und heute“ erschien, ist die Reihe auf 14 Veröffentlichungen angewachsen. In den nächsten Wochen erscheint seine Biografie über den Forstmeister **Gustav Freiherr von Nordenflycht**, der von 1877 bis 1893 Oberförster in Szittkehmen war. Sie enthält laut Untertitel „jagdliche und andere Streiflichter aus dem Leben eines Königlich Preußischen Forstmeisters“, was besagt, dass auch der „neue Gautschi“ ein facettenreiches Zeitbild bietet.

Aber nun ist Nr. 15 dran, liegt bereits als Manuskript vor und verspricht, die Reihe um ein anekdotenreiches Kapitel Rominter Forstgeschichte fortzusetzen. Handelt es sich schließlich um den „**Heiligen Paul**“, wie der hugenottische Name des Forstmeisters **Fritz von Saint Paul** in der Rominter Heide „eingedeutscht“ wurde. Und da in seinem Bereich, dem Königlich Nassawenschen Forst, die Menschen plattdeutsch sprachen, hat Andreas Gautschi viele Dialoge in Mundart geschrieben – und das als Schweizer. Natürlich hat er sich beraten lassen, aber weil er sich stets um größtmögliche Authentizität bemüht, wandte er sich an mich und bat um Überprüfung der plattdeutschen Texte. Und da meine Mutter aus der Stallupöner Gegend stammt und mir die Mundart jener Gegend vertraut ist, habe ich die Überarbeitung übernommen. Daher die Monologe, denn beim Sprechen erkennt man leichter die Fehler als beim Schreiben, das sowieso schwierig ist, denn es gibt keinen „Duden“ für das ostpreußische Platt. Das habe ich schon als 19-Jährige erfahren, als mein erstes Buch „De Läwensstruss“ bei Holzner-Tilsit herauskam. Zum Glück stand mir damals ein erfahrener Ratgeber Professor **Karl Plenzat** zur Seite, und was ich von ihm lernte, habe ich bis heute nicht vergessen.

Und ausgerechnet dieses Erstlingswerk hat sich der russische Literaturfreund aus meiner Heimatstadt **Ilya**, der mich kürzlich besuchte, zur Übersetzung ausgesucht, um es neben anderen als „Bandchen“ herauszubringen. Die alten, in der Familie überlieferten Märchen, die meine Mutter mir erzählte und die ich weitergeben wollte, haben ihm so gefallen, weil sie in der ursprünglichen Natur spielen. Er selber wohnt in der Nähe vom Max-Aschmann-Park und „da gebliebene Natur kann immer einen Rat geben“. Zuerst will er aber meinen Rat, denn er kommt natürlich mit der Übersetzung nicht zurecht. Wie ich ihm da helfen kann – jedenfalls nicht in dem zeitaufwändigen Rahmen, den er vorschlägt – weiß ich noch nicht.



In der Romenter Heide: Das kaiserliche Jagdschloss Bild: Archiv

Vorschläge sind immer gut, aber eben nicht immer nachvollziehbar. So dürfte auch die Vorgabe von Frau **Elke Schwenzfeier** aus Wülfrath, im *Ostpreußenblatt* eine weitere ständige Rubrik in plattdeutscher Sprache einzurichten, nicht zu verwirklichen sein. Sie hält auch schon einen Titel bereit: „Dat Sonnke schient op Platt weltweit“. Das klingt gut und für mich sehr verlockend, aber wir müssen bedenken, dass der Kreis der Leserinnen und Leser, die noch reines Platt sprechen – und es schreiben können! – immer enger wird. In Ostpreußen wurde es ja auch nicht überall gesprochen, das habe ich schon als junge Schriftstellerin bei meinen Lesungen gemerkt. Noch kürzlich wurde ich von einer masurischen Freundin gebeten, eines meiner plattdeutschen Gedichte in Hochdeutsch umzuschreiben, sie könnte es sonst nicht vortragen. Ich tat es, aber es war nicht mehr das ursprüngliche Poem, es hatte seine Eigenart verloren. Hier und heute kann ich das Thema nicht so intensiv behandeln, wie es angebracht wäre, aber ich bleibe am Ball. Und werde erst mal weiter in unserer Familien-Kolumne ab und zu „ e betke Platt schabbern“.

Na, machen wir's doch gleich. „Vertellkes“ nennt man bei uns die kleinen amüsanten Histörchen, die anderswo im Niederdeutschen „Döntjes“ heißen. Und in denen es nicht immer so ganz ehrlich zugeht wie in der von dem mutigen Bauern, der sich in einer kalten Winternacht beim Heimgang vom Krug unverhofft einem Riesenwolf gegenüber sieht. Keine Flinte, kein Messer, nuscht zur Verteidigung des Ungeheuers, das weit den Rachen aufreißt, um ihn zu fressen. Nicht unsern tapferen, von etlichen Grogs gestählten Mann, der sich später noch einmal zurück im Krug vor den staunenden Mannslied pörscht: „Eck möt de Fuust rin en sin Muul on dorch sinem Buuk gegrapscht, bet eck dem Zoagel packe kund. Dänn hebb eck dat Beest eenfach omgedrellt. Doa mussd de Wulff ömmer no buute biete on vonne Stell käm he ook nich mehr!“ Klingt nach Münchhausen und ist es wohl auch – oaber vertellt ward de Geschicht tohuus, on dat is woahr!

Und damit habe ich einen schönen Übergang zu unserer nächsten Geschichte und die ist auch wahr, nämlich der Ritt einer nachgeborenen Ostpreußin auf der Kanonenkugel, die das Münchhausen-Denkmal in Luisenwahl in Königsberg ziert. Frau **Brunhilde Krüger** aus Hamburg hat davon ein Foto aufgenommen, es zeigt ihre Tochter **Milena** bei diesem Ritt während eines gemeinsamen Besuches von Frau Krügers Heimatstadt. Wie in der *PAZ/Das Ostpreußenblatt* in Folge 41 beschrieben, ist das Münchhausen-Denkmal ein beliebtes Fotomotiv, und als solches ließen es sich auch Mutter und Tochter Krüger auf ihrer Königsberg-Reise im Jahr 2009 nicht entgehen. Als nun Frau Brunhilde den Artikel über den Lügenbaron las, übersandte sie uns dazu eine kleine Geschichte – eine echte, denn sie ist in einem Briefwechsel mit dem Münchhausen-Museum in Bodenwerder belegt. Frau Krüger hatte das Bild an den Museumsleiter geschickt, aber es kam leider keine Reaktion. Keine Bestätigung oder Rücksendung – nichts. Frau Krüger schrieb dann im Juni vorigen Jahres noch einmal nach Bodenwerder und diesmal erhielt sie eine Antwort. Der Museumsleiter teilte ihr mit, dass er das Foto erhalten und unter „Russland“ archiviert hätte – und damit hatte es sich. Er entschuldigte sich, dass damals der Kontakt mit Königsberg aus mehreren Gründen nicht habe fortgeführt werden können, er wollte nun das Foto mit Milenas Ritt auf der Kanonenkugel im Museum ausstellen. Das dürfte er dann auch getan haben. Übrigens: Brunhilde Krüger hat auf jener Reise auch ihr Elternhaus in der Stägemannstraße 44A wiedergefunden, das sie als Dreijährige verlassen musste. In der Luisenkirche, in der ihre Eltern geheiratet hatten, wurde sie getauft.

Auch Herrn **Eberhard Wever** aus Hamburg hat unsere Ostpreußische Familie wieder zurück in die Heimat geführt. Als er in Folge 41 die Erinnerung von Frau **Ursula Schäning-Dumke** an den steinernen Bartel aus Barten las, dachte er sofort an seine Heimatstadt Bartenstein, zumal in dem Bericht auch die bekanntesten Steinfiguren erwähnt wurden, der Bartel und die Gustebalde, die sich in Bartenstein befanden. Sie sind fest in seiner Kindheit verankert, denn sein Vater, Dr. **Friedrich Wever**, war Landrat des Kreises Bartenstein von 1930 bis zu dessen Kriegstod Ende 1944. „Es ist schon berührend, einmal wieder den Namen ‚Bartenstein‘ in unserer Zeitung zu lesen“, schreibt Herr Wever und fügt sehr liebe, anerkennende Worte über die Arbeit an meiner Ostpreußischen Familie hinzu, für die ich herzlich danke. Das tut schon sehr gut, denn manchmal drohen einen die immer schwieriger werdenden Fragen zu überrollen, zumal die meisten ein aufwändiges und sorgfältiges Recherchieren benötigen, weil die oft bruchstückhaften und fehlerhaften Angaben dies verlangen. Herr Wever hat sich gleich mit Frau Schäning-Dumke in Verbindung gesetzt und ihr Schilderungen seiner Kenntnisse übermittelt. Er selber musste als Elfjähriger Rastenburg verlassen, als seine Mutter mit ihren vier Söhnen am 21. Januar 1945 zur Flucht aufbrach. Über das letzte Weihnachtsfest zu Hause hat Herr Wever in seiner Autobiografie „Abends stell ich die Fragen“ geschrieben und mir daraus einen Auszug zugesandt. Auch dafür meinen besten Dank, lieber Herr Wever.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Ein Buch sucht Herr **Hans-Otto Biedenkapp** aus 35305 Grünberg, das er bisher nicht bekommen konnte. Allerdings ist es fraglich, ob es überhaupt in deutscher Sprache erschienen ist, denn es handelt sich um die Anthologie „Lebensläufe 1945–1956“, die von dem polnischen Autor **Bohdan Lukaszewicz** unter dem Titel „Zyciorysy 1945–1956“ herausgegeben wurde. Herr Biedenkapp wurde auf dieses Buch aufmerksam, als er las, dass Frau **Hanna Schoenherr** Vorträge hält, die sich auf die von dem Autor geschilderten Schicksale von in der Heimat verbliebenen Ermländern stützen. Falls es keine deutsche Ausgabe gibt, so müssten doch Übersetzungen vorhanden sein, meint Herr Biedenkapp und bittet um Hinweise, wo er diese erhalten könnte. (Hans-Otto Biedenkapp, Langer Weg 10 in 35305 Grünberg, Telefon 06401/903860, Fax 06401/903861)

Nicht immer ist es das Internet, in dem die Suchenden fündig werden. Oft sind es Nachlässe von Verstorbenen, in denen sich ein Hinweis auf ihre Herkunft findet, der für manchen Familienforscher eine neue Quelle erschließt. Das ist manchmal nur ein Brief, eine Notiz oder ein Zeitungsausschnitt, die in ein Buch gelegt und vergessen wurden. Auch Herr St. aus Hofheim war sehr überrascht, als er einen Ausschnitt aus einem alten *Ostpreußenblatt* fand, der ihm für seine Familienforschung wichtig erscheint. „Spät, sehr spät gelangte er in meinen Besitz“, wie er mit leichtem Bedauern schreibt. Der Ausschnitt zeigt eines der damals in jeder Folge erschienenen „Erinnerungsfotos“, die von Lesern eingesandt wurden und bei denen es sich zumeist um Klassenbilder handelte. In der Folge 30 vom 27. Juli 1974 war es das Erinnerungsfoto 478, das 1929 von einer Klasse der Cäcilienschule Tilsit mit ihrer Klassenlehrerin Fräulein **Toni Stawitz** gemacht wurde. Es war von einer Frau **Charlotte Woll** eingesandt worden, die anscheinend zu den abgebildeten Schülerinnen gehörte. Das Original wurde nach dem Abdruck an die Einsenderin zurückgegeben, deshalb können wir die Bitte des Herrn aus Hofheim nach Überlassung einer Kopie auch nicht erfüllen. Ob die damalige Einsenderin diese Zeilen liest, ist fraglich, aber vielleicht befindet sich das Foto oder eine Kopie in einem Erinnerungsbuch oder in einer Chronik. Genauso wichtig – vielleicht sogar noch wichtiger – wären für den Schreiber aus Hofheim die Lebensdaten der Klassenlehrerin Toni Stawitz. Der Wunsch dürfte ja erfüllbar sein, wenn eine Schulchronik der Cäcilienschule oder andere Unterlagen existieren. Zuschriften bitte an die Ostpreußische Familie.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Deutsch-polnische Koproduktion für den Gabentisch

Arno Herzig und Małgorzata Ruchniewicz haben ihrer großen Monografie eine »Kleine Geschichte des Glatzer Landes« folgen lassen

Zwischen dem schlesischen Riesengebirge und dem mährischen Altvatergebirge, also im Zuge der Sudeten und rund 90 Kilometer von Breslau entfernt, liegt ein Fleckchen Erde, das wurde nicht nur von seinen Bewohnern einst „Herrgottsländchen“ genannt. Es ist die Grafschaft Glatz. Ringsum von Bergen eingebettet, hat diese mit etwa 1635 Quadratkilometern Fläche einem schlesischen Herzogtum entsprechende Landschaft schon über ein Jahrtausend hin eine sehr eigenständige, interessante Geschichte.

Sie ist schon groß herausgekommen, diese „Geschichte des Glatzer Landes“. Gemeint ist das umfangreiche Buch mit diesem Titel. Es erschien im Jahr 2006 gleichzeitig als deutsche und als polnische Ausgabe im Hamburger DOBU-Verlag und in Breslau. Der 1937 in Albendorf in der Grafschaft Glatz geborene und nun in Hamburg lebende emeritierte Professor Arno Herzig und die 1970 in Habelschwerdt [Bystrzyca Klodzka] geborene und an der Breslauer Universität tätige Historikerin Małgorzata Ruchniewicz haben gemeinsam diese umfassende Geschichtsdarstellung erarbeitet. Nachdem die deutsche Auflage nahezu vergriffen ist, ermunterte der Verleger Alfred Theisen das Autorengespann, dem großen Band eine „Kleine Geschichte des Glatzer Landes“ folgen zu lassen. Die Nachfrage in seiner „Schlesischen Bücherstube“ in Görlitz hatte diesen Gedanken bei Theisen reifen lassen. Mit Erfolg.

Er ist Jahrgang 1937, sie 33 Jahre jünger

Der deutsche Professor und die polnische Historikerin setzten sich noch einmal zusammen, überarbeiteten pfleglich ihre Beiträge, rafften das nicht ganz so Wichtige, verkleinerten den umfangreichen Bildteil und kürzten den Anhang; kurzum: Sie dampften die 594 Seiten ihres großen Bandes zu einem handlichen Format mit 82 Seiten ein.

Dennoch sind alle historischen Daten behandelt – von der ersten Erwähnung des Glatzer Landes um 981 n. Chr. über die Zeit der böhmischen Könige, die im frühen 13. Jahrhundert die deutschen Siedler ins Land holten, von den wechselvollen Jahren unter schlesischen Piastenfürsten über die habsburgischen und preußischen Epochen bis hin zu den unseligen zwölf Jahren Nationalsozialismus. Der kirchlichen Geschichte sind beispielsweise mit Arnestus von Pardubitz als erstem Prager Erzbischof oder dem barocken Katholizismus, der die Grafschaft zum „Herrgottsländchen“ machte, ebenso Kapitel gewidmet wie der einhergehenden Entwicklung einer hohen Kultur oder wie Krieg und Frieden, Politik und Wirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert.

Die dunklen polnischen Jahre, die 1945/46 mit der Vertreibung und allem Misstrauen gegenüber den Deutschen begannen, die Zeiten von Kommunismus und „Solidarnosc“ und die zu einem besseren Verhältnis gegenüber Deutschland führende „Wende“ sind Beiträge der polnischen Historikerin. Fair und versöhnlich. Das zeigt sich besonders im Schlusskapitel, das vom „Umgang mit dem kulturellen Erbe“ erzählt. Erkennend schreibt Małgorzata Ruchniewicz da: „Man kann nicht unendlich lang in einem Territorium leben, ohne die Geschichte seiner ehemaligen Bewohner zu kennen.“

In diesem Sinne widmen die beiden Autoren in ihrem Vorwort ihr Buch auch „wichtigen Persönlichkeiten, die sich mit der Grafschaft Glatz verbunden fühlen und sich für die deutsch-polnische Verständigung nachhaltig eingesetzt haben, so dass wir heute jenseits aller Ideologien von einer gemeinsamen Geschichte des Landes sprechen können“. Ausdrücklich genannt sind neben zwei Polen die einstigen Grafschafter Georg Wenzel (früher Bad Altheide) und Reinhard Schindler (Bad Landeck), die von Lingen im Emsland beziehungsweise von Essen aus für diese Gemeinsamkeit arbeiten.

Statt 594 nun handliche 82 Seiten

Der Hardcover-Einband zeigt den 1425 Meter hohen Glatzer Schneeberg in abendlichem Licht und auf der Rückseite zu ausführlichen Lebensdaten der Autoren eine Glatzer Rose. Diese auch als „europäische Trollblume“ bekannte gelbe Blüte ist seit jeher ein Symbol der landschaftlich auch heute noch einladenden schlesischen Region. Sehr dienlich ist dafür die auf den Innenseiten des Einbands abgebildete Karte des Glatzer Landes, zuerst mit den deutschen, dann mit den polnischen Ortsnamen.

Insgesamt ist das über den Senfkorn-Verlag in Görlitz zu beziehende Büchlein – und Büchlein ist nicht abwertend gemeint – aus dem einstigen Breslauer Bergstadtverlag Wilhelm Gottlieb Korn, der jetzt in Freiburg im Breisgau und in Görlitz beheimatet ist, von Anmutung und Aufmachung her und mit seinem Preis von 9,90 Euro ein schönes und nützliches Weihnachtsgeschenk. Und dieses nicht nur für die noch lebenden Grafschafter, sondern vor allem als geschichtskundliches Nachschlagewerk für die Nachfolge-Generation. *Karlheinz Mose*

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Thormann, Frieda, geb. **Kämmer**, verw. **Neumann**, aus Hanswalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Tannenburgstraße 93 A, 49084 Osnabrück, am 11. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Sakals, Charlotte, geb. **Stawitz-Stalbert**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenweg 47, 37120 Bovenden, am 6. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Koch, Leni, geb. **Warniak**, aus Sarken, Kreis Lyck, jetzt Wilhelm-Strauß-Straße 78, 41236 Mönchengladbach, am 8. November

Will, Frieda, geb. **Will**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dr.-Leonhard-Nimoy-Straße 11, 74731 Walldürn, am 7. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Binsch, Hans, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Sandfortskamp 18, 48159 Münster, am 8. November

Dombrowski, Otto, aus Burdung, Waplitz, Kreis Neidenburg, jetzt Kardinal-von-Galen-Straße 41, 45711 Datteln, am 7. November

Göstl, Gertrud, geb. **Piasta**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Hagenthalerstraße 99, 89258 Weißenhorn, am 10. November

Lempp, Selma, geb. **Sawatzki**, verw. **Schlösser**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Fasanenstraße 1, 88255 Baienfurt, am 11. November

Raudonat, Fritz, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Allerstraße 15, 45136 Essen, am 3. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barenthin, Erika, geb. **Przyborowski**, aus Treuburg, jetzt Wilhelm-Külz-Straße 15, 14728 Rhinow, am 10. November

George, Gerda, geb. **Drescher**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. November

Bubritzki, Elisabeth, geb. **Schramma**, aus Borken, Kreis Lyck, jetzt Bördestraße 135, 28717 Bremen, am 7. November

Hoogen, Helga, geb. **Haase**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Am Rosenberg 17, 79238 Ehrenkirchen, am 12. November

Nippa, Frieda, geb. **Gallus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Vinzenzweg 27, 48147 Münster, am 1. November

Schattauer, Gerhard, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lindenstraße 22, 51381 Leverkusen, am 8. November

Steger, Ernst-Otto, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Apartado 496, 72000 Puebla, Pue., Mexico, am 7. November

Trautmann, Frieda, geb. **Gawenat**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 11. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Herzog, Rolf, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Ferdinand-Schlufter-Straße 27, 99706 Sondershausen, am 11. November

Kohlhaas, Friedel, geb. **Weissenberg**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 9. November

Krell, Erna, geb. **Buttkus**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Johann-Heermann-Haus, Auf der Schanze 8-10, 33647 Bielefeld, am 7. November

Kudies, Edith, geb. **Ratz**, aus Reuß, Kreis Treuburg, und Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Freudenthalstraße 35, 29640 Schneverdingen, am 10. November

Mett, Franz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 11. November

Naß, Emma, geb. **Rogowski**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Zur Dorfkrone 1, 51674 Wiehl, am 12. November

Prank, Bruno, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Wagnerstraße 17, 32427 Minden, am 8. November

Przyborowski, Herta, geb. **Pfeiffer**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, jetzt bei Rodatus, Pappelstraße 6, 01567 Kitzscher, am 8. November

Schablowski, Eva, geb. **Schoenfeldt**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, jetzt Große Straße 16, 22926 Ahrensburg, am 3. November

Schröder, Magda, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Kurfürstendamm 100, 10709 Berlin, am 7. November

Schulze, Irmgard, aus Usdau, Kreis Neidenburg, jetzt Bertolt-Brecht-Straße 13, 39638 Gardelegen, am 7. November

Sonnendeck, Friedel, geb. **Paulin**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Waldbachstraße 45, 65347 Eltville am Rhein, am 13. November

Spürk, Gertrud, geb. **Eich**, aus Rothenen, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Bruchstraße 33, 50259 Stommeln-Pulheim, am 5. November

Weber, Gertrud, geb. **Borowski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt An der Walkenmühle 5, 46829 Metelen, am 7. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Belgardt, Herta, geb. **Belgardt**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ottendorfer Weg 20, 24107 Ottendorf, am 12. November

Biallas, Martin, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Reifferscheidstraße 3, 50354 Hürth, am 11. November

Bratka, Heinz, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Am Tannenhof 17, 53721 Siegburg, am 11. November

Dinnups, Alfred, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 12. November

Eggert, Elisabeth, geb. **Käding**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, jetzt Brauhof 20, 44866 Bochum, am 11. November

Ewert, Emmi, geb. **Rosenberg**, aus Lauterbach, Kreis Heiligenbeil, jetzt Berliner Straße 27, 49824 Emlichheim, am 3. November

Grusdt, Hans G., aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Papenhorster Straße 52 A, 29336 Nienhagen, am 3. November

Kloss, Hedwig, geb. **Rautenberg**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kastanienweg 21, 72770 Reutlingen, am 7. November

Kuhnke, Gerhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Tangstedter Landstraße 435, 22417 Hamburg, am 4. November

Kummetz, Ruth, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Zum Schäferhof 17 A, 49088 Osnabrück, am 13. November

Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Sülzberg 7, 23843 Bad Oldesloe, am 11. November

Nieswandt, Minna, aus Stolzenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Donaustraße 28, 38120 Braunschweig, am 2. November

Nowatzki, Marta, geb. **Gardinowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Anne-Frank-Straße 2, 19061 Schwerin, am 12. November

Radeck, Paul, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Hummetröther Straße 22, 64732 Bad König, am 10. November

Saretz, Adelheid, geb. **Nowak**, aus Ebenrode, am 8. November

Scherf, Anna, geb. **Kobialka**, aus Seedorf, Kreis Lyck, jetzt Lerchenweg 1, 79312 Emmendingen, am 13. November

Schindler, Frida, geb. **Lemke**, aus Kondehnen, Kreis Samland, jetzt Tiroler Straße 46, 45659 Recklinghausen, am 11. November

Schweiger, Max, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Am Lehstrom 2, 27474 Cuxhaven, am 8. November

Sterzik, Ida, geb. **Klesz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Droysenstraße 13, 10629 Berlin, am 8. November

Stutz, Hildegard, geb. **Gugat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Klosterstraße 16, 16792 Zehdenick, am 12. November

Toplarski, Hildegard, geb. **Skowronek**, aus Lyck, Yorkstraße 16, jetzt Walsroder Straße 1, 28215 Bremen, am 8. November

Toppat, Edith, geb. **Scheffler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Schmokenberg 36, 39539 Havelberg, am 4. November

Weinert, Edith, geb. **Nischk**, aus Lyck, jetzt Kirchstraße 65 A, 13158 Berlin, am 11. November

Wirth, Erna, geb. **Pannwitz**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, jetzt Ernst-Tengelmann-Ring 39, 45259 Essen, am 9. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albe, Ellinor, geb. **Unger**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hauptstraße 65, 38110 Bielefeld, am 7. November

Alshuth, Hans-Jürgen, aus Neuhäuser, Kreis Samland, jetzt An der Gete 96, 28211 Bremen, am 8. November

Betker, Gertrud, geb. **Sütterlin**, verw. **Ziegenhardt**, aus Grünsee, Kreis Lyck, jetzt Thälmannstraße 1, OT Pöthen, 39291 Karith, am 10. November

Bewer, Helene, geb. **Kamutzki**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Deichstraße 47, 47119 Duisburg, am 11. November

Böttcher, Gerda, geb. **Renz**, aus Groß Mischen, Kreis Samland, jetzt Lindastraße 5 A, 39291 Stegelitz, am 11. November

Böttcher, Gerda, geb. **Spang**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. November

Bondzio, Wilhelm, aus Lyck, jetzt Trelleborger Straße 503, 13089 Berlin, am 22. Oktober

Bröhan, Edith, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Mehlandsredder 29 E, 22143 Hamburg, am 10. November

Diesler, Annemarie, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Schemppstraße 85, 70619 Stuttgart, am 9. November

Halas, Hedwig, geb. **Seyda**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Mühlenweg 133, 46483 Wesel, am 10. November

Hartwig, Otto, aus Lyck, jetzt Breiter Weg 23, 25704 Meldorf, am 13. November

Haupt, Gerhard, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, jetzt Leddiner Weg 9, 19866 Kyritz, am 1. November

Herfer, Manfred, aus Lyck, jetzt Götzenmühlenweg 57, 61350 Bad Homburg, am 8. November

Hermes, Renate, geb. **Schwarz**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Hoffnung 7, 42655 Solingen, am 13. November

Honnacker, Irmgard, geb. **Zielasko**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Eigen 1, 45219 Essen, am 10. November

Jäkel, Marta, geb. **Lork**, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, jetzt Emanuel-von-Ketteler-Straße 91, 59229 Ahlen, am 11. November

Knieschewski, Gerhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Brüder-Grimm-Straße 59, 60385 Frankfurt am Main, am 8. November

Listing, Elfriede, geb. **Bogumil**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt 2 Callala Street, Callala Bay / 2540, Australien, am 8. November

Martineau, Martha, geb. **Kullik**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, jetzt 12, rue E. Cousseu, F-85200 Fontenay-Comte, am 13. November

Milkereit, Gerhard, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, jetzt Henri-Dunant-Allee 8, 24119 Kronshagen, am 1. November

Nethe, Waltraut, geb. **Biegay**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Elberfelder Straße 10, 10555 Berlin, am 12. November

Neumann, Herbert, aus Großheidekrug, Kreis Samland, jetzt Platanenallee 8, 77656 Offenburg, am 9. November

Oster, Waltraut, geb. **Zimmermann**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Wettberger Edelhof 37, 30457 Hannover, am 1. November

Pakuscher, Eva, geb. **Nolde**, aus Lyck, Hindenburgstraße 64, jetzt Fritz-Wildung-Straße 22, KWA Stift im Hohenzollernpark, Wohnung 19, 14199 Berlin, am 11. November

Philipp, Edith, geb. **Kasperowski**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, jetzt Knüllkamp 2, 22549 Hamburg, am 7. November

Piotrowski, Irene, geb. **Hintz**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, jetzt An der Mühle 1, 19399 Dobbertin, am 10. November

Ruschke, Ada, geb. **Hoffmann**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Rohrstraße 14 A, 15374 Müncheberg, am 7. November

Sackel, Margot, geb. **Mielenz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Max-Planck-Straße 15, 44652 Herne, am 12. November

Selig, Hilda, geb. **Steinke**, aus Schönwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Appelkampstraße 24, 32549 Bad Oyenhausen, am 10. November

Sonntag, Charlotte, geb. **Naussed**, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, jetzt Feldgasse 29, 98544 Zella-Mehlis, am 5. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bellier de Launay, Ingeborg, geb. **Marquardt**, aus Treuburg, jetzt Hauptstraße 26, 74937 Spechbach, am 11. November

Blask, Elfriede, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Julius-Becker-Straße 28, 69181 Leimen, am 12. November

Burgfels, Hedwig, geb. **Komm**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Hans-Löscher-Straße 5, 39108 Magdeburg, am 12. November

Elter, Irmgard, geb. **Mantei**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hochwaldstraße 9, 78628 Rottweil, am 7. November

Hoffmann, Lilli, geb. **Maurer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. November

Gummelt, Waltraut, geb. **Gudurat**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Uhlandstraße 64, 12305 Berlin, am 4. November

Haußmann, Sabine, geb. **Luschei**, jetzt Feuerbachstraße 58, 65428 Rüsselsheim, am 11. November

Kautz, Elisabeth, geb. **Penk**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Frankfurter Straße 6 D, 49214 Bad Rothenfelde, am 10. November

Kobus, Lucie, geb. **Streuer**, aus Hortlauken, Kreis Samland, jetzt 04626 Heukewalde, am 9. November

Koschorrek, Werner, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Ring 25, 24398 Karby, am 8. November

Kulczewski, Irmgard, geb. **Pawlzick**, aus Lyck, Dallnitzweg 4, jetzt Fasanenallee 6/28, 66740 Saarlouis, am 9. November

Lichtenstein, Karl, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Hirnsberg 57, 83093 Bad Endorf/Simsee, am 8. November

Mittag, Ingelore, geb. **Bendrien**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Kohlenstraße 73, 01189 Dresden, am 8. November

Müller, Lydia, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Heidelberger Straße 171, 74080 Heilbronn, am 11. November

Nötzig, Edith, geb. **Langecker**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Westendstraße 2, 63225 Langen, am 10. November

Oldak, Ruth, geb. **Grigo**, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt OT Liblar, Am Ludwigsacker 10, 50374 Erftstadt, am 11. November

Paschkowiak, Hannelore, geb. **Kaiser**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt RRI, K0 l 2R0 Maple Leaf, Ontario, Kanada, am 9. November

Pieniak, Gertrud, geb. **Loymann**, jetzt Holunderweg 33, 53757 Sankt Augustin, am 8. November

Roziewski, Gottfried, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, jetzt Nordertorstiftweg 36, 31582 Nienburg, am 7. November

Ruddies, Kurt, aus Amtal, Kreis Elchniederung, jetzt Jakob-

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2011

5./6. November: OLV in Bad Pyrmont

7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

13. bis 15. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Lüneburg

20. bis 22. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont

25. bis 28. Mai: Musikseminar in Bad Pyrmont

27. Mai: Regionaltreffen Nordrhein-Westfalen, Ort wird noch bekannt gegeben

16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest, voraussichtlich in Allenstein

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 5. November, 20.15 Uhr, RBB: Eine Reise durchs Memelland.

Sonnabend, 5. November, 20.15 Uhr, Arte: Die Deutschen Ordensritter.

Sonntag, 6. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 6. November, 17.15 Uhr, SWR: Die Küsten der Ostsee.

Sonntag, 6. November, 20.15 Uhr, MDR: Der erste Sachse auf dem Königsthron: Heinrich I.

Montag, 7. November, 16.45 Uhr, Phoenix: Windkraft – nein danke?

Montag, 7. November, 20.15 Uhr, N24: Die Schlacht um Stalingrad.

Dienstag, 8. November, 20.15 Uhr, ZDF: Geheimnisse des „Dritten Reichs“: Hitlers Familie.

Dienstag, 8. November, 20.15 Uhr, RBB: Legenden: „Horst Buchholz“.

Mittwoch, 9. November, 15.15 Uhr, NDR: Auf der Kurischen Nehrung.

Mittwoch, 9. November, 21.45 Uhr, BR: Die Mauer – Berlin '61.

Donnerstag, 10. November, 22.30 Uhr, SWR: Liebe an der Macht – Hannelore und Helmut Kohl.

Donnerstag, 10. November, 0.15 Uhr, SWR: Bernsteinland – Ein Todesmarsch in Ostpreußen.

Freitag, 11. November, 20.15 Uhr, Arte: Gewaltfrieden (1/2). Die Legende vom Dolchstoß und der Vertrag von Versailles. – 21.45 Uhr: Gewaltfrieden (2/2). – 23.15 Uhr: Versailles 1919, ein Vertrag und kein Frieden.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Kaiser-Straße 5, 33615 Bielefeld, am 13. November

Salewski, Elisabeth, geb. **Zielonka**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Sportpark 5, 44652 Herne/Wanne-Eickel, am 13. November

Schiffer, Hans-Georg, aus Lucken, Kreis Ebenrode, am 10. November

Schlögel, Toni, geb. **Sabautzki**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 12. November

Schlösser, Walter, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 11. November

Schröder, Christa, geb. **Schön**, aus Laptau, Kreis Samland, jetzt Stoeckhardtstraße 22, 20535 Hamburg, am 11. November

Schrödter, Gerhard, aus Neidenburg, jetzt Kirchhofstraße 20, 14776 Brandenburg an der Havel, am 9. November

Schwarz, Erika, aus Lötzen, jetzt An der Selde 5, 37154 Northeim, am 12. November

Tostmann, Frieda, geb. **Brzezinski**, aus Schrötersau, Kreis Ortelsburg, jetzt Margaretenstraße 41, 31228 Peine, am 11. November

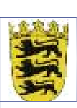
Will, Günther, aus Rippen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Oderstraße 40, 78052 Villingen, am 10. November

Zagermann, Christel, aus Lischau, Kreis Elchniederung, jetzt Seniorenweg 1, 98617 Meiningen, am 3. November

Zalenga, Kurt, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Romualdstraße 5, 88416 Och

Landsmannschaftliche Arbeit

Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 23. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Vortrag von Wolfgang Ignée „Herzogin Anna von Preußen, 1576–1625“.

Buchen – Montag, 7. November, 14 Uhr, Rathaus in Buchen-Hainstadt: Frauen-Nachmittag bei Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 10. November, 15 Uhr, Gasthaus Reichsadler: St.-Martins-Gans-Essen mit Filmvorführung „Herbst in Deutschland“.

Ludwigsburg – Dienstag, 15. November, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch der Gruppe.

Metzingen – **Traditionelles Grützwurstessen als Begegnung mit der Vergangenheit** – Seit über 60 Jahren gehört das Grützwurstessen zum festen Jahresprogramm bei der Metzinger LOW und Pommern. Heinz Scheffler, Vorstand der Landsmannschaft, freute sich bei seiner Begrüßung über den vollen Saal. Liebe geht durch den Magen, Heimat hat auch Geschmack, meinte er. Was man als Kind erfahren hat, bleibt in Erinnerung. Was also einst durch den Magen ging, vermittelt eben auch ein Stück Heimatgefühl, gehört zu dem, was man Heimatliebe nennt. Traditionell treffen sich daher diejenigen, deren Heimat Ost- und Westpreußen und Pommern ist, zum gemeinsamen Grützwurstessen, das mit dem Erntedank verbunden ist. Natürlich kommt auf den Tisch, was auch einst zum Speiseplan gehörte, Grützwurst und Leberwurst, Suppenterrinen mit Wurstbrühe, Salzkartoffeln und Brot. Danach wird das Glück bei einer großzügigen Tombola gesucht und das Tanzbein geschwungen. Scheffler erinnerte an das fröhliche Fest in der Heimat zum Erntedank. Es war Brauch, einen Erntestrauß aus den Ähren der letzten Garben zu machen, er hieß Plon. Bei den Bauern liefen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Der Platz für den Tanz wurde festlich geschmückt, in der Küche wurde eifrig gebraten und gebakken. Dann kam der Zug der Arbeiter auf den Hof, angeführt vom ersten Schnitter mit der Erntekrone, dahinter all die anderen Helfer. Sie gingen bis zur Eingangstür. In wohlgesetzten Worten wurde die Erntekrone übergeben. Der Bauer dankte vor allem Gott für den Segen. Danach bekam jeder einen Schnaps oder einen Likör gereicht und die Festlichkeiten bei Essen, Trinken und Tanz dauerten bis in den frühen Morgen. Seit Verlassen der Heimat vor über 60 Jahren ist die Landsmannschaft bemüht, diese Tradition an Erntedank hier weiter zu pflegen. Heinz Scheffler wies darauf hin, dass die Erinnerung an die Vergangenheit in der Heimat nur dann nicht stirbt, wenn sich die Kinder und Enkel, aber auch die einheimische Bevölkerung für die Kultur und Geschichte der Heimat interessieren. Das fröhliche Fest mit Grützwurstessen war ein gelungener Beitrag dazu.

Reutlingen – Sonnabend, 12. November, 14 Uhr, Zentrum für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: **Herbstfest**. Die LOW Reutlingen lädt alle Mitglieder und die, die sich mit der Gruppe und der verlorenen Heimat verbunden fühlen, herzlich ein. Mit gemütlichen Gesprächen will die Gruppe ihr Wiedersehen beginnen. Das Hauptprogramm gestalten Lm. Peter Hermann und die 1. Vorsitzende Ilse Hunger. Motto: Nach 68 Jahren wieder am Geburtsort Königsberg. Eindrucksvolle Bilder mit Rükkblick auf Vergangenes und Gegenwart. Und weitere Bilder der Heimatreise von Frau Hunger mit ihrem 14jährigen Enkel Simon. Dieses Erlebnis bleibt einer 80jährigen Omi unvergessen. Reisen Sie mit der Gruppe in die unvergessene Heimat. Am 20. November 2011 lädt die Kreisgruppe alle Mitglieder zu einer Gedenkfeier auf den Friedhof Römerschanze, an den Gedenk-Heimatstein, ein. Anschließend Einkehr zu Kaffee und Kuchen im Gasthaus Edelweiß. Die Gruppe bittet um zahlreiche Beteiligung.

Schwäbisch-Hall – Sonnabend, 19. November, ab 15 Uhr, „Im Lindach“, Seniorenstift der Bausparkasse: Um 15 Uhr zeigt Elfi Dominik ihren Film zur diesjährigen Schlesierfahrt, um 18 Uhr wird dann die Grützwurst serviert. Um richtig planen zu können, bittet die Kreisgruppe um telefonische Anmeldung bei Elfi Dominik, Telefon (0781) 72443.

Stuttgart – Donnerstag, 24. November, 17 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Szenische Lesung „Wo die Sonne aufgeht und wo sie untergeht“ der Lyrik-Bühne Esslingen in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Baden-Württembergs anlässlich des 100. Geburtstags des polnischen Dichters und Essayisten Czesław Miłosz. Einem größeren deutschen Publikum ist der Künstler unbekannt geblieben, was verwundert, schließlich hat Miłosz 1980 den Nobelpreis für Literatur bekommen. Es wirken mit Harald Vogel, Johannes Weigle und Elzbieta Drexler-Wierzbowska.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

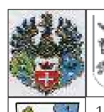
Ingolstadt – Sonntag, 20. November, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Treffen der Gruppe.

Nürnberg – Freitag, 11. November, 15 Uhr, Tucherbräu neben dem Opernhaus: Diabericht von Professor Peter Bungartz „Das Oberland und Masuren“. – Sonnabend, 19. November, Kulturzentrum Ostpreußen im Schloss Ellingen bei Weißenburg: Bunter Herbstmarkt.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



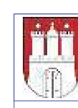

Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 18. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben: Treffen der Gruppen. Auskunft erteilt Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Sonntag, 13. November: Feierstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in der Kapelle des Geestemünder Friedhofs, anschließend Kranzniederlegung am VDK-Ehrenmal zum Volkstrauertag. – Sonntag, 20. November, 15 Uhr, Kapelle des Geestemünder Friedhofs: Feierstunde und Kranzniederlegung am Heimatstein zum Totensonntag.



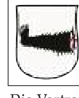
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

KREISGRUPPE



Sensburg – Sonntag, 13. November, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Dia-Vortrag von Lm. Budszuhn über Sensburg und Umgebung 2011.



Heiligenbeil – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg: Die Gruppe feiert ihre Weihnachtsfeier. Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Die Gruppe will gemeinsam, am Sonnabend vor dem ersten Advent, mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem heutigen Königsberg auf das Weihnachtsfest einstimmen. Der Seniorentreff kann mit der Buslinie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hamm Kirche bis Bauerberg erreicht werden. Von dort sind es noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen betragen 5 Euro. Anmeldungen bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis Freitag, 25. November.



Osterode – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Nähe U-Bahn-Bahnhof Ohlsdorf: Weihnachtsfeier der Gruppe. Die Feier beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und musikalischer Begleitung. Gerne können Julklapp-Päckchen mitgebracht werden. Bitte daran denken, dass man auch Verwandte und Freunde mitbringen kann. Über Anmeldungen freut sich das Ehepaar Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Elchniederung – Mittwoch, 30. November, 14 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Ohlsdorf (Nähe Bahnhof Ohlsdorf): Vorweihnachtlicher Nachmittag. Lokal und Uhrzeit sind neu. Die Gruppe möchte mit Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen den Advent feiern. Der Eintritt ist frei, aber ein Päckchen für den Julklapp ist mitzubringen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt – Sonnabend, 12. November, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein: Treffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel stellt Siegfried Kugies sein neues Buch „Der Ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner“ vor, für das er den „Angerburger Kulturpreis“ erhalten hat. – Waltraud Barth hatte den Saal im Kranichsteiner Bürgerhaus am See festlich geschmückt. Zu diesem Treffen waren nicht so viele Besucher gekommen, was die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter Leitner bei ihrer Begrüßung bedauerten. Schröder berichtete, dass die Wallfahrtskirche in Heiligelinde umfassend renoviert worden sei. Das Gleiche soll mit der ehemaligen Bernsteinmanufaktur in Königsberg geschehen. In Tilsit ist ein Gedenkstein für Herzog Albrecht mit zweisprachiger Inschrift aufgestellt worden. Dies sei für das nördliche Ostpreußen recht ungewöhnlich. Leitner berichtete vom „Tag der Danziger“ in Travemünde, der wieder Bekenntnis zur und Gedenken an die Heimat war; aber auch Begegnung und Wiedersehensfreude. Ein Fest mit einem bunten Unterhaltungsprogramm und interessanten Vorträgen von polnischen und deutschen Danzigern. Leitner sprach über seine Kinderlandverschickung von Danzig ins tiefste Ostpreußen (Kreis Treuburg) von 1942-44. E. Balduhn las das Gedicht „Der Traum von der Heimat“. Gerhard Turowski empfahl, Bibel und Zeitung zu lesen und kritisierte die „Antipapstwelle“ als menschenverachtende Ideologie. Anni Oest gratulierte allen, die Geburtstag hatten, mit dem Gedicht „Alt zu werden ist eine Gnade“; Balduhn hatte mit ‚Heute

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

schon gelacht?“ politische Humoresken ausgegraben. Dieter Leitner erinnerte in seinem Vortrag an zwei ostpreußische Cousins, die berühmte Physiker waren. Anlass war die Verleihung des Nobelpreises an Wilhelm Wien, der vor genau hundert Jahren den Nobelpreis erhielt. – Nach diesem trokkenen Thema las Leitner besinnliche Geschichte des 1936 in Masuren geborenen Schriftstellers Herbert Somplatzki. Schröder berichtete über seine erneute Reise nach Königsberg, wo an dem Gedenkstein auf dem ehemaligen Luisenfriedhof für die nach dem Krieg verstorbenen Kinder eine Tafel in russischer Sprache angebracht wurde. Ein zweiter Rosenstock wurde gepflanzt. Die Wiese ist gepflegt und ein Schild „Zur Gedenkstätte“ weist jetzt den Weg. Im seit 15 Jahren bestehenden Deutsch-Russischen-Haus der evangelischen Propstei fand ein Empfang mit russischen Gästen und Pfarrer Grimoni aus Duisburg, Nachfolger von Propst Löber, statt. – In Königsberg wird viel gebaut, aber in den Randgebieten sieht es noch wüst aus. In den vergangenen 66 Jahren ist dort so gut wie nichts geschehen.

Frankfurt am Main: – Am 19. Oktober traf sich die Gruppe zu einem geschichtlich-kulturellen geselligen Nachmittag. Erzählungen über den Erntedank in der Heimat. Die Vorsitzende Gerlinde Groß richtete das Augenmerk auf die Einwanderung der Salzburger Glaubensflüchtlinge 1732 nach Ostpreußen. Besonderes Interesse fand Friedrich Wilhelms I. Verhalten. Der Preußenkönig tat seinem Kaiser einen großen Gefallen, indem er mit der Aufnahme dieser Flüchtlinge eine anrüchige Sache aus der Welt schaffte. Auf dem Reichstag in Regensburg geriet der Salzburger Gesandte unter erheblichen Druck, um die Vorgehensweise Kaiser Karls VI. und seines Erzbischofs gegen die Protestanten zu rechtfertigen. Nachdem der Preußenkönig sich im November 1731 durch eine Prüfung der Neuankömmlinge davon überzeugt hatte, dass es sich bei ihnen um gute Lutheraner handelte, erließ er am 2. Februar 1732 ein Einladungspatent. Als die Salzburger im April in Potsdam eintrafen, zeigte sich der König tief bewegt und rief ihnen zu: „Kinder, ihr sollt es gut haben bei mir.“ Diesem Versprechen ließ er Taten folgen, indem er ihnen, nun preußische Untertanen, Vergünstigungen gewährte. In der LOW-Gruppe entstand mit diesen Informationen eine lebhafte Diskussion über die eigene Herkunft, da bekanntlich jeder vierte Ostpreuße von den Pongauer Bergbauern im Salzburger Land abstammt.

Gelnhausen – Landesvorsitzender der Ost- und Westpreußen Dietmar Strauß gestorben. Er wurde am 31. Oktober beigesetzt. Die Landesgruppe Hessen sowie alle angeschlossenen Kreisgruppen der Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen, trauern um Dietmar Strauß. Als langjähriges Mitglied, nicht nur der Landsmannschaften, sondern auch im BdV, prägte Strauß die unter seinem Vorsitz geführten Vereine. Er war geschätzt und anerkannt. Von einem auf den anderen Tag verließ er seine Angehörigen und die Mitglieder der Vereine, denen er mit seiner Energie seinen Stempel aufdrückte. Die LOW möchte die Verdienste von Dietmar Strauß würdigen und in einem kurzen Nachruf seiner gedenken. Am 24. November 1939 wurde Dietmar Strauß in Königsberg geboren. Ihm ist es wie vielen Menschen ergangen, als er mit der Familie im Februar 1945 in den Westen flüchten musste. Neuanfang und Karriereaufbau brachten es mit sich, dass er aus beruflichen Gründen 1970 schließlich in Lampertheim sein Domizil fand. Die Heimat hatte er aber nie aus dem Blickfeld verloren und war jahrelang aktives Mitglied in der Vereinigung der Jugend des deutschen Ostens. Als in Heppenheim 1985 die Landsmannschaft der Ostseedeutschen gegründet wurde, war er natürlich auch dabei. Er kam 1986 in den Vorstand und gestaltete die Landsmannschaft der Ostseedeutschen entscheidend und tatkräftig mit. Seine Mitarbeit und seine Ideen waren gefragt. Erste Reisen nach Süd-Ostpreußen führte er 1986/87 durch, bei denen er viele Hilfstransporte begleitete. Als Getreidekaufmann nutzte er seine Beziehungen und sammelte allerlei Lebensmittel, die den Menschen in der Heimat über viele Klippen hinweghalfen. Große Freude darf man Dietmar Strauß unterstellen, wenn er sich bei Aufführungen mit historischem Hintergrund von Bräuchen Ostpreußens engagierte. Viele denken dabei an die Mitgestaltung der Ostseedeutschen Woche in Heppenheim. Es blieb ihm vorbehalten auch weiterhin viele Veranstaltungen zu organisieren, bei denen an die kulturellen Leistungen von Menschen aus den deutschen Ostgebieten erinnert wurde. Dietmar Strauß bildete sich auch weiter und verbrachte viel Zeit bei Seminaren und trat als Referent bei Vorträgen selbst auf. Seine bis zuletzt engagierte Arbeit weist noch viele weitere Stationen auf, die er maßgeblich mitgestaltete und beeinflusste. Dazu gehört auch die leider sehr kurze Zeit als Vorsitzender der LOW, für die er die Organisation von Kulturtagen übernahm, und immer hervorragende Referenten fand. Sein Engagement für Hilfe war unbegrenzt, wobei eine Hilfslieferung aus jüngster Zeit zu erwähnen ist. Er sammelte Möbel und transportierte diese in die von den Überschwemmungen heimgesuchten Gebiete an der Oder. Darüber berichtete sogar das Fernsehen. Als BdV-Vorsitzender der Ortsgruppe Lampertheim hinterlässt Dietmar Strauß ebenfalls eine Lücke. Getrieben von seiner eigenen Vorstellung, dafür zu sorgen, dass Europa zusammenwächst, baute er viele Jahre überzeugend Brücken und sorgte für Verständigung und friedliche Nachbarschaft. Dietmar Strauß hinterlässt eine große Anzahl von Menschen, denen er mit seiner Energie und seinem Willen einfach fehlen wird.

Eberhard Traum

Hanau – Der Bund der Vertriebenen der Kreisgruppe Hanau feierte wie alljährlich in der Sandelmühle das **Erntedankfest**. Etwas über 100 Mitglieder und Gäste saßen an festlich geschmückten Tischen. Die BdV-Vorsitzende Edeltrud Bartels begrüßte die Gäste und die Ehrengäste. Kulturreferent Hans Preißler moderierte das Programm, das er auch zusammengestellt hatte. Die Großauheimer Musikanten spielten abwechselnd mit dem Büdesheimer Gesangsquartett bekannte Lieder aus den Ostgebieten. Hans Preißler sprach über das Erntedankfest und frühere Ernten. Frau Preißler rezitierte das Gedicht „Oktober“. Dorle Wein berichtete über einen lustigen Besuch in Königsberg. Kurt Trepesch las in Egerländer Mundart „Erntedank“. Der Kulturbeauftragte Klaus Remer hielt die Festrede über den Begriff Heimat. Der Landesvorsitzende Alfred Herold, der in Begleitung von Peter Jorenda gekommen war, überbrachte Grußworte aus Wiesbaden und sprach über die erste Zeit nach dem Krieg. Sein Schlusssatz lautete: „Die Heimat lebt, solange wir es wollen.“ Nach einigen weiteren Musikstücken und einem von Frau Preißler vorgetragenen Herbstgedicht beendete Frau Bartels die Veranstaltung mit Dank an alle Anwesenden, insbesondere an die Helfer und Vortragenden. – Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich weiterhin an jedem 2. Mittwoch um 15 Uhr im Café Menges. Am Sonnabend vor Totensonntag, dem 19. November treffen sich die Frauen um 14 Uhr am Mahnmal der Vertriebenen, um zum Gedenken an die Verstorbenen Kerzen anzuzünden.

Kassel – Dienstag, 1. November, 14.30 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg 28: Treffen der Gruppe. Ab 15 Uhr berichtet Dr. Rolf Sauerzapf, Bundesgrenzschutzdekan a.D. „Warum Deutschland ohne Preußen ärmer ist“. – **Bericht vom Oktobertreffen:** Ruth Barthel gestaltete den Nachmittag mit besinnlichen und heiteren Beiträgen und erinnerte an schöne Herbsttage in Ost-und Westpreußen. Die Gedichte, die sie vortrug, schilderten den Farbwechsel des Laubes und den Abschied vom Sommer. Die Gruppe sang Lieder und hörte eindrucksvolle Geschichten. Beeindruckend war der Text von Hans Graf Lehndorff über die Vorboten des Endkampfes in Ostpreußen, als große Herden herrenlosen Viehs durch das Land zogen. Anschließend erzählte Pfarrer i.R. Scherlies von seiner Reise nach Nordostpreußen. Er hatte jahrelang von seinen Hilfsmaßnahmen dort und seinem Bemühen im Verein „Rat und Tat“ berichtet. Nun waren es fast nur negative Eindrücke. Die Kaufkraft ist gesunken, der Tourismus unterentwickelt. Einige der von ihm besuchten Betriebe sind verkommen. Ein bedeutender Geldgeber für „Rat und Tat“ ist weggefallen. – Eine Woche später traf sich ein kleiner Kreis der LOW Kassel mit dem Leiter der Bahnhofsmission Kassel-Wilhelmshöhe, der bereits im Juni in der Kreisgruppe einen Vortrag über seine Arbeit gehalten hatte. Unter seiner Leitung besichtigte die Gruppe viel Interessantes und Unbekanntes auf dem Bahnhofsgelände und sie wurde anschließend in den Räumen der Bahnhofsmission von den Mitarbeitern zu einem Kaffeestündchen empfangen.

Wiesbaden – Sonnabend, 19. November, 15 Uhr: „Auf den Spuren meiner Wurzeln“. Wiedersehen in der Heimat Masuren. Reisebericht mit Bildern von Irmgard Gethöffer. Schon mehrmals zog es Mitglied Gethöffer zum Geburtsort Fließdorf, Kreis Lyck. Ihr Elternhaus steht noch und auch die Kirche, in der sie getauft wurde.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Sonntag, 13. November, 9 Uhr, Ehrenmahl 1870/71 (neben der Dreikönigskirche): Kranzniederlegung am Volkstrauertag. Die Gruppe trifft sich wie in jedem Jahr, um der gefallenen Soldaten beider Kriege und der Opfer von Flucht und Vertreibung zu gedenken.

Buxtehude – Sonntag, 6. November: Fahrt zum Museumsmarkt ins Ostpreußische Landesmuseum, Lüneburg. 10 Uhr Busfahrt ab Stade, 10.45 Uhr ab Buxtehude, 11 Uhr ab Neu Wulmstorf. Mittagsimbiss im Museum, Besuch Museumsmarkt, Kaffeestunde im Museum, Einkaufsbummel in Lüneburg, 17 Uhr Rückfahrt ab Lüneburg. Teilnehmerpreis für Busfahrt und Eintritt 15 Euro pro Person. Informationen unter Telefon (04141) 44556 oder (04161) 87918.

Osnabrück – Dienstag, 22. November, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 10. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Treffen der Gruppe. An diesem Nachmittag zeigt Joachim Berg Filme aus dem „Schatzkästchen Ostpreußen“. Auch interessierte Gäste aus nah und fern sind herzlich willkom-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18




Wir trauern um unseren Vorsitzenden
der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen
Landesgruppe Hessen

Dietmar Strauß

∗ 24. 11. 1939 Königsberg i. Pr. † 22. 10. 2011 Lampertheim

Seiner ostpreußischen Heimat fühlte er sich aktiv verpflichtet.

Für seine langjährige verdienstvolle Mitarbeit sind wir dankbar
und werden ihn immer in guter Erinnerung behalten.

Geschäftsführender Vorstand der LOW-Hessen

Kuno Kutz, Landesschatzmeister
Waltraud von Schaewen-Scheffler, Stv. Landesvorsitzende
Manfrid Baaske, Landesschriftführer



*Mühe und Arbeit war Dein Leben,
Ruhe hat Dir Gott gegeben.*

In Liebe und Dankbarkeit müssen wir nach einem erfüllten und von Fürsorge für die Familie bestimmten Leben Abschied nehmen von unserer Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Lisbeth Kiekel

* 26.4.1922 in Eisselbitten (Samland/Ostpr.) † 22.10.2011

In tiefer Trauer

**Dietmar und Marlis
Walter und Monika
Siegfried und Angela
Marieanne und Peter
Renate und Wolfgang**

**sowie die Enkel und Urenkel
Bianca, Torsten, Andreas,
Bastian, Stefan
Maximilian, Julian, Louisa, Jannik**

21614 Buxtehude, Gartenstraße 11

Trauerfeier und Beisetzung auf dem Waldfriedhof in Buxtehude haben bereits stattgefunden.

Weinet nicht, ich hab es überwunden, bin befreit von meiner Qual,
doch lasst mich in stillen Stunden bei euch sein so manches Mal.

Im gesegneten Alter von 97 Jahren rief Gott der Herr heute unseren lieben Vater, Schwiegervater, Opa und Onkel

Helmut Dobrileit

∗ 17. 2. 1914 † 24. 10. 2011

zu sich in den himmlischen Frieden.

In liebevoller Erinnerung:
**Frank und Susanne
mit Katharina, Raoul,
Charlotte und Luisa
Ralf und Karin
Helmut und Marlene
mit Daniel und Dennis
und alle Angehörigen**

49716 Meppen, den 24.Oktober 2011
Spiek 14
Traueranschrift: Ralf Dobrileit, Götscher Weg 24, 40764 Langenfeld



*Wir gingen einen langen Weg gemeinsam,
aber er war doch zu kurz.*

Kurt Skrotzki

∗ 8. August 1922 Petersgrund / Kreis Lyck † 24. Oktober 2011 Langenfeld / Rheinland

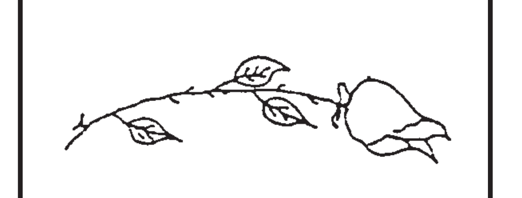
Heute entschlief sanft und ruhig mein treuer Lebensgefährte, unser guter Vater, Schwiegervater, Opa, Uropa und Ururopa.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.
***Helga Rudolph
Peter und Margit
Monika mit Bettina
Volker und Beate
Diana mit Gabriel
Martina und Volker
Bärbel
Tanja und Michael mit Annalena
Laura und Patrick mit Lucas
Frank und Marion
Bernd und Angelika mit Familie***

Langforter Straße 3, 40764 Langenfeld

Die Beisetzung der Urne findet auf Wunsch von Kurt in der Ostsee statt.

Statt freundlich zugedachter Kranz- und Blumengaben bitten wir, im Sinne des Verstorbenen, um eine Spende für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger auf das Konto 10 700 220 29 bei der Bremer Landesbank, BLZ 290 500 00, mit dem Stichwort „Kurt Skrotzki“.



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

men. Der Eintritt ist frei. – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich unter (05751) 3071 oder Joachim Rebuschat unter (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dortmund – Montag, 21. November, 14.30 Uhr, ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Donnerstag, 17. November, 11 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Kinder-Kino-Fest „Wunderjahre“. – Donnerstag, 17. November, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Professor Manfred Wilke „50 Jahre Mauerbau“. – Freitag, 18. November, 19 Uhr, GHH / Ausstellungsraum: Herbstveranstaltung der Künstlerwerkstatt und Ausstellungseröffnung „So und ganz anders – Die Fotowelt in Kontrasten“. – Sonnabend, 19. November, 9.30 Uhr, GHH: Gespräch mit Erwin Scholz – „Als Deutscher in Tschechien“. – Sonnabend, 19. November, 15 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: Musikalisch-literarisches Programm „Die Nacht ist kalt und klar“. – Montag, 21. November, 19 Uhr, Landtag NRW: Vortrag von Dr. Andrea Löw: „Deutsche Juden im Ghetto Litzmannstadt“. – Dienstag, 22. November: Düsseldorfer Märchenwochen.

Ennepetal – Sonntag, 20. November, 11.30 Uhr: Treffen am Gedenkstein in der Gasstraße, BdV-Veranstaltung zum Totensonntag.

Essen – Freitag, 18. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Gruppe. Informationen bei Bernhard Kehren, Telefon (0201) 626271 oder bei Julius Wermter, Telefon (0201) 959 98 77.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Hagen – Sonnabend, 19. November, Ostdeutsche Heimatstuben, Hochstraße 74: Jährliches Wurstessen. Um rechtzeitige Anmeldung wird gebeten.

Wesel – Sonnabend, 12. November, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Kulturabend der Gruppe. In einem Referat wird über die letzte deutsche Kaiserin Auguste-Victoria informiert. Als Imbiss werden traditionsgemäß Schnittchen mit geräucherter Gänsebrust gereicht. Anmeldungen bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Ursula Pehr, Telefon (0281) 163 72 30.

Witten – Montag, 21. November, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Dia-Vortrag von Herrn Buchmann: Weltreise II.

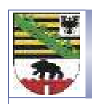


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 19. November, 15 Uhr, Heimatstube, Fröbelstraße 46: Vortrag von Lutz Freitag, ergänzt von Bildern über einen Besuch mit seinen Söhnen in Ostpreußen. Er spricht zum Thema „Ich war in meiner Geburtsheimat.“ Die Gruppe freut sich auf diesen Erlebnisbericht.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Dienstag, 22. November, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 25. November, 15 Uhr, TUS, Singproben des Singekreises.



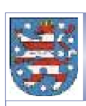
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonnabend, 12. November, 10 bis 16 Uhr, in der Krummlandhalle und in der angrenzenden Mensa in der Schulstraße in Bad Schwartau: Martinsmarkt 2011 zugunsten des Weihnachtshilfswerks der Stadt Bad Schwartau. Wie jedes Jahr ist die Ortsgruppe Bad Schwartau mit dabei und sorgt mit ihrem umfangreichen Angebot für Möglichkeiten zum gemütlichen Plachandern. – Am 7. September war Egon Milbrod Gast bei der Ortsgruppe Bad Schwartau. Er hat Albanien mit seinem Motorrad von Nord nach Süd und wieder nach Nord durchquert und mit Bildern und Worten vorgestellt. Ein Reiseziel, das in den ersten Jahren durch seine kommunistische Vergangenheit kaum oder gar nicht in den Angeboten der Reisebüros zu finden war. Erst seit Anfang der 90er Jahre ist eine langsame Annäherung an andere Staaten Europas spürbar. Durch die einmaligen Bilder konnten 53 Mitglieder und Gäste an dieser interessanten Reise teilnehmen und vieles miterleben – ein Vortrag par excellence! Mit wunderschönen Bildern erlebten 59 Mitglieder und Gäste der Landsmannschaft auch am 12. Oktober eine außergewöhnliche Reise in eine unbekannte Welt. „Mit dem Flussschiff auf der Lena zum Polarmeer“ – so nannte Pastor em. Axel Simanowski seinen Reisebericht. Im Bereich der Lena wurden weder Wasserkraftwerke noch Stauseen gebaut. Deshalb strömt der Fluss heute noch in seinem natürlichen Bett wie vor Millionen von Jahren. Eine Flussfahrt auf der Lena von Jakutsk lenaabwärts bis Tiksi, einem Polarhafen am Eismeer, führt in die geheimnisvollen und majestätischen Landschaften Sibiriens. Pastor Axel Simanowski hat diese Informationen mit Leben erfüllt und allen Mitgliedern und Gästen einen einmaligen unvergesslichen Nachmittag beschert. Nach diesen beiden Berichten sind am Mittwoch, 9. November, Harald und Inge Breede wieder Gäste bei den Ostpreußen in Bad Schwartau. Unter dem Motto „Königsberg – da war doch noch was?“ gibt es doch noch einige Gedanken, die es wert sind, auch ausgesprochen zu werden. Beginn 15 Uhr im Restaurant Samos, Eutiner Ring 7. – Wer sich noch einmal so richtig verwöhnen lassen will, bevor der weihnachtliche Trubel einen überrollt, sollte sich den Donnerstag, 1. Dezember ‚im Kalender rot ankreuzen – da geht es nämlich zum Weihnachtsmärchen nach Elmshorn. Die Dittchenbühne spielt das Märchen „Das kalte Herz“ nach Wilhelm Hauff. Aber zuvor gibt es erst einmal einen zünftigen Gänsebraten – und dann noch Kaffee und Kuchen. Abfahrt ZOB Bad Schwartau um 11.30 Uhr (nicht wie sonst 12 Uhr). Mit 45 Euro inkl. sind Sie dabei! Baldige Anmeldung bitte bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau Telefon (0451) 26706.

Flensburg – Sonntag, 20. November, 15 Uhr: Totensonntag auf dem Friedhof Am Friedenshügel, Flensburg. Gedenkstunde der Vertriebenenverbände Flensburg für die Landsleute mit anschließender Kranzniederlegung am Ehrenhain.

Pinneberg – Sonnabend, 19. November, 15 Uhr: „Gänseverspielen“, auch Bingo genannt.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

In der Zeit vom 26. bis 30. September weilte eine vierköpfige Gruppe der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Thüringen, unter der Leitung der Landesvorsitzenden Frau Dietel, zu einem **Verständigungspolitischen Begegnungs-Seminar im südlichen Ostpreußen**. Am Montag, 26. September, fuhr die Gruppe nach Ostpreußen. Das Quartier war in Mohrungen, im Hotel „Irena“, unweit der Begegnungsstätte des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“ (Deutsche Minderheit). Zur gleichen Zeit weilte eine dreiköpfige Gruppe der Arbeitsgruppe (AG) „Jugend und Schule“ des BdV-Landesverbandes Thüringen zu einem Lehrerseminar in Mohrungen. Ganz nach dem Leitwort des diesjährigen Tages der Heimat „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“ führte die Gruppe dieses Seminar durch. Am Dienstag, 27. September, besuchten die Teilnehmer die Begegnungsstätte der „Deutschen Minderheit“ in Mohrungen. Sie wurden von Frau Manka, der Vorsitzenden des Vereins, und ihrem Sohn herzlich begrüßt. Bei Gesprächen erfuhren sie von den Problemen, die es nach wie vor gibt. Am Abend traf die Gruppe sich nochmals mit dem Ehepaar Manka um die begonnenen Gespräche zu vertiefen. Am Nachmittag des gleichen Tages fuhren die Teilnehmer nach Frauenburg [Frombork], dort legten sie am Gedenkstein für 450 000 ostpreußische Flüchtlinge, die im Krieg umgekommen waren, ein Gebinde nieder. Nach dieser Gedenkminute fuhr die Gruppe zum Frauenburger Dom. Leider konnte sie aufgrund geänderter Öffnungszeiten den Dom nur von außen ansehen. Am Mittwoch, 28. September vormittags, hatte die Gruppe in Mühlhausen [Mlynary] ein Treffen mit dem dortigen Bürgermeister und dem Vorsitzenden des Stadtrates. Herr Manka begleitete sie und übersetzte. Das Anliegen ist eine Partnerschaft mit Mühlhausen in Thüringen und Mühlhausen in Ostpreußen anzubahnen. Im Jahr 2006 hatte die Gruppe bereits den Versuch gestartet eine Partnerschaft aufzubauen, doch kamen unvorhergesehene Ereignisse dazwischen. Die damalige Bürgermeisterin war verstorben und so wusste keiner von ihren Nachfolgern von dem Vorhaben. Es hat seit ihrem Tod bereits den zweiten Bürgermeisterwechsel gegeben. Der jetzige Bürgermeister ist von dem Ansinnen einer Partnerschaft angetan und wäre erfreut, wenn es dazu käme. Weitere Initiativen beider Seiten wären schön, um die Verständigung mit den polnischen Nachbarn zu vertiefen. Frau Dietel

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

betonte im Gespräch, dass vor allen Dingen junge Menschen in diese Arbeit einbezogen werden müssen, was große Resonanz bei den Anwesenden hervorhob. In Mühlhausen gibt es eine Kinder- und Jugendtanzgruppe, ähnlich einer Folkloregruppe. Der Bürgermeister und der Vorsitzende des Stadtrates zeigten ihr kleines Kulturhaus mit Begegnungsstätte, das für Veranstaltungen genutzt wird. Zurzeit ist darin eine Gemäldeausstellung zu sehen, die von Künstlern der Region gestaltet wurde. Am Nachmittag des gleichen Tages traf sich die Gruppe im Garten des Dohna-Schlösschens am Herder-Museum. Hier übergab Frau Manka der Leiterin des Herder-Museums, Frau Bartosch, eine Herder-Rose, die sie Anfang September bei einem Besuch in Mohrungen im Harz überreicht bekam. Diese Pflanze wurde von der Klassik-Stiftung, Abteilung Garten in Weimar, freigegeben. Sie wird einen würdigen Platz im Garten des Herder-Museums finden. Gemeinsam mit den Mitgliedern der AG „Jugend und Schule“, vertreten durch Prof. Manthey und seine Gattin, sowie Herrn Schütz und den jungen polnischen Lehrern haben die Teilnehmer am Herder-Denkmal Blumen niedergelegt. Prof. Manthey und Frau, begleitet von Herrn Schütz, führten in altbewährter Weise ein Weiterbildungsseminar für junge polnische Deutschlehrer in Mohrungen durch. Am Abend trafen sich die Teilnehmer nochmals in den Räumen der „Deutschen Minderheit“, um über Probleme zu diskutieren und gemeinsame Vorstellungen zu festigen. Am Donnerstag, 29. September, fuhr die Gruppe gemeinsam mit dem Ehepaar Manthey sowie Herrn Schütz und Frau Manka und Sohn Waldemar nach Allenstein zum Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Leider war Herr Hoch, der Vorsitzende dieser Gesellschaft, nicht anwesend. Dafür war Herr Hahnkamp, Radiomoderator beim Programm „Allensteiner Welle“, eine Sendung für die deutsche Minderheit in Ermland und Masuren, anwesend. Stellvertretend für Herrn Hoch führte er die Gespräche. Familie Manthey stellte ihr neues Buch „Wolga, Weimar, Weizenfeld, Deutsche in und aus Russland“ vor. Es ist für die Schulen als Unterrichtsmaterial und gleichzeitig für einen Schülerwettbewerb herausgegeben worden. Es sollen auch in Allenstein Lehrerweiterbildungen durchgeführt werden, was allerdings erst noch auf den Weg gebracht werden muss, um auch hier junge polnische Lehrer für die Geschichte und die Kultur der Deutschen zu interessieren. Es besteht Interesse, nur fehlen entsprechenden Mittel und Unterlagen. Am Nachmittag des gleichen Tages fuhr die Gruppe nach Pr. Holland [Pasłek] und besuchte die „Deutsche Minderheit“. Sie wurde von den anwesenden Mitgliedern herzlich begrüßt. Frau Obiala, die Vorsitzende des Vereins in Pr. Holland, erzählte davon, dass auch hier Gelder gekürzt wurden und dass sie die Miete für ihren Verein anscheinend nicht mehr bezahlen kann. Viele Mitglieder können aus Alters- und Gesundheitsgründen, aber auch wegen fehlender Busverbindungen nicht mehr an den Veranstaltungen teilnehmen. Die Mitglieder halten Kontakte zu pflegebedürftigen Personen. Die Renten sind so gering, dass sie oft nicht ausreichen um zu überleben. Eine ältere Frau erzählte, dass sie, obwohl sie bereits Rentnerin ist, noch nach Deutschland zur Arbeit fährt, um zusätzlich Geld zu verdienen. Eine andere Frau erzählte, dass die Hälfte ihrer Rente für die Miete wegginge. Das Seminar war eine große Herausforderung und eine wichtige Aufgabe für die Gruppe, aber es war schön mit den Menschen in der Heimat und die Teilnehmer haben gesehen, dass Hilfe nach wie vor gebraucht wird. Die Landesgruppe baut ein gemeinsames friedliches Europa auf unter Einbeziehung der jungen Generation, das ist nur bei vielen noch nicht so richtig angekommen, ebenso bei einigen Politikern fehlt das richtige Verständnis zur Verständigung mit den polnischen Nachbarn.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sondertreffen der Brandenburger und Pörschkener 14. bis 16. Oktober in Rotenburg / Wümme – Es war perfektes Herbstwetter, während die Besucher des Treffens nun schon zum 17. Mal in die Jugendherberge Rotenburg/ Wümme kamen. Trotz überall nachlassender Besucherzahlen hat die Gruppe es auf stolze 36 Personen gebracht. Die Veranstalterin dankt hierzu allen, die gekommen sind. Freitag war wie immer großer Anreisetag. Am Sonnabend kamen noch einige Pörschkener, zum Teil leider nur als Tagesgäste, aber sie waren dabei. Der Sonnabendvormittag begann für einige mit einem traditionellen Stadtbummel in die hübsche Rotenburger Altstadt, für andere mit einem wunderschönen Spaziergang in die herbstliche Umgebung. Am Nachmittag fanden sich alle zum „großen Schabbern“ zusammen, nach der Totenehrung wurde abgestimmt, ob dieses Treffen auslaufen sollte oder ob die Guppe es weiter stattfinden lassen will. Die überwiegende Zahl der Anwesenden war für Weitermachen, sogar einige, die dieses Jahr zum eigentlich letzten Mal gekommen sind. Am Abend zog Ernst Perbandt die Anwesenden mit einem Vortrag aus seiner langen Zeit als „Kapitän auf großer Fahrt“ in seinen Bann. Der Inhalt des Vortrages war hauptsächlich dem mühsamen Aufbau der deutschen Handelsflotte nach dem Kriege gewidmet. Viele ältere Brandenburger haben es noch miterlebt, wie kurz vor dem Ende des Krieges die restliche Handelsflotte zur Flucht über die Ostsee eingesetzt wurde und über zwei Millionen Menschen von den Ostseehäfen Memel, Pillau, Danzig, Gotenhafen und Hela über die verminte Ostsee bei ständiger Gefahr nach Westen gerettet haben. Nach der Kapitulation musste auch die restliche Handelsflotte an die Siegermächte als Kriegsreparation abgeliefert werden. Der Aufbau der deutschen Handelsflotte war mühsam, da erst ab 1947 zunächst kleine Küstenschifffahrt und Fischerei erlaubt wurde, das Fahrtgebiet nur auf Nord- und Ostseehäfen beschränkt war. Ständig waren Persönlichkeiten aus Schifffahrt und Hafenwirtschaft bemüht, bei den Siegermächten vorstellig zu werden, um deutlich zu machen, dass zum Wiederaufbau Deutschlands und der hungernden Bevölkerung eine Versorgung durch die Schifffahrt dringend notwendig sei. Besonders hervorzuheben sind der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen und der Hamburger Bürgermeister Max Brauer sowie der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter. Ende 1949 wurde das Fahrtgebiet erweitert. Die deutschen Werften durften wieder größere Schiffe bauen. 1965 war bereits die vor dem Kriege bestehende deutsche Handelsflotte von vier Millionen TN erreicht. Heute besitzt die Bundesrepublik Deutschland wieder die modernste Handelsflotte weltweit. Die ungeheure Leistung zum Wiederaufbau des zertrümmerten Deutschland sowie die zum größten Teil zerstörten und nach dem Kriege zum Teil demontierten Industrieanlagen und Werften ist trotz großer Entbehrungen nicht zuletzt auch den Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Sudetenland zu danken. Den Abend haben die Teilnehmer mit einem guten Tropfen Wein und leckerem Bärenfang abgeschlossen. Sonntagmorgen hat sich die Gruppe darüber verständigt, dass sie sich 2012 auf jeden Fall wiedersehen wird.

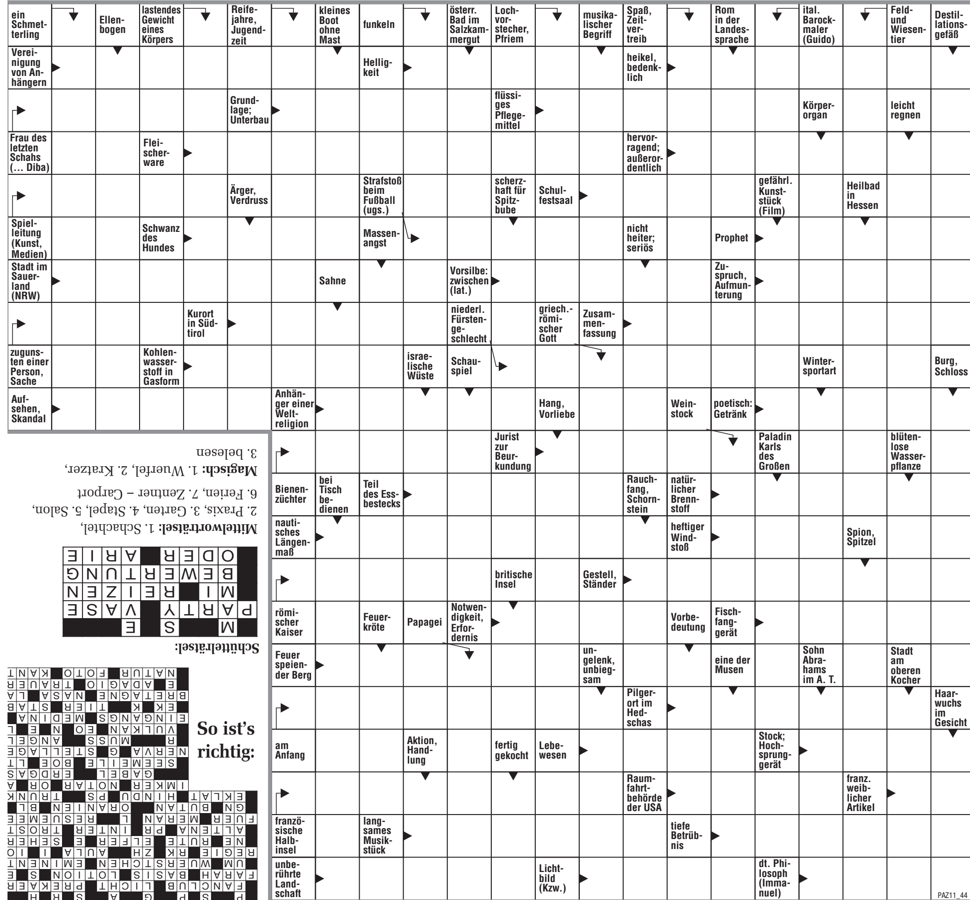


INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

59. Jahreshauptversammlung / Jahreshaupttreffen – Am 14. und 15. Oktober trafen sich die Insterburger aus Stadt und Land zum 59. Mal in ihrer Patenstadt Krefeld. Auch in diesem Jahr kamen Landsleute aus ganz Deutschland ins Gemeindezentrum der Krefelder Friedenskirche. Am 14. Oktober tagten die Gremien der Kreisgemeinschaften. Reiner Buslaps, Vorsitzender Stadt, überbrachte auf der öffentlichen Sitzung Grüße aus Insterburg [Tschernjachowsk] vom Rat für die Erhaltung des kulturhistorischen Erbes. Galina Kastanowa-Jerofeewa bedankte sich für die Unterstützung. Dankbar sei man auch Klaus Marczinowski für seine Bemühungen um die Dichterin und Ehrenbürgerin Frieda Jung, Dmitri Suchin für seine Forschung zu Insterburger Architekten und Dr. Jürgen Wenzel für seinen Beitrag zu Denkmälern der Landschaftsgärtnerei. Dem traditionellen Totengedenken folgten Grußworte der Stadt Krefeld. Der Krefelder Bürgermeister Frank Meyer (SPD) überbrachte sie als Vertreter der Patenstadt. An der Sitzung nahmen auch Sozialamtsabteilungsleiter Uwe Raatz sowie Jürgen Hengst, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, und die langjährige Freundin der Insterburger, die ehemalige Krefelder Ratsfrau Eva Staudacher teil. Sie würdigte die Arbeit und positive Entwicklung bei den Kreisgemeinschaften. Versammlungsleiter Klaus Pundschus führte durch die Vielzahl der Redebeiträge und Tagesordnungspunkte. Die Kasse hatten Klaus Pundschus und Alfred Warschat geprüft, der auch den Kassenbericht für 2010 vortrug. Die Entlastung des Vorstandes war bereits in der Sitzung am 24. März erfolgt. Auch der Haushaltsvoranschlag für 2012 wurde vorgestellt und einstimmig verabschiedet. Mitarbeiterin Margret Matuschik berichtete über die Arbeit in der Geschäftsstelle und der Heimatstube. Nächster Punkt auf der Sitzung waren die Ergebnisse der Rats- und Kreisausschusswahlen. Obwohl die Fusion der Kreisgemeinschaften zu einem Verein schon auf der März-Sitzung besiegelt worden war, zog sich die Eintragung beim Amtsgericht bis zum Herbst hin. Deswegen fanden die satzungsmäßigen Wahlen noch getrennt nach Stadt und Land statt. Gemäß der neuen, jetzt gültigen Vereinssatzung konnten aus den gewählten 18 Kandidaten nur zwölf den neuen Rat besetzen. Die Delegierten wählten als erste Amtshandlung den neuen Vorstand der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land. Der Wahlausschuss stellte folgende Zusammensetzung fest: Vorsitzender Reiner Buslaps, Stellvertretender Vorsitzender Jürgen Pantel, Vorstandsmitglied Jürgen Böhlke. Zu neuen Kassenprüfern wurden Alfred Warschat und Gaby Voll gewählt. Am 15.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

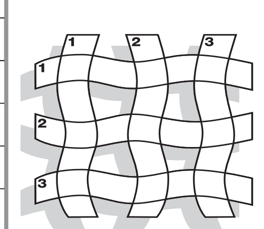
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABMMO		DEIR	ERRSY		AEITV		ARUZ	EINS	EEGN
					AESV				
APRTY			EEIN RZ						
BEEGN RTUW									
DEOR					AEIR				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Abstellplatz für das Auto.

1	HUT		HALM
2	ARZT		NAH
3	ROSEN		ZWERG
4	HOLZ		LAUF
5	MODE		LOEWE
6	HERBST		DORF
7	DOPPEL		WEISE



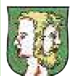
Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Spielgerät
2 Schramme, Ritz
3 in der Literatur gut unterrichtet

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 20

Oktober bildete ein Gottesdienst unter der Leitung von Pfarrer i.R. Manfred Bautz in der Krefelder Friedenskirche den Auftakt des Jahreshaupttreffens. Im Gedenkraum der Kirche lud ein Kranz zum stillen Gedenken an die durch Flucht und Vertreibung getöteten Landsleute, Verwandte und Freunde ein. Die Kollekte kommt der diakonischen Arbeit der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Insterburg zugute. Reiner Buslaps begrüßte im Gemeindesaal der evangelischen Friedenskirche die Insterburger aus Stadt und Land und ihre Angehörigen und Freunde Ostpreußens. Im Namen der neu gewählten Mitglieder der Ratsversammlung dankte Reiner Buslaps den Vertretern der Patenstadt Krefeld und der Friedenskirche für die Gastfreundschaft und ihre Verbundenheit zu den Insterburgern und deren Belange. Der neue Kreisgemeinschaftsvorsitzende dankte den Anwesenden für ihre Bereitschaft, durch ihr Kommen Stadt und Landkreis Insterburg fest in der Erinnerung zu bewahren. Der Pflege und Erhaltung des Heimatgedankens dient auch der Insterburger Brief. Reiner Buslaps warb nochmals dafür, per Aufnahmeantrag beitragsfrei dem Verein beizutreten. Zum „Wissensspeicher und Nachschlagewerk“ werde der Insterburger Brief, wenn er Aufsätze zur Bedeutung der Geschichte und Gesellschaft, zur Kultur und Architektur für die Nachwelt aufbewahre. „Man muss sich der Vergangenheit bewusst sein, um Zukunft gestalten zu können“, sagte Krefelds Bürgermeister Frank Meyer, dessen Großeltern aus Breslau stammen und er daher „sensibilisiert für den Begriff Heimat“ sei. Kulturgüter zu erhalten sei wichtig für die Gesamtidentität. In Krefeld sei das „Haus der Seidenkultur“ für die Öffentlichkeit geschaffen worden. Zurzeit werde der Insterburger Platz renoviert und durch die neue Umgestaltung aufgewertet. Am Stand der Kreisgemeinschaften kümmerten sich in diesem Jahr Veronika Grallert und Margret Matuschik um den Empfang der Besucher und den Verkauf der Artikel des „Insterburger Verkaufslädchens“. Reiner Buslaps dankte in einem Rückblick auf das Deutschlandtreffen in Erfurt, auf dem die Kreisgemeinschaften Insterburg mit einer neu konzipierten Präsentation ihres Ausstellungsstandes die Besucher informierten. Audlind Vohland als Heimatstubenbeauftragte hatte dort mit ihrer Ausstellung über Insterburger Architektur für interessante Informationen gesorgt. Audlind Vohland referierte in Krefeld zu einem jüngst restaurierten Exponat der Heimatstuben: dem Insterburger Wandteppich nach einem Entwurf von Ute Brinkmann-Schmolling, Tochter des Insterburger Malers Paul Schmolling. Ausgeführt wurde die mühevolle Kreuzsticharbeit durch ihre Mutter Anna Schmolling. Der Teppich zeigt mit vielen Details einen persönlich geprägten Stadtrundgang besonderer Art: die Lutherkirche aus allen Himmelsrichtungen im Blick, die ältesten Wahrzeichen der Stadt, bis hin zur Bogenbrücke und einer Laterne am Tunnel. Außerdem sind die umgebenden Forsten und Wasser angedeutet, um die Verbindung von Stadt und Land zu symbolisieren. Kunst könne Verlorenes sichtbar machen, so die Heimatstuben-Beauftragte. Zur weiteren Bereicherung des Programms trugen Ursel Schubert und Bruno Romeiks die mundartlichen Sketche „Der Schirm“ und „Das Schlachtfest“ vor. Organist Hans Walter Slembeck brachte ein Potpourri beliebter Lieder: Vom „Ännchen von Tharau“ über „Am Brunnen vor dem Tore“ bis zum Ostpreußenlied. Lm. Werner Flack aus Schellen setzte mit seinem Vortrag den Schlusspunkt und eine Überleitung zum nächsten Jahreshaupttreffen, das voraussichtlich am 21. und 22. September 2012 stattfinden wird.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

60. Rundbrief – Kreisvertreter Gerd Bandilla hat am 29. Oktober folgenden 60. Rundbrief versandt: „Wir hatten bei unserem diesjährigen Kreistreffen 373 eintrittzahlende Besucher. Nur 7 weniger als 2010. Das hat uns ermuntert, das Kreistreffen 2012 wieder in der Stadthalle in Hagen abzuhalten. Es findet am 1. und 2. September 2012 statt. Werben Sie für unser Kreistreffen, damit es nicht das letzte Mal in der Stadthalle sein wird, und merken Sie sich persönlich den Termin vor. Die Einzelheiten über das Kreistreffen können Sie, wie immer, im Hagen-Lycker Brief (HLB), der im Mai 2012 erscheinen wird, nachlesen. In diesem Schreiben möchte ich nur zwei, aber wichtige Angelegenheiten thematisieren. Erstens die Neuwahl des Kreistages 2013 und zweitens das Masuren-Seminar vom 24. bis 26. Februar 2012 in Bad Pyrmont. Für die Kreistagswahl 2013 muss der Kreisausschuss, der Ende Januar 2012 in Hagen tagen wird, bereits Personalvorschläge machen. Der Vorschlag des Kreisausschusses wird dann im HLB 2012 veröffentlicht und alle Mitglieder unserer Kreisgemeinschaft werden mit diesem HLB aufgefordert, bis zum 30. September 2012 weitere Vorschläge zu machen. Die endgültige Vorschlagsliste mit der Stimmkarte erscheint dann mit dem HLB 2013. Die nächste Legislaturperiode dauert von 2013 bis 2018. Alle Empfänger dieses 60. Rundbriefes werden hiermit gebeten zu erklären, ob sie im Jahre 2013 für den Kreistag kandidieren oder nicht. Wer nicht mehr (z.B. aus Altersgründen) kandidieren will, teile mir dieses bis zum Jahresende mit. Ich werde dann davon ausgehen, dass alle, die mir nicht geantwortet haben, im Jahre 2013 für den Kreistag kandidieren werden. In der Zeit vom 24. bis 26. Februar 2012 findet im Ostheim in Bad Pyrmont eine interessantes Masuren-Seminar mit kompetenten Referenten statt. Das Seminar ist frei für alle. Die Platzreservierung richtet sich nach dem Eingang der Anmeldung. Ich rechne damit, dass viele Bezirks- und Ortsvertreter an dem Seminar teilnehmen. Bitte, geben Sie diesen Rundbrief an die Ortsvertreter Ihres Bezirkes in Kopie weiter.“



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Königin-Luisen-Schule – Der ursprüngliche Termin im Juni für das Luisenschultreffen konnte nicht eingehalten werden, da inzwischen das Stammquartier in Bad Bevensen geschlossen worden war. Da viele den Wunsch geäußert hatten, noch einmal zum Ostpreußenmuseum nach Lüneburg zu fahren, bot sich diese Stadt als neuer Ort des Treffens an. Es war nicht ganz einfach, in der Lüneburger Innenstadt ein für die Gruppe geeignetes Hotel zu finden und der Termin musste um vier Wochen verschoben werden. Aber im Bremer Hof waren die Teilnehmer dann sehr gut untergebracht. Nach dem Anreise- und Begrüßungsabend starteten sie am anderen Vormittag mit dem Besuch des Ostpreußenmuseums, wo sie eine sehr gute Führung hatten. Am Nachmittag führte ein kleiner Spaziergang zum Wasserturm, der seit 2007 als Touristenattraktion dient. Die Mutigsten ließen sich von dem Fahrstuhl nach oben befördern um aus 56 Metern Höhe einen weiten Rundblick zu genießen. Am folgenden Tag konnte die Gruppe eine Stadtrundfahrt in einem von Pferden gezogenen Planwagen mitmachen. Am Abend erstattete die Schulsprecherin Vera Jawtusch den Bericht über die Zeit seit dem letzten Treffen 2010. Der Hauptteil war dem Jubiläum der Luisenschule gewidmet. Seit ihrer Gründung im Jahre 1861 sind 150 Jahre vergangen. Das nächste Schultreffen wird voraussichtlich wieder in Bad Bevensen stattfinden, jedoch nicht mehr im Ortsteil Medingen, sondern in einem kleinen Hotel nahe dem Kurzentrum. Der Termin wird im nächsten Schulrundbrief bekannt gegeben.

Stadtvertretung – Für die ehrenamtliche Mitarbeit in der Stadtvertretung werden interessierte Heimatfreunde gesucht. Die Bewerber müssen nicht unbedingt ostpreußische Wurzeln haben. Wichtig ist, dass man sich zu Ostpreußen bekennt und bereit ist, etwas für Ostpreußen zu tun. Die Kreisgemeinschaft freut sich über jede Meldung.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Hauptkreistreffen und Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit am 22. Oktober in Lüneburg – Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit führte in Lüneburg ein Hauptkreistreffen und eine Mitgliederversammlung mit Wahlen zum neuen Kreistag für die Periode 2011 bis 2015 durch. Das Hauptkreistreffen eröffnete nach dem Auftritt der Lüneburger Jagdhornbläsergruppe Kreisvertreter Hartmut Preuss. Die Toten ehrte der Ehrenvorsitzende Albrecht Dyck, das geistliche Wort sprach Pfarrer Martin Lipsch aus Mendig. Für die Stadt Lüneburg überbrachte Bürgermeister Dr. Scharf ein Grußwort. Er schilderte die vielfältigen Verbindungen Lüneburgs zu den östlichen Gebieten. Mit einer Lesung durch Betty Römer-Götzelmann endete das Hauptkreistreffen. Nach der Mittagspause eröffnete Hartmut Preuss die Mitgliederversammlung. Er schilderte die Aktivitäten der Kreisgemeinschaft während seiner achtjährigen Amtszeit, besonders aber die der letzten Wahlperiode. Unter Leitung des Ehrenvorsitzenden Albrecht Dyck diskutierte und beschloss die Versammlung zunächst einige Satzungsänderungen, die teilweise auf Grund gesetzlicher Bestimmungen erforderlich waren. Es folgte die Wahl des neuen Kreistages, der aus 21 Mitgliedern besteht. Nach einer Vorstellungsrunde wurden alle Kandidatinnen und Kandidaten, unter denen sich auch neue Gesichter befanden, mit großer Mehrheit gewählt bzw. wiedergewählt. Hartmut Preuss und der stellvertretende Leiter des Kreistages, Hans Dzieran, kandidierten nicht wieder. In der sich anschließenden konstituierenden Sitzung des Kreistages wurde Dieter Neukamm aus Windeck zum neuen Vorsitzenden und Kreisvertreter gewählt. Geschäftsführerin bleibt Eva Lüders, neuer Schatzmeister wurde Helmut Subroweit. Diese bilden den Vorstand der Kreisgemeinschaft. Dieter Neukamm dankte Hartmut Preuss für dessen langjährige Arbeit und überreichte ihm ein Buchgeschenk, natürlich mit ostpreußischem Inhalt. Auf Beschluss des Kreistages wurde Hartmut Preuss zum Ehrenmitglied ernannt. Neben den Vorstandsmitgliedern bilden Heinz H. Powils (Schriftleitung Land an der Memel), Walter Klink (Chronik/Archiv), Hans U. Gottschalk (Protokollführung) und Winfried Knocks (Öffentlichkeitsarbeit) den Kreisausschuss.

Wissen weitergeben

Motto »Erhalten und gestalten«

Die 57. Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) fand vom 10. bis 16. Oktober im Ostheim, Bad Pyrmont, statt. Festhalten, bewahren, für die Nachwelt erhalten und weiter gestalten ist die Aufgabe der Werkwoche. Wie funktioniert Doppelstricken, was ist die Besonderheit am Doppelweben, warum sind die ostpreußischen Schlaufenhandschuhe so warm?

Die Teilnehmerinnen der Werkwoche wissen es und geben ihr Wissen an andere weiter. Folglich ist es nicht verwunderlich, dass dieses Seminar vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über die Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg, gefördert wird. „Wenn wir jetzt nicht anfangen, die Werktechniken an die Öffentlichkeit heranzutragen, könnte es für den festen Platz im Deutschen Kulturschatz zu spät sein“, prognostiziert Uta Lüttich, Bundesvorsitzende der Ostpreußischen Frauenkreise und Seminarleiterin. Umso erfreulicher war, dass es in diesem Jahr viele junge Gesichter gab. Schon im vergangenen Jahr kam eine LO-Mitarbeiterin um die Werktechniken digital festzuhalten und sie dem Internet zuzuführen. Das Angebot, sich die Aufnahmen bei YouTube und auf der LO-Seite anzusehen, nutzten bereits viele. Viele waren begeistert, andere forderten mehr. Diesem Wunsch ist die LO in diesem Jahr gerne nachgegangen. Die Bilder, über die eine begeisterte Besucherin sagte: „Wie aus einem Lehrbuch!“, sind bereits abrufbar. Die Bilder der Occhi-Arbeiten der ostpreußischen Teilnehmerin sind auf dem LO-Facebook-Profil eingestellt. Die Videoaufnahmen werden noch bearbeitet.

Erfreulich: viele neue und junge Gesichter

Natürlich können diese Aufzeichnungen die Werkwoche nicht ersetzen, aber sie bieten Hilfestellungen und machen vielleicht neugierig auf die nächste vom 8. bis 14. Oktober 2012, wieder im Ostheim, Bad Pyrmont. *Ch. Rinser-Schrut*

Wi snackt Platt – du ok?

Auch Kinder und Jugendliche kann man an die niederdeutsche Sprache heranführen

1999 trat in Deutschland die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen in Kraft. Ziel der Charta ist es, Minderheitensprachen, wie das Niederdeutsche, vor dem Aussterben zu schützen und ihren Gebrauch unter anderem in Schulen und Medien auszuweiten.

Seit dem Schuljahr 2010/11 hat die Hansestadt Hamburg Niederdeutsch als eigenes Fach anerkannt. Auf dem Stundenplan vieler Grundschüler steht jetzt auch „Platt“. Allerdings zunächst nur an zehn Pilotschulen im Hamburger Süden – dort, wo noch am meisten Plattdeutsch gesprochen wird. Mecklenburg-Vorpommern geht einen eigenen Weg und setzt vor allem auf eine Qualifizierung der Lehrkräfte. Inzwischen gibt es etwa 100 Platt-Lehrer, die innerhalb ihrer ursprünglichen Fächer auf die Einbeziehung des Plattdeutschen achten. Auch in Schleswig-Holstein wird in alle geeigneten Fächer Niederdeutsch integriert. Das niedersächsische Kultusministerium hat zum 1. August 2011 den Erlass „Die Region und ihre Sprachen im Unterricht“ herausgebracht. Dort wird betont, dass Niederdeutsch zum Bildungsauftrag des niedersächsischen Schulgesetzes gehört. Die Schüler sollen fähig werden, „ihre Wahrnehmungs- und Empfindungsmöglichkeiten sowie ihre Ausdrucksmöglichkeiten unter Einschluss des Niederdeutschen zu entfalten“. Schulen, die sich besonders verdient machen um Sprachbegegnung und Spracherwerb, kann der Titel „Plattdeutsche Schule“ verliehen werden.

Niederdeutsch gehört zum Bildungsauftrag der Schulen

Platt beginnt im täglichen Leben wieder eine – wenn auch noch kleine – Rolle zu spielen. So weisen immer mehr Ortsschilder unter den hochdeutschen auch den niederdeutschen Ortsnamen auf. Doch hat das Platt im Zeitalter der Neuen Medien überhaupt eine Chance?

Selbst Wikipedia, die Internet-Enzyklopädie, hat eine plattdeutsche Ausgabe. In „Dat fre’e Nakieksel“ findet man alles zum aktuellen Tagesgeschehen, nur eben auf Platt. Wie um zu beweisen, dass Niederdeutsch nicht von gestern ist, kann man dort alles nachlesen über das tragische Leben der Rock-Sängerin Amy Winehouse, die im Juli dieses Jahres tot in ihrer Wohnung aufgefunden wurde, nicht mal 28 Jahre alt. Historisch Interessierte werden auch bedient. Stichworte wie „Pruzzen“, „Preußen (Landschop)“, „Brannenborg-Preußen“, „Frederik Willem I.“ oder „Fredrik II.“ führen direkt hinein in die Geschichte. Dort finden sich auch Kurzartikel über bedeutende Preußen: „Immanuel Kant (* 22. April 1724 in Königsbarg; † 12. Februar 1804 ok dor) weer een vun de wichtigsten düütschen Philosophen. Sien Wark ‚Kritik der reinen Vernunft‘ is en Dreihpunkt in de Geschicht vun de Philosophie un to glieke Tiet de Anfang vun de moderne Philosophie.“ Oder: „Simon Dach (* 29. Juli 1605 in Memel; † 15. April 1659 in Königsbarg) weer de Schriever vun dat bekannte plattdüütsche Leed ‚Anke van Tharaw‘. Sien eenzig plattdüütsch Leed, wat noch kundig is, is ‚Anke van Tharaw‘, wat he to de Hochtiet vun Anna Neander mit den Pastoor Johannes Portatius schreven hett. Dach hett 1654 de Swindsucht kregen is dor 1659 vun doodbleven.“


Bild: ltsh

Wi snackt Platt: Carmen Rose übt mit den Preetzer Kita-Kindern spielerisch Platt

Apropos Musik: 2009 wurde von der Initiative „Platt is cool“, die von sieben Landschaftsverbänden in Niedersachsen ins Leben gerufen wurde, das Projekt „Plattsounds“ gegründet, um Plattdeutsch für Schüler und Jugendliche interessanter zu machen. Die Gewinner des Jahres 2011 sind acht junge Musiker im Alter zwischen 18 und 25 Jahren mit ihrer Band „Voodoolectric“ aus Aurich. „Das Oktett rekreiert den Rock-Sound der 60er und 70er Jahre mit bluesiger Gitarrenlastigkeit“, las man über die Gewinner. Die Texte sind natürlich auf Platt.

Das hat sich auch die Hamburger Band „Tüdelband“ ins Programm geschrieben. Die Chefin der Band und deren Erfinderin, Miriam Buthmann, schreibt Texte über Liebe und Freiheit, singt vom Verlassenwerden und von der Einsamkeit am Deich. Plattdeutsch ist für die 24-Jährige eine Herzensangelegenheit: „Je mehr halt nationale Grenzen aufgelöst werden beziehungsweise überschritten werden können, desto mehr braucht man so eine regionale Verwurzelung, wo man herkommt. Und in dem Sinne ist das Plattdeutsche bei uns im Verbund mit diesem internationalen, popmusikalischen Kontext ganz interessant. Es bringt beide Aspekte zusammen.“

Auch für die Kleinen gibt es kulturelle Angebote auf Platt. So präsentiert die Fritz-Reuter-Bühne am 17. November, 16 Uhr (weitere Termine 18. November, 10 Uhr, und 23. Dezember, 16 Uhr) im E-Werk des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin ein neues Kinderstück. Für die bekannte und beliebte Geschichte „Pettersson und Findus“ des schwedischen Autors Sven Nordqvist haben Ulrike Stern und Manfred Brümmer eine Version für Kinder ab drei Jahren geschrieben, in der sich Platt- und Hochdeutsch abwechseln.

Dass die ganz Kleinen Plattdeutsch-Experten werden, darum bemüht man sich in vielen Kindergärten landauf, landab mit viel Einsatz und Liebe für die niederdeutsche Sprache. So wirbt die Broschüre „Bang sünd wi nich!“ für mehr Plattdeutsch in Kindergärten und räumt mit Vorurteilen gegenüber der Regionalsprache auf. Herausgegeben wurde das Infoheft vom Beirat Niederdeutsch des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Spielerisch geht’s zu beim „Förderverein för de plattdüütsche Sprook“ im niedersächsischen Düdenbüttel. Dort hat man jetzt ein Memory-Spiel in Platt herausgebracht. Die Motive sind in Hochdeutsch und in Niederdeutsch beschriftet. Überhaupt hat man in den Kindergärten festgestellt, dass die Lütten die plattdeutsche Sprache ohne Probleme lernen können, es erleichtert ihnen sogar den Einstieg in andere Fremdsprachen, betont die Sprachaktivistin Cornelia Nath vom Plattdütskbüro in Aurich. Also: Wi snackt Platt – du ok?

Silke Osman

IN KÜRZE

Rollifahrer vor dem Reichstag

Es klingt wie bitterböse Satire oder nach dem Einfall eines geschmacklosen Redakteurs für die Sendung „Versteckte Kamera“. Das Nachrichtenportal „Kobinet“ berichtet von 300 Menschen mit Behinderungen, die im Mai vom Deutschen Bundestag eingeladen worden waren, am 2. und 3. Dezember, dem Welttag der Behinderten, mit Politikern über den Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu diskutieren, um „ein gemeinsames Signal für die Bereitschaft zur Inklusion und zur Überwindung von Barrieren in allen Lebensbereichen auszusenden“. Völlig unerwartet waren unter den geladenen Gästen viele Rollstuhlfahrer. Da sagten die Organisatoren die Veranstaltung kurzerhand ab, man könne nicht für die Sicherheit der Gäste garantieren, aus Brandschutzgründen oder so. Die Veranstaltung soll nun im Oktober 2012 stattfinden, wobei zu beachten ist, dass sich – bitte bitte – nicht so viele Rollstuhlfahrer anmelden. Selektion nach Berliner Art. Was sagt denn der Herr Minister Schäuble dazu? Apropos Satire: Das Magazin „Extra 3“ vom NDR nahm sich der Sache an und hatte für den vergangenen Dienstag vor den Reichstag geladen, meldet „Kobinet“, die Abkürzung von „Kooperation Behinderter Menschen im Internet“, deren Seiten übrigens barrierefrei gestaltet sind. Ebenfalls am Dienstag gingen das Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit und das Deutsche Institut für Menschenrechte der Frage nach, ob Deutschland schon auf dem Weg zur barrierefreien Gesellschaft ist. Einstellungs- und umfeldbedingte Barrieren, so die Veranstalter, verhindern vielfach noch, dass Menschen ungeachtet ihrer Beeinträchtigungen und persönlichen Fähigkeiten gleichberechtigt in Deutschland leben. *SiS*

»Erzähl mir was vom Tod«

Eine Sonderausstellung im Neu-Ulmer Kindermuseum

Für die neue Ausstellung braucht man einen Reisepass. Aber den bekommt man gleich am Eingang ausgehändigt. Und dann kann man mit ihm durchs Jenseits reisen. Vorbei geht es an tickenden Uhren, die, ebenso wie die überdimensionale Sanduhr, klar machen, dass die Zeit läuft. „Erzähl mir was vom Tod! Eine interaktive Ausstellung über das Davor und das Danach“ heißt die neue Ausstellung im Kindermuseum des Edwin-Scharff-Museums am Neu-Ulmer Petrusplatz, die Kinder und Erwachsene dazu einlädt, sich auf spielerische Weise mit dem Thema Sterben und Tod zu befassen. Diese ungewöhnliche, sensibel und mutig umgesetzte Schau lädt ein, behutsam, ohne Scheu und sogar mit einem Lächeln – wie es andere Kulturen vorleben – einen Schritt auf die „andere Seite“ zu tun und sich dabei auf dem Sinn des eigenen Lebens zu fragen.

„Erzähl mir was vom Tod!“ richtet sich in erster Linie an Kinder und Jugendliche. Erfahrungsgemäß wird sie aber auch sehr intensiv von Erwachsenen besucht. Vor allen Dingen kommen hier verschiedene Generationen zusammen. „Omas und Opas kommen mit ihren Kindern und den Enkeln und tauschen sich über den Tod und das Leben aus“, weiß die stellvertretende Museumsleiterin Birgit Höppl, die das Projekt betreut. „Die Ausstellung versteht sich daher als eine ungewöhnliche Einladung für Menschen zwischen 6 und 99 Jahren, für Kinder und Jugendliche, für Mama und Papa, für Oma und Opa. Sie ist eine Konfrontation mit einem Thema, dem wir in unserer Gesellschaft oft mit Sprachlosigkeit und Angst gegenüberstehen“, erklärt sie. „Die Ausstellung ‚Erzähl mir was vom Tod!‘ möchte sich dem großen Tabu stellen, das heutzutage mit dem Tod verbunden ist. Sie will nicht erschrecken oder niederdrücken, sondern im Gegenteil: den Tod zurück ins Leben rufen und bewusst machen, dass Leben und Tod untrennbar zusammengehören.“

Mit dem Werden und Vergehen beschäftigen

Ziel der Ausstellung ist es, dieses Thema in seiner Vielschichtigkeit und über unterschiedliche Erzählweisen zu bearbeiten: poetisch, künstlerisch, phänomenologisch und kulturvergleichend. An 14 interaktiven Mitmach-Stationen werden die Gäste auf 400 Quadratmetern zum Mitmachen aufgefordert und eingeladen, sich mit der Vergänglichkeit, dem Werden und Vergehen von Natur und Mensch und damit auch sehr intensiv mit dem Leben zu beschäftigen. Im „Paradiesgarten“ etwa können sie an einen Baum Zettel mit ihren eigenen Vorstellungen vom Jenseits hängen. Auch Einblicke in fremde Kulturen werden geboten: Ein mexikanisches Totenfest erinnert knallbunt und an Eindrücken überbordend an den Toten. Denn die Mexikaner sagen, dass sie nur sterben, wenn sie in den Herzen sterben. In der ägyptischen Pyramide begegnen die Besucher dem Totengott Osiris. Wer will, kann sich auch einen Ewigkeitstrank brauen, schätzen, wie alt verschiedene Lebewesen werden oder Gevatter Tod in Märchen und Spielen begegnen. In einem eigenen Teil hat das Edwin-Scharff-Museum Mitmach-Stationen entwickelt, in denen die Kinder Schattentheater spielen, sich mit Masken in Babys oder alte Menschen verwandeln oder Erinnerungskästen bestücken können. *eb*

Die Ausstellung „Erzähl mir was vom Tod! Eine interaktive Ausstellung über das Davor und das Danach“ im Kindermuseum des Edwin-Scharff-Museums, Petrusplatz 4, Neu-Ulm, ist bis 9. September 2012 dienstags und mittwochs von 13 bis 17 Uhr, donnerstags bis sonnabends von 13 bis 18 Uhr und sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen. Eintritt: 5 / 4 Euro.

Voller Leidenschaft

Objekte und Vasen von Helmut Drexler im Porzellanikon Selb

Die Besucher der Ausstellung „Weiße Oase“, die jetzt auf Dauer im Porzellanikon im bayerischen Selb eröffnet wurde, waren begeistert. Landrat Karl Döhler enthusiastisch: „Sie haben recht, dass Sie heute gekommen sind. Was Sie sehen werden, wird Sie umhauen!“ Auch Ehrengast Karin Seehofer, die Frau des bayerischen Ministerpräsidenten, war äußerst angetan und bezeichnete die Ausstellung als „überraschend, begeisternd und voller Leidenschaft – wie ihr Schöpfer“. Die Rede war von Helmut Drexler, der mit seinen Objekten die beachtliche Sammlung im Porzellanikon schon seit Langem bereichert. Nahezu 900 Objekte aus dem fragilen Material hat der Künstler dem Museum geschenkt. Außerdem kommt der Zinserlös aus seiner gemeinnützigen Stiftung dem Porzellanikon zugute.

Beachtliche Sammlung bereichert

Nachdem seit 2007 unter dem Titel „Schatzkammer“ Arbeiten des Künstlers in einer Dauerausstellung (in einem Raum ohne Tageslicht) gezeigt werden, sind die neuen Objekte unter dem Titel „Weiße Oase“ als Kontrastprogramm gedacht. „Die Prächtigkeit der häufig mit Gold- und Lüsterglasuren dekorierten Gefäße und Porzellanbilder wirkt hier strahlend und klar in dem üppig mit Tageslicht und zusätzlichen Scheinwerfern versehenen Raum“, erläutert Direktor Wilhelm Siemen.

Der Porzellanmaler Helmut Drexler hat für sich eine neue Möglichkeit gefunden, mit dem „weißen Gold“ umzugehen. Wenn er zuvor das Porzellan mit bunten Mustern und Dekoren verschönert hat, so wie er es einst bei der Firma Rosenthal erlernte, so gestaltet er heute neue Objekte, die er selbst mit der Hand aufbaut, ohne Gipsformen als Hilfsmittel zu verwenden. „Er fügt zerschlagenes Porzellan ein“, so Siemen, „arbeitet mit bewusst herbeigeführten ‚Fehlern‘ als ästhetischer Komponente, fügt die teilweise komplizierten Volumen nach dem Glattbrand mit einem High-Tech-Kleber zusammen und schreckt so nicht vor einem Tabubruch zurück, wenn dieser seiner künstlerischen Aussage dient.“

Bild: Porzellanikon

Helmut Drexler: Drei Vasen (Mattätzung, mit Gold unterlegt, darauf Lüster- und Farbdekoration)

Drexlers Objekte tragen Titel wie „Fantasie in Weiß“ und „Dornenkrone“, eine Arbeit aus mehr als 200 von Hand geformten Einzelteilen, oder „Scherbenrose“. Die ältesten Arbeiten stammen aus dem Jahr 1961. Der größte Teil jedoch entstand zwischen 1990 und 2011. Sieben Jahrzehnte arbeitet Helmut Drexler nun schon mit dem zerbrechlichen Material, ans Aufhören denkt er noch nicht. Für ihn gibt es noch viel zu experimentieren. *os*

Das Porzellanikon, Werner-Schürer-Platz 1, 95100 Selb, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 5/2,50 Euro.

Wettlauf ums Kosakengold

Mit Historie gewürzter Thriller

Um das sogenannte Kosakengold, wie der unermesslich große Armeeschatz der Kosaken aus der Zeit Zar Peters des Großen bezeichnet wird, ranken sich in der Ukraine seit Jahrhunderten Legenden. Die in der Ukraine aufgewachsene Sprachwissenschaftlerin Anna Shevchenko hat aus diesem Mythos einen spannenden, vielschichtigen Thriller mit dem Titel „Ein fatales Erbe“ inszeniert.

Die aus drei Handlungssträngen aufgebaute Geschichte wird anfangs aus dem Blickwinkel des russischen Geheimdienstagenten Taras Petrenko erzählt. Im Februar 2001 stößt dieser bei seiner Archivtätigkeit auf eine hochbrisante Akte. Daraus geht hervor, dass die Rückzahlung des seinerzeit bei der Bank of England deponierten Kosakengolds von Seiten der Ukraine jederzeit erwirkt werden kann, falls die Bedingungen dafür vertmuflich erfüllt sind: Die Ukraine ist ein unabhängiger Staat geworden und es gibt wahrscheinlich noch Nachkommen jenes 1724 verstorbenen Kosaken-Oberst Pawlo Polubotok, der seinerzeit als Schatzmeister der Kosakenarmee sein Wissen über die Herkunft des Goldschatzes mit ins Grab nahm. Die Nachkommen sollen, sofern sie seinen Namen tragen, fünf Prozent der auszuzahlenden Summe erhalten. Für das europäische Machtgefüge würde dies allerdings Verwerfungen nach sich ziehen, auch würde die Ukraine der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland entkommen.

Bereits seit den 20er Jahren hatte sich der KGB an die Fersen mehrerer ukrainischer Personen namens Polubotok geheftet, was diesen zum Verhängnis wurde. Folgerichtig wird Taras Petrenko von seinem launischen Vorgesetzten darauf angesetzt, jedwede möglichen Pläne zur Auslösung der Riesensumme zu durchkreuzen. Und sollten sie Hinweise auf einen Raub des Golds von Zar Peter dem Großen durch die Kosaken bestätigen, wäre dies auch für Taras persönlich die bestmögliche Lösung.

Zur gleichen Zeit versucht der junge Ukrainer Andrij sein Glück in derselben Sache, aus gutem Grund und obwohl er sich der Gefahr bewusst ist. In London beauftragt er die Anwältin und Historikerin Kate mit den archivalischen Recherchen, und, wie könnte es anders sein, die beiden verlieben sich ineinander. Kate hat ebenfalls ukrainische Wurzeln und sie ist eine begnadete Spürnase. Von Taras weiß sie nichts. Nachdem Andrij auf unerklärliche Weise zu Tode gekommen ist, fühlt sie sich verpflichtet, die Angelegenheit ans Licht zu bringen.

Der Erzähler folgt den Hauptprotagonisten bei der Spurensuche in London, Cambridge, Buenos Aires und durch die Ukraine.

Voller Spannung und Gesellschaftskritik

Seinen Rechercheergebnissen folgend hat er Szenen und Ereignisse eingestreut, die sich im 18. Jahrhundert so oder ähnlich abgespielt haben könnten, so dass sich das Bild allmählich abrundet. Zum Verständnis von Taras' Entwicklung hin zu einem perfiden Rechtsbrecher gibt der Erzähler eine überzeugende Charakteristik. Die Machenschaften des russischen FSB werden auf eindrückliche Weise ins Blickfeld gerückt, ebenso die jammervollen Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung nach der Auflösung von Millionen gesicherter Arbeitsverhältnisse in Russland und der Ukraine. All dies sind Mosaiksteine, die von beklagenswerten gesellschaftspolitischen Zuständen zeugen.

Das Buch ist nicht nur als Polit- und Mystery-Thriller ein Glücksfall, sondern auch empfehlenswert für Freunde des historischen Romans. *Dagmar Jestrzemski*

***Anna Shevchenko: „Ein fatales Erbe“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2011, gebunden, 350 Seiten, 19,99 Euro.*

Bloß keine Krippe

Plädoyer dafür, dass nur eine Mutter ihr Kind optimal betreuen könne

Fast die Hälfte der männlichen Befragten (47,1 Prozent) einer repräsentativen Umfrage der „Apotheken Umschau“ sind der Meinung, dass sich die traditionelle Rolle der Frau über Jahrhunderte bewährt habe und wieder an Bedeutung gewinnen sollte. Und immerhin noch 35,9 Prozent der Frauen sehen das auch so. Ihnen allen dürfte Hanne K. Götze mit „Kinder brauchen Mütter. Die Risiken der Krippenbetreuung und was Kinder wirklich stark macht“ aus der Seele sprechen. Die Autorin ist überzeugt, dass Fremdbetreuung dem Kind seine wichtigste Bezugsperson entfremdet. Außerdem würde der von der Politik stark vorangetriebene Ausbau der Kinderbetreuung nicht das Problem der niedrigen Geburtenraten beheben, wie ein Blick in die DDR zeige, wo es für jedes Kind einen Krippenplatz gab, die Frauen aber zeitweise sogar weniger Kinder bekamen als heute.

Götze stellt interessanterweise der Begründung des BRD-Familienministeriums aus dem Jahr 2007 für den Ausbau der Kinderbetreuung ein Zitat aus der Säuglingsfibel der DDR aus dem Jahr 1972 gegenüber und zeigt auf, wie sehr sich die Aussagen ähneln.

Da die Autorin selber vier Kinder hat und als ehrenamtliche Stillberaterin arbeitet, kennt sie viele Fallbeispiele und nennt auch Forschungsergebnisse, die belegen, wie wichtig der Kontakt zur Mutter ist, damit sich ein Kind bestmöglichst entwickeln kann. Vertrauen sei das wichtigste für ein Kind, daher wäre es ein Schock für die Kleinen, wenn die Mutter sie in der Krippe oder im Kindergarten abgebe. Dies würde das Urvertrauen des Kindes zerstören. Und so verweist, wie über die Aufhebung der Geschlechter durch das sogenannte Gender-Mainstreaming die Mutterrolle gezielt hintertrieben wird.

Argumentation basiert auf eigenen DDR-Erfahrungen

Götze verweist auf zahlreiche Berichte von Personen, für die ihr Kindergartenbesuch oder der ihres Kindes traumatisch war. Sie selbst war nur wenige Wochen dort und hatte lange danach noch Alpträume. Und genau hier ist Götzes Schwäche. Sie führt einseitig nur Personen an, die negative Erfahrungen gemacht haben. Für die Rezensentin beispielsweise, die mit drei Jahren in den Kindergarten kam, war der Beginn der von der Autorin so verschrienen Kinderbetreuung hingegen mit eines ihrer besten Erlebnisse: Jeden Tag andere, gleichaltrige Kinder sehen, mit denen man spielen konnte, haufenweise Spielzeug und zahlreiche Erwachsene, die besser als die eigene Mutter die vielen Fragen des Kindes beantworten konnten. Zudem bekam man dort Geschichten erzählt und bekam dort mehr beigebracht, als es die eigene (übrigens nicht berufstätige) Mutter trotz bester Absichten mit ihrem durchschnittlichen Bildungshorizont je gekonnt hätte. Götze übersieht also, dass nicht alle Kinder und Elternhäuser gleich sind und die heutige, durch viele verschiedene Träger durchgeführte Kinderbetreuung zudem nicht mit der staatlichen in der DDR vergleichbar ist.

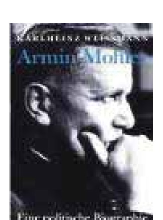
Und dass 35,9 Prozent der befragten Frauen in der genannten Umfrage das traditionelle Rollenbild der Frau befürworten, bedeutet im Umkehrschluss, dass 64,1 Prozent der Frauen es eben nicht tun. Das hat aber nicht die Folge, dass die Mutterrolle an sich in Gefahr ist, nur die Frauen von heute wollen mehrere Rollen nebeneinander leben oder müssen es zum Teil ja auch, man denke hier an die vielen alleinerziehenden Frauen. Und wenn Götze die allgegenwärtigen Graffitis als Botschaften einer Wut, Zerrissenheit und Verzweiflung sieht, an der aus ihrer Sicht die Fremdbetreuung einen wesentlichen Anteil hat, dann kann man ihr nur schwer folgen. Außerdem übersieht die Autorin die vielen heute nebeneinander herlaufenden Formen der Kinderversorgung. Vollzeitfremdbetreuung bereits wenige Wochen nach der Geburt gibt es, zumindest in Westdeutschland, kaum.

„Nur die zufriedene Mutter ist eine gute Mutter“, schreibt die Diplombibliothekarin und Vollzeitmutter selber, meint aber, dass die geringe gesellschaftliche Anerkennung der Mutterrolle Grund hierfür sei, dass sich Vollzeitmütter minderwertig fühlten. Dies mag zwar auch ein Grund sein, aber es ist keineswegs der einzige, warum Frauen heute früh wieder berufstätig sein wollen. Zumindest die Verfasserin dieser Zeilen – das muss sie erwähnen und ihre mangelnde Objektivität bei diesem Thema fairerweise offenbaren – liebt ihr 22 Wochen altes Kind, aber eben auch ihre Arbeit und ihre finanzielle Unabhängigkeit. *R. Bellano*

***Hanne K. Götze: „Kinder brauchen Mütter. Die Risiken der Krippenbetreuung und was Kinder wirklich stark macht“**, Ares Verlag, Graz 2011, gebunden, 277 Seiten, 19,90 Euro.*

Konservativer Vordenker

Biografie über Armin Mohler, seine Vorbilder und Ziele



Armin Mohler war eine der prägenden Gestalten der konservativen beziehungsweise rechten Intelligenz nach 1945. Der Göttinger Historiker Karlheinz Weißmann, der seine Beziehung zu dem 40 Jahre älteren Schweizer als „Lehrer-Schüler-Verhältnis“ bezeichnet, hat jüngst eine politische Biografie Mohlers vorgelegt, die uneingeschränkt zu empfehlen ist. Man wünscht sich nach der Lektüre der rund 230 Textseiten, an die sich Anmerkungsapparat und Literaturteil anschließen, gern noch mehr über den Menschen Armin Mohler zu erfahren. Doch hier übt Weißmann große Zurückhaltung. Im Zentrum seines Buches steht das publizistische Werk des Porträtierten, der am 12. April 1920 in Basel geboren wurde und am 4. Juli 2003 verstarb. Mit Mohlers Tod ist eine Epoche in der Geschichte des Konservatismus der Nachkriegszeit zu Ende gegangen. „Stärker als jeder andere Vertreter der rechten Intelligenz hat er prägend gewirkt“, so Weißmann.

In seiner überaus kenntnisreichen und von Sympathie geleiteten Darstellung beleuchtet der Verfasser Mohlers frühe Jahre in der Schweiz, sein Verhältnis zu Kunst und Literatur, zur Konservativen Revolution, zu Ernst Jünger und Carl Schmitt, zur französischen Rechten und zur „Neuen Rechten“ in Deutschland sowie zum Gaullismus. Jünger und Schmitt haben Mohlers Denken am stärksten beeinflusst, auch wenn sein Verhältnis zu ihnen nie unkritisch und spannungsfrei war.

Für Mohler stellte „der echte Konservatismus eine wilde, gefährliche und unvernünftige Sache“ dar. Die Vergangenheit wollte der Autor von Büchern wie „Was die Deutschen fürchten“ und „Von rechts gesehen“ nie künstlich wieder aufleben lassen. Er hing keinen antiquierten Formen des Konservatismus nach, die mit der Realität des Lebens nichts mehr gemein hatten. Mohler hat Franz Josef Strauß und die CSU beraten. Er war einer der eifrigsten und eigenwilligsten Autoren von Schrenck-Notzings Zeitschrift „Criticón“, hat noch Artikel für die „Junge Freiheit“ geschrieben und wurde gegen Ende seines Lebens immer weniger kompromissbereit, wobei die Verschattungen des Verstandes am Ende unübersehbar waren.

Es ist Ausfluss früher publizistischer Hexenjagden, dass Mohler sich als Geschäftsführer der Siemens-Stiftung verdingen musste und keine ordentliche Professur an einer Hochschule erhalten hat. Zur Heldenverehrung taugt Mohler nicht, wohl aber zum Nachlesen. Ob seine Ideen für die politische Praxis taugen, mögen andere beurteilen. Aus dem Klammergriff der Vergangenheitsbewältigung, den Mohler schon vor Jahrzehnten beklagte, hat sich dieses Land jedenfalls noch nicht befreit. *Ansgar Lange*

***Karlheinz Weißmann: „Armin Mohler. Eine politische Biographie“**, Edition Antaios, Schnellroda 2011, geb., 320 Seiten, 22 Euro.*

Väter in der Krise

Warum viele Männer keine Lust mehr auf Kinder haben – Ausflug in die Geschichte

Im Zusammenhang mit der Alterung unserer Gesellschaft wird immer wieder die Vaterrolle hinterfragt. In der letzten Zeit hat sie sich enorm gewandelt. Junge Männer sind unsicher, wie sie die Aufgabe des Vaterseins ausfüllen sollen und ob sie diese Aufgabe überhaupt übernehmen wollen. Der in St. Gallen lehrende Philosophieprofessor Dieter Thomä, Jahrgang 1959, und Vater dreier Kinder, bekundet in seinem Buch „Väter. Eine moderne Heldengeschichte“ die Überzeugung, dass die modernen Gesellschaften bei dem Versuch, den Übergang zwischen den Generationen zu organisieren, aus dem Takt gekommen seien. Als begeisterter Vater möchte er mit seinem Buch einen Beitrag dazu liefern, dass der „Fackellauf des Lebens“ wieder in Schwung kommt.

Thomäs Ausgangsthese lautet: In den modernen Gesellschaften funktioniere der „Staffellauf von Alt zu Jung“ nicht mehr, die Familienbande seien brüchig oder zerrissen. Besonders problematisch sei der Jugendwahn, ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Wenn sich „jung gebliebene“ Eltern mit ihren Kindern gemein machten, könnten sie ihnen die

Autoritätsverlust des Vaters

nächste Stufe ihrer Entwicklung nicht aufzeigen. Dadurch würde der Reifungsprozess der Jugendlichen behindert, eine allgemeine Antriebsschwäche sei nicht selten die Folge. Ohne klare Vorstellungen schlitterten Männer und Frauen, die sich bislang hauptsächlich mit der eigenen Freizeitgestaltung beschäftigt hätten, in das Abenteuer Familie. Es sind dann eher die Männer, die ihr Heil in der Flucht suchen, wenn sie sich überfordert fühlen. Dabei stellt Thomä natürlich nicht in Abrede, dass es auch für Männer schwierig ist, Kind und Beruf gerecht zu werden.

Väter sind erwünscht, ja ersehnt. Kinder bräuchten ihren unbedingten Schutz, bräuchten eine verlässliche Lebenshilfe, damit sie „das Wollen lernen und sich das Können zutrauen“. Wer verstehen will, was wir sind, muss bekanntlich zurückschauen. Ende der 60er Jahre fiel das traditionelle Bild des Vaters als Familienoberhaupt endgültig vom Sockel. Der väterliche Autoritätsverlust hat aber eine viel längere Vorgeschichte, weshalb Thomä eine Art Bilderbogen der Väterkultur geschaffen hat, ausgehend von der frühen Moderne. Als Zeugen des Spielablaufs im „Gesellschaftsspiel der Generationen“ zieht er Schriftsteller, Psychologen und Philosophen heran, von Adam Smith und Alexis de Tocqueville, Jean Paul, Friedrich Hebbel, Dostojewski und Freud bis zu einigen Künstlern und Schriftstellern unserer Zeit, die sich über ihre Vaterbeziehung geäußert haben.

Das ergibt eine höchst anregende Lektüre, bei der nur leider die Stimmen der Frauen fast vollständig fehlen. Mit seiner Begründung für diese ausschließliche Perspektive kann Thomä nicht recht überzeugen. Ausgangspunkt ist für ihn der Angriff auf das Prinzip des Patriarchats, das auf drei Säulen ruhte: göttlicher Vater, Monarch „von Gottes Gnaden“ und Familienvater. Diese stabile, unantastbare Welt- und Gesellschaftsordnung wurde auf Grundlage der Schriften des Aufklärers John

Niedergang begann mit Königstötung?

Locke (1632–1704) immer stärker in Frage gestellt. Infolgedessen sei auch das Bild des Familienvaters angreifbar geworden.

Der eigentliche Auslöser der Krise des Vaters ist für Thomä aber die Hinrichtung des Königs während der Französischen Revolution. Es stellt sich dabei natürlich die interessante Frage, inwieweit die Abkehr vom unbedingten Glauben an den göttlichen Vater und Weltenlenker fortwährend zu der hier beschriebenen Entwicklung beigetragen hat. Mit Fortschritt und Emanzipation einher ging die Abdankung, Absetzung oder Verwerfung des Vaters, so lesen wir. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu einem regelrechten Ausstiegsszenario der Jugend; die Entwicklung bekam einen neuen Dreh. In Anlehnung an Mitscherlichs These vom „Erlöschen des Vaterbilds“ ist der Autor der Auffassung, dass die Vaterlosigkeit „Teil des Programms der Moderne“ sei. Auch er kennt kein Allheilmittel, aber er wünscht sich, dass wir uns von unserem Jugendkult verabschieden mögen. Idealerweise sei die Familie ein Tummel- und Kampfplatz von Unterschieden. Nur so würden den Heranwachsenden die Übergänge von ihrer Welt zu der Welt der Erwachsenen bewusst. *Dagmar Jestrzemski*

***Dieter Thomä: „Väter. Eine moderne Heldengeschichte“**, dtv, München 2011, kartoniert, 368 Seiten, 12,90 Euro.*

Edvins Snore
Sowjet-Story
Der dunkelrote Albtraum des Terrors

DVD

Dies ist die Geschichte einer alliierten Macht, die die Nazis bei der Bekämpfung der Juden unterstützte und die selbst die Abschlachtung des eigenen Volkes in industriellem Ausmaß betrieb. Mit dem Westen verbündet, erlebte diese Macht ihren Triumph am 9. Mai 1945. Ihre Verbrechen wurden zum Tabu erklärt und die Geschichte des mörderischsten Regimes Europas ist nie erzählt worden. Bis heute. Die Sowjet-Story untersucht auf fesselnde Weise jene Ereignisse, die dazu führten, dass Nazis und Sowjets gemeinsame Sache machten, sowie das gewaltige Ausmaß der Kollaboration sowohl vor als auch während des Zweiten Weltkriegs. Der Film analysiert den Charakter beider Systeme. Er betrachtet die theoretischen Grundlagen von Sowjetkommunismus und Nationalsozialismus und zeigt frappierende Ähnlichkeiten der beiden Theorien und ihrer praktischen Anwendung auf. Georges Watson, Historiker an der Universität Cambridge, bringt diese These im Film auf den Punkt: »Ich denke, dass nur wenige wissen, dass im 19. und 20. Jahrhundert ausschließlich Sozialisten offensichtlich für den Genozid plädierten.« Die vielen erschütternden Bilder – Massengräber, Leichenberge, perverse Gewalt gegen Unschuldige – und die erschütternden Augenzeugenberichte der letzten Überlebenden des Terrors sind Zeugnisse eines menschenverachtenden Systems. Unmittelbar nach ihrer Uraufführung im Europäischen Parlament sorgte die Sowjet-Story für einen weltweiten Aufruhr. Nur in der deutschen Presse und im deutschen Fernsehen wird der Film bis heute ignoriert. Die russischen Staatsmedien inszenierten einen massiven Propagandafeldzug, um den Film und seinen Regisseur zu verunglimpfen. Die öffentliche Hysterie gipfelte in Protesten in Moskau, in deren Verlauf eine Puppe des Regisseurs Edvins Snore verbrannt wurde.

Laufzeit: ca. 86 Minuten
Best.-Nr.: 7136

€ 19,95

Faszination Ermland und Masuren, Kalender

Mit 13 eindrucksvollen Farbfotos im Großformat der Natur in Ermland und Masuren.
Format: 42 x 30,7 cm (im Querformat),
Metall Wire-O-Bindung mit Öse zum Aufhängen.
Bildunterschriften mit technischen (fotografischen) Angaben
Best.-Nr.: 7143



€ 14,90

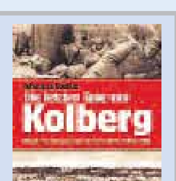




Der redliche Ostpreuße 2012
Die Fortsetzung des illustrierten Familienkalenders „Der redliche Preuße und Deutsche“ nun „Der redliche Ostpreuße“ genannt, begleitet auch im 176. Jahrgang noch zuverlässig durch das Jahr. Carl Ludwig Rautenberg gab 1830 das erste Kalender-Jahrbuch heraus, das nur durch die Jahre des Krieges unterbrochen bis heute erscheint. Mit ausführlichem Kalendarium, zahlreichen Abbildungen, Geschichten, Anekdoten und Gedichten auf über 120 Seiten erinnert er an die alte Heimat.

Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 7142

€ 9,95



Johannes Voelker
Die letzten Tage von Kolberg
Kampf und Untergang einer deutschen Stadt im März 1945
Best.-Nr.: 7138, € 16,80

Udo Ulfkotte
Albtraum Zuwanderung
Zu wahr, um schön zu sein!

Wie sieht unsere Zukunft nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise und unter Berücksichtigung des millionenfachen Unterschichtenimports aus fremden Kulturkreisen tatsächlich aus? Wo belügen uns Politik und Medien? Bestsellerautor Udo Ulfkotte überwindet bei der Beantwortung dieser Fragen die Grenzen der politischen Korrektheit. Um die aktuelle Krise zu bewältigen und die Schulden abtragen zu können, benötigen wir in großer Zahl leistungsbereite und leistungsfähige Menschen. Doch viele von diesen infrage Kommenden wandern aus oder sind in Gebärstreik getreten, während sich die Vertreter zugewanderter bildungsferner Bevölkerungsgruppen stark vermehren. Es sind Menschen, die in Ländern mit einer intelligenten Einwanderungspolitik wie Kanada, Australien oder Neuseeland keine Chance hätten. Viele der Migranten sind nicht nur keine Hilfe, sondern sie müssen vom Steuerzahler teils lebenslang alimentiert werden. Die Ereignisse in London vom August 2011, in deren Folge durch Chaotengewalt ganze Stadtteile in Flammen aufgingen, zeigen überdeutlich, was geschieht, wenn die dem Sozialstaat zur Verfügung stehenden Finanzmittel immer knapper werden und Zuwendungen gekürzt werden müssen: Migranten verhalten sich dann plötzlich so, wie wir es bisher nur aus Bürgerkriegsgebieten der Dritten Welt kannten. Diese Entwicklung wird sich auch im deutschsprachigen Raum fortsetzen. Wir müssen künftig offen aussprechen, was falsch gemacht wurde und dürfen die Wahrheit nicht länger mit einem Tabu belegen. Verdrängtes, das nicht ans Licht gebracht wird, kommt eines Tages auf gewaltsame Weise zum Vorschein. Udo Ulfkotte redet in diesem Buch Klartext und belegt die geschilderten Fakten mit zahlreichen wissenschaftlichen Studien sowie mehr als 1.000 hochinteressanten Quellenverweisen.

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7135

€ 19,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Ostpreußen-Provinz-Polohemd und Schirmmütze



Klassisches Polohemd
aus 100 % Baumwolle mit dem gestickten Provinzwappen Ostpreußens auf der linken Brust, Farbe dunkelblau

Größe M: Best.-Nr.: 7101
Größe L: Best.-Nr.: 7102
Größe XL: Best.-Nr.: 7103
Größe XXL: Best.-Nr.: 7104

Polohemd € 24,95

Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105



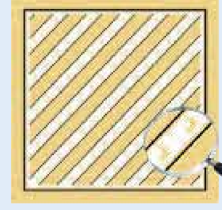
Mütze in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen

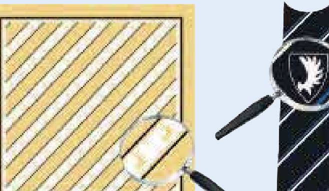
Mütze € 14,95

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091





Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je € 29,95



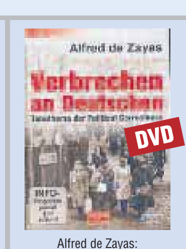
Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land…
Gedichte, Balladen und Lieder der ostpreußischen Heimat
Agnes Miegel trägt ihre Gedichte vor
Laufzeit: 32 Minuten
Best.-Nr.: 1056, € 12,95



Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin
Laufzeit: ca. 90 Min.
Best-Nr.: 5325,
statt € 14,95 nur noch € 9,95

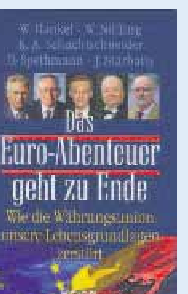


David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet
DVD, Laufzeit, ca. 58 Minuten
Best-Nr.: 7118, € 19,95



Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

W. Hankel, W. Nölling, K.A. Schachtschneider, D. Spethmann, J. Starbatty
Das Euro-Abenteuer geht zu Ende
Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört



Der Euro werde gerettet, koste es, was es wolle. So laut die Vorgabe aus Brüssel und den meisten Hauptstädten der Eurozone. In diesem Buch erfährt der Leser, dass die versuchte Rettungsaktion nicht nur astronomisch hohe Geldsummen verschlingt. Sie kostet noch viel mehr: Glaubwürdigkeit, weil Verträge und Zusagen gebrochen werden. Und sie kostet die Zukunft, weil es seinen wirtschaftlichen Halt verliert.
Vor dem Bundesverfassungsgericht klagen die fünf Autoren gegen den sogenannten Euro-Rettungsschirm. In diesem Buch entlarven sie die dreistesten Euro-Lügen. Und sie analysieren in einer auch für Nichtfachleute nachvollziehbaren Form die weitreichenden Folgen der brandgefährlichen »Euro-Rettung«. Dazu gehört nicht zuletzt die Belastung der Steuerzahler in den europäischen Geberländern. Sie müssen nach Einschätzung der Autoren Jahr für Jahr Hunderte von Milliarden Euro hart erarbeiteter Einkommen und Ersparnisse Politikern zur Verfügung stellen, die damit ihre Euro-Illusionen fortsetzten. Die fünf Professoren Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider, Dieter Spethmann und Joachim Starbatty stellen ihrem Buch einen leidenschaftlichen Appell an die Bürger voran. Darin warnen sie, Europa könne in wenigen Jahren als Folge der Euro-Reanimation unregierbar werden. »Wenn der Ertrinkende seinen Retter mit in die Tiefe reißt, kommen beide um. Dies ist das Schicksal Deutschlands und Europas, wenn dieser Politik nicht Einhalt geboten wird«, warnen die Autoren.

Geb., 252 Seiten
Best.-Nr.: 7140

€ 19,95





Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813 – 1815
29 Titel
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
44/11
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Bier soll kein Alkohol sein

Minsk – Weißrussland fordert von Moskau, Bier künftig nicht mehr als alkoholisches Getränk zu deklarieren. Der Grund: Die Geschäftsordnung der Zollunion sieht vor, dass Bier nur in Glasflaschen verkauft werden darf. In Weißrussland wird der Gerstensaft aber in Polyethylenflaschen abgefüllt. Minsk muss Investitionen in Höhe von 324 Millionen Euro vornehmen, wenn es bei der Glaspflicht bleibt, doch auch Kasachstan duldet kein Bier in Plastikflaschen. *MRK*

Dienstwagen fährt leer

Stuttgart – Als einziger reiste Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit dem Hubschrauber zum Ministerpräsidententreffen nach Lübeck. Dort erwartete ihn sein Dienstwagen, der die 730 Kilometer leer zurückgelegt hatte. Auch Kulturstaatsminister Bernd Neumann reist gern schnell und bequem. Nachdem er sich im Emsland am Bein verletzt hatte, ließ er sich im Hubschrauber nach Berlin fliegen. *J.H.*

ZUR PERSON

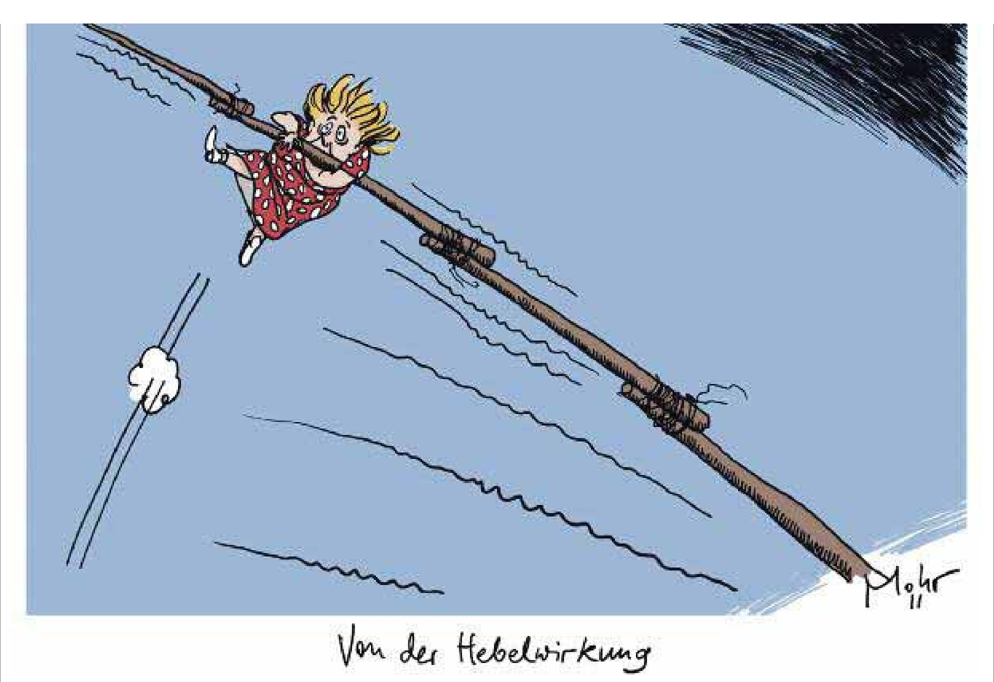
Von den Tätern zu den Opfern

Als der Euro eingeführt wurde, wurden die Euro-Skeptiker mit einem Niederländer, also einem Mann aus einem traditionellen Hartwährungsland, als Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) beruhigt. Dass die Amtszeit immerhin acht Jahre betrage, unterstützte noch den Eindruck von Unabhängigkeit und Solidität. Dann erfuhr die Öffentlichkeit den Deal, dass der Holländer schon nach der halben Amtszeit einem Franzosen Platz machen solle. Und nun folgt dem Mann aus Lyon mit dem Italiener **Mario Draghi** ein Mann, der aus einem Land stammt, das nach seiner eigenen Aussage 1992 näher am Bankrott gestanden hat als Griechenland heute.

Es ist jedoch nicht nur die Herkunft aus einem klassischen Weichwährungsland, die aufhorchen lässt. Anfang 2002 kam der ehemalige Jesuitenschüler zu Goldman Sachs und arbeitete dort bis 2005 im Londoner Büro als Vice President und Managing Director im Europa-Geschäft. In diese Zeit fällt die Zusammenarbeit der Investmentbank und Griechenlands bei der Erschleichung der griechischen Mitgliedschaft in der Euro-Gemeinschaft. Im Februar 2010 geriet der Römer deswegen in die Kritik. Er verteidigte sich mit dem Hinweis, dass die entsprechenden Verträge zwischen dem US-Unternehmen und dem Hellenenstaat vor seinem Eintritt geschlossen worden seien und ihn deshalb keine Schuld treffe.



2005 wechselte „Ciampi-Boy“ von der Täter- auf die Opferseite, von den angelsächsischen Griechenlandkomplizen zu einem der geprellten Euro-Staaten. Italiens Präsident Carlo Azeglio Ciampi, der ihn bereits 1990 als seinen Berater an die Zentralbank des Landes geholt hatte, bestellte ihn nun zu deren Chef. Nach der Aufgabe des Deutschen Axel Weber stand dem diskreten Italiener dann auch der Weg an die EZB-Spitze offen. *M.R.*



Zeichnung: Mohr

Guillotine

Warum Hans Eichel mehr verdient hat, was die Griechen sich schon wieder einbilden, und wie sich die Experten im Wald verliefen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Hauptleidtragende der Euro-Krise werden die Sparer sein und alle, welche von kapitalgedeckten Renten leben oder darin einzahlen. Warum? Weil die Notenbank die Zinsen künstlich niedrig hält. Um den verschuldeten Regierungen aus der Patsche zu helfen, werden die Zinssätze lange Zeit unter die Inflationsrate gedrückt. So verdampft man das Volksvermögen, um die Staaten zu entschulden.

Ärztefunktionäre berichten von vermehrten Anrufen besorgter Kollegen. Die freiberuflichen Mediziner sind in berufsständischen Rentenkassen organisiert. Also in jenen Töpfen, aus denen die Schuldenstaaten mit der Inflationskelle kräftig schöpfen.

Da müssen wir also schon wieder um unsere Altersversorgung bangen. Die Furcht um die ehrlich erworbenen Ansprüche zieht sich durch sämtliche Bevölkerungsgruppen. Das Zittern hat sogar die Spitze der Politik erfasst, also zumindest den Teil der Spitze, der im Ruhestand ist.

Wie Dienstag bekannt wurde, ist Hans Eichel in tiefer Sorge. Er erhält nur 8200 Euro Pension im Monat. Weil er so viel Geld allein für seine Abgeordneten- und Kabinettszeit einstreicht, kriegt er für die Arbeit davor, als er Bürgermeister von Kassel und dann Ministerpräsident von Hessen war, nichts mehr. Das findet der Sozialdemokrat himmelschreiend ungerecht und klagt nun in dritter Instanz die Erhöhung seiner Bezüge auf 14 550 Euro ein.

Das ist in etwa das, was Millionen Rentner im ganzen Jahr bekommen. Hat der sie noch alle? Moment mal, das kann man doch nicht miteinander vergleichen. Hans Eichel hat Großes geleistet, das sollte ihm nun auch vergolten werden. Als Bundesfinanzminister unter Gerhard Schröder hat er Spuren in der Geschichte hinterlassen, die so schnell nicht verwischt werden. Seine Spuren haben sich stattdessen zu tiefen Furchen ausgewachsen, die sich, je länger Eichel aus dem Amt ist, nach und nach sogar zu bodenlosen Abgründen weiten.

Den Zenit seines Schaffens erreichte er 2002. In jenem Jahr riss Eichel den lästigen „Euro-Stabilitätspakt“ nieder. Bis dahin galt, dass ein Euro-Land pro Jahr neue Schulden nur bis zur Höhe von drei Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung aufnehmen durfte. Dafür hatte sich vor allem Deutschland eingesetzt, um den Euro stabil zu halten. Vielen anderen Regierungen war die Grenze von Anfang an lästig.

Daher waren alle äußerst dankbar, dass ausgerechnet ein Deutscher diese störende Hürde niederwalzte. Eichel führte die Euro-Finanzminister, insbesondere einige aus dem Süden, in ein funkelndes Reich der unbegrenzten Möglichkeiten, ein Paradies, in dem das billige Geld scheinbar nie alle wurde.

Einer indes wäre fast weinend am Wegesrand zurückgeblieben, wenn Eichel ihn nicht gerettet hätte: Griechenland wollte unbedingt mit ins Euro-Schlaraffenland. Es gab aber Knauser, die den Hellenen nicht trauten und sie nicht reinlassen wollten. Dann kam Eichel und legte sich richtig ins Zeug für seine ägäischen Freunde. So kam denn auch Griechenland 2002 in den Euro, Eichel sei Dank.

> Unsere Demokratie ist erwachsen und verbittet sich jede Bevormundung durch das »Volk«

Und für all diese wegweisenden Entscheidungen soll er nun mit läppischen achtkommazwo Mille abgespeist werden? Der Eichel, der wird selbst den Enkeln heutiger Lehrlinge noch begegnen, wenn sie im Geschichtsunterricht fragen, wo „das alles“ seinen Anfang nahm. Und in Eichels Ministerzeit fallen zu alledem noch die Hartz-Reformen, Parole: „Fördern und fordern!“ „Fordern“, ja, das kann er wirklich.

Muss er ja auch, denn geschenkt kriegt man nichts. Oder doch? Dann ist zumindest Vorsicht geboten. Wer wüsste das besser als die Griechen, seit ihrem Coup mit dem Holzpferd.

Nun steht so ein Zossen aus Brüssel vor ihren Toren. Der imposante Vierbeiner hört auf den Namen „Alternativloser Rettungsschirm“ und wiehert, er komme sie retten, die Griechen. Denen ist allerdings längst brutal klar geworden, dass die schönen Eicheltage, als die Geschenke aus dem Norden noch umsonst waren, Vergangenheit sind. Also wollen sie erst das Kleingedruckte lesen und dann ihr Volk entscheiden lassen, ob es sich lieber unangespitzt in Grund und Boden „retten“ lässt oder lieber souverän und alleine untergehen möchte.

Das Volk! Europas Chefdemokraten reagieren auf das Wort „Volksabstimmung“ mit der gleichen Mischung aus Furcht und Abscheu wie die gehobene Aristokratie des ausgehenden 18. Jahrhunderts auf die Vokabel „Guillotine“. Entsprechend gewaltig ist die Wut der europäischen Staats- und Regierungschefs auf ihren Kollegen Papandreou: Er hat sich an seinem Stande vergangen, die Seinen verraten, weil er den Pöbel in den Hof lassen will.

Als ein paar Nervensägen immer wieder fragten, wie um Himmels willen man ein Land wie Hellas in den Euro lassen könne, konterten Eichel und seine Kollegen: Griechenland sei die Wiege der Demokratie; die könne man wohl schlecht draußen stehen lassen, wenn es um Europa gehe.

Nun entdecken wir voller Schrecken, dass sich die Demokratie in ihrer Wiege überhaupt nicht weiterentwickelt hat. Volksabstimmung? Das finden wir gefährlich und kindisch. Bei uns ist die Demokratie nämlich erwachsen geworden und verbittet sich jedwede Bevormundung durch das „Volk“.

Das Pack darf gerne mal zur Talkshow vorbeikommen oder im Internet seinen Frust ablassen. Dann wird in Berlin nicht gespart mit dem „Verständnis für die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger“. Aber richtig abstimmen? Über Politik? Die Griechen unterminieren nicht bloß unseren stolzen Euro. Nun legen sie auch noch die Axt an das Herrschaftsrecht von Europas politischer Elite. Da hört der Spaß auf.

Vor allem, wenn man liest, was diese Frechdachse da unten im Einzelnen vorhaben: Sie möchten bitte erst alle Einzelheiten über den Rettungsschirm erfahren und dann abstimmen. Diese „Einzelheiten“ existieren aber noch gar nicht! Die gibt es erst Anfang kommenden Jahres! Und was bitteschön sollen wir bis dahin mit den Griechen machen? Das werden interessante Monate, keine Frage: Die Adventszeit wird diesmal anders als sonst. Heitere Besinnlichkeit wird sich beim einen oder anderen in Berlin nur schwer einstellen. Andererseits kann ja auch noch alles gut werden. Weihnachten ist schließlich die Zeit der Wunder, und eines wirft bereits seinen Schatten voraus.

Bislang galt: Kein Land kann aus dem Euro geworfen werden, weil der Vertrag über die Europäische Währungsunion einen solchen Schritt ausschließe. So steht das da, wie in Stein gemeißelt.

Besser, so stand es da mal, denn vergangenen Dienstag geschah das Wunder: Der harte Stein verwandelte sich unter der magischen Hand von Ruprecht Polenz in weiche Butter und der eherne Satz versank in der fettigen Masse. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages hat angekündigt, man werde sich auf den Rauswurf der Griechen aus dem Euro vorbereiten für den Fall, dass die Hellenen anders abstimmen sollten als von den europäischen Herrscherhäusern befohlen.

Auf weitere Wunder sollten wir gefasst sein. Wann zum letzten Mal tauchten plötzlich 55 Milliarden Euro auf, mit denen niemand gerechnet hatte? Der Schatzfund bei der legendären „Hypo Real Estate“-Bank hat uns wirklich gefreut. Sonst hieß es ja immer nur „zusätzlicher Finanzbedarf“, und schon waren wieder ein paar Milliarden weg. Nun lief das mal umgekehrt, wie schön.

Zudem birgt die Nachricht tiefe Einsichten in das Funktionieren all der staatlichen Rettungsbemühungen im Finanzsektor, der uns bisher immer so rätselhaft erschien. Nur die besten, die kompetentesten Experten arbeiteten Tag und Nacht, um die Probleme dort im Interesse der Bürger zu lösen, versprach uns die Politik. Nun haben wir erfahren, dass sich diese Experten in ihren eigenen Bilanzen so gut auskennen wie Hänsel und Gretel im Wald.

MEINUNGEN

*Der Chefredakteur des Monatsmagazins „Compact“ (November-Ausgabe), **Jürgen Elsässer**, sieht infolge der gigantischen **Geldvermehrung** in Euro, Dollar und anderen großen Währungen ein **böses Ende** auf uns zukommen:*

„Wenn du Schulden machst und diese nicht durch eigene Wirtschaftsleistung decken kannst, musst du auf Raubzug gehen ... Der letzte Imperativ des inflationierten Papiergeldes – egal ob Reichsmark, Dollar oder Euro – ist der Krieg. Geld oder Leben? Nein: Geld *und* Leben stehen auf dem Spiel.“

***Dieter Stein**, Chefredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (28. Oktober), wundert sich über die **Gemütsruhe der Deutschen** angesichts der Euro-Politik:*

„Und so zieht die Milliarde die Billion nach sich. Alles wird auf eine Karte gesetzt in einem geldpolitischen Höllenritt, bei dem nichts weniger als die Reste deutscher Souveränität auf dem Spiel stehen, bis es heißt: Rien ne va plus.“

***Karl-Josef Laumann**, Chef des CDU-Arbeitnehmerflügels CDA, verteidigt die Einführung von **Mindestlöhnen**:*

„Es gehört nicht zum Allerheiligsten der CDU, dass Menschen für 4,50 Euro die Stunde arbeiten. Die Parteibasis sieht das schon lange so: Wer acht Stunden arbeitet, muss auch davon leben können. Leistung muss sich lohnen.“

Tücken der Buchhaltung

Viele Sprüche und Devisen
stammen aus der Handwerkswelt,
und natürlich zählt zu diesen
auch, dass doppelt besser hält.

Zwar kann doppeltes Verneinen
eigentlich Bejahung sein,
ohne wirklich so zu scheinen –
und pardauz, schon fällt man rein.

Aber doppelt Buch zu halten
hat sich, wie Erfahrung lehrt,
beim Verwalten und Gestalten
von Betrieben sehr bewährt.

Etwas doppelt zu verbuchen
sorgt hingegen für Verdruss,
weil man dann beim Fehlersuchen
Arbeitszeit verplempern muss.

Und verwechselt wer in der Eile
Soll und Haben gar und ganz,
wär' durch diese Buchungszeile
doppelt falsch die Schlussbilanz!

Na, selbst manche, die verschlagen,
tun sich schwer, auch einzusehn,
dass bei Banken Spareinlagen
auf der Haben-Seite stehn.

Ist zusammen mit Aktiven
Eigenkapital im Soll,
halten sowas die Naiven
noch für positiv und toll!

Wär' indes kein Grund zu spaßen,
denn beim Eigenkapital
wie beim Aids-Test gleichermaßen
ist just positiv fatal.

Doch wir sehn, bei großen Zahlen
zählen kleine Nullen nicht –
grad wie wenn in freien Wahlen
scheinbar Volkes Stimme spricht.

Und so schaffen's große Nullen,
andre immer wieder flott
mit Schimären einzulullen –
wenigst bis zum Staatsbankrott ...

Pannonicus